



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2014

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de



Koordination: Inse Geismar

Veröffentlicht zur Jahreshauptversammlung am 26./27. September 2015 in Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort	5
Nahost Syrien/Türkei – Irak – Iran – Sonstige Aktivitäten	7
Afrika Eritrea – Sudan/Darfur/Nubaberge – Südsudan – Äthiopien – Somalia – Kongo – Zentralafrikanische Republik – Libyen – Mauretanien – Mali – Nigeria – Tansania – Westsahara -	11
Asien China – Burma- Vietnam- Indonesien – Pakistan – Sri Lanka - Indien	17
Europa Krimtataren – Ukraine – Einzelfälle- Russische Föderation – Bosnien und Herzegowina – Roma aus dem Westbalkan – Serbien – Flüchtlinge – Menschenrechtsinitiativen der GfbV-Bosnien und Herzegowina	22
Indigene Völker Kolumbien – Ecuador – Mapuche/Chile – Brasilien – Kanada/Stolen Sisters – Peltier – Samen in Schweden - Russland	30
Arbeit bei den Vereinten Nationen	34
Aktionen	35
Regionalgruppen	40
Homepage und Neue Medien	43
Presse und Medienecho	45
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom	53
GfbV in Berlin	54
Geschäftsführung und Finanzen So funktioniert die GfbV – Werbung – Vergütungsstruktur – Unterstützung durch Ehrenamtliche – Organigramm - Finanzen	55
Das GfbV-Team Vorstand - Kassenprüfer- Schiedskommission – Mitarbeiter – Praktikanten – Mitgliedschaften - Förderverein	63
Adressen	66

VORWORT

Die Lektüre dieses Arbeitsberichts gleicht einer Reise um die Welt, jedoch keiner Vergnügungsreise, sondern einer Bilanz jener Menschenrechtsverletzungen, die Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten erleiden müssen. Kein Kontinent, auf dem unsere Menschenrechtsorganisation nicht Diskriminierungen, Verfolgung oder Vernichtung von Minderheiten 2014 dokumentieren und öffentlich machen musste. Menschen wurden zu Opfern allein aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit. Wir wollen ihr Sprachrohr sein, ihre Verfolgungssituationen publik machen, Medien, Institutionen und Öffentlichkeit alarmieren, Hilfe und Helfer mobilisieren.

Es ist unendlich traurig, dass Jahr für Jahr auch schwerste Menschenrechtsverletzungen, sei es Völkermord, Massenvertreibung oder Massenvergewaltigung, verübt werden und allzu wenig geschieht, den Opfern zu Hilfe zu kommen. Es genügt nicht, von Woche zu Woche zurückliegende Verbrechen deutscher und europäischer Vergangenheit zu beklagen. Unser Land ist zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt geworden. Allein drei „Kunden“ dieser Waffenexporte, Saudi Arabien, die Türkei und Katar, sollen deutsche Rüstungsgüter an die Terrormilizen des IS weitergegeben haben. Wenn wir uns für die Opfer des jüngsten Völkermords an Yeziden und assyrisch-aramäischen Christen engagieren, so muss als zentraler Bestandteil dieser Initiativen die Auseinandersetzung mit den deutschen Waffenlieferanten unüberhörbar werden.

Sie werden die Vielfalt unserer Initiativen und Kampagnen, unserer Mahnwachen und Demonstrationen und unserer Medieninitiativen den folgenden Seiten entnehmen können. Dank unseres beratenden Status bei den Vereinten Nationen können wir immer wieder Repräsentanten bedrohter ethnischer und religiöser Gemeinschaften ermöglichen, vor UN Gremien wie dem UN-Menschenrechtsrat zu sprechen oder sich mit anderen zu vernetzen. So berichteten uns Menschenrechtlerinnen aus dem Nord-Kaukasus nach ihrer Teilnahme an der UN-Frauenkonferenz im Irak in New York über ihre wertvollen Kontakte nicht nur zu den UN-Gremien, sondern zu Organisationen aus vielen anderen Ländern.

Unser langwieriger und schwieriger Kampf gegen die Sklaverei in Mauretanien und die Unterstützung der dortigen Menschenrechtler, aber auch zahlreiche Aktionen für Tibeter, Uiguren und Mongolen sowie Initiativen für die flüchtenden Rohingya bildeten Schwerpunkte des Arbeits unseres Asien- und Afrikareferates.

Die Völkermordverbrechen und Massenvertreibungen der IS-Terrormilizen an Yeziden im August ließen unseren Nahostreferenten nicht ruhen. Durch Notrufe Überlebender alarmiert, informierten wir gemeinsam mit ihren Exilverbänden die erste Medien-Konferenz in Hannover, zu der u.a. Journalisten von ARD, ZDF, NDR und anderer Medien kamen. In Syrien wurden die mehrheitlich von Kurden bewohnten Enklaven Kobani, Afrin und Cazira entlang der syrisch-türkischen Grenze im Norden des Landes ständig von Terrormilizen angegriffen. Unsere Mitarbeiter organisierten bundesweit viele Informationsveranstaltungen mit Betroffenen, hielten zahlreiche Vorträge, initiierten Mahnwachen und gaben Interviews in regionalen und bundesweit verbreiteten Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen.

In Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung von Informationen und Kommunikation ist es auch für Menschenrechtsorganisationen wichtig, im Internet präsent zu sein. So haben wir im vergangenen Jahr angefangen, unsere Homepage - dieses moderne Aushängeschild - komplett zu überarbeiten und auszubauen, mit neuem Design und neuen Möglichkeiten online zu gehen. So erleichtern wir es unseren „Besuchern“, Informationen schnell und einfach zu finden. Auch die Wege der Kommunikation im Internet haben wir weiter ausgebaut. 2014 begann die GfbV neben ihrer Facebook-Seite auch den Kurznachrichtendienst Twitter und den Online-Dienst Instagram zu

benutzen, um mit Interessierten, Mitgliedern und Förderern in verschiedenen sozialen Netzwerken in Interaktion zu treten. So konnten wir zum Beispiel sofort den Völkermord an den Yeziden oder die zunehmende Verfolgung der Krimtataren, nach der russischen Annexion der Krim, vielen Lesern nahebringen und zu weiteren Initiativen für diese Minderheiten aufrufen.

Wir berichten auch über die wachsende Bedeutung unseres Berliner Büros, das sich nicht zuletzt für diskriminierte oder verfolgte Minderheiten in Ost-Europa einsetzt und sehr viele direkte Kontakte mit deren dortigen Bewegungen und Institutionen pflegt. Besonders effektiv ist die enge Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Repräsentanten, unter ihnen auch der dort verbliebenen deutsch-sprachigen Minderheiten.

Im vergangenen Jahr wurde der Unterzeichner drei Mal ausgezeichnet: In Erinnerung an all die weit über Deutschland hinausreichenden GfbV-Initiativen für das jahrelang eingeschlossene und bombardierte Sarajevo mit der Ehrenbürgerschaft der bosnischen Hauptstadt, überreicht im dortigen Stadttheater; kurze darauf mit dem Menschenrechtspreis der heute autonomen Stadt Brcko, im Namen der ehemaligen Häftlinge der serbischen Konzentrations- und Vergewaltigungslager und weniger Wochen später mit dem „Europäischen Bürgerrechtspreis“ des Zentralrats deutscher Sinti und Roma bei einer Feierstunde im Auswärtigen Amt. Unser Freund der Bundesminister a.D. Christian Schwarz-Schilling, der Präsident des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, und Staatssekretär Christoph Strässer würdigten unsere Arbeit.

Für die Sinti und Roma setzten wir die Anerkennung des Völkermords durch Bundeskanzler Schmidt, die folgenden Wiedergutmachungs-Renten, die Wiedereinbürgerung einer großen Zahl von Sinti-Familien, denen deutsche Behörden nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen hatten, durch. Ebenso geht es im Wesentlichen auf unsere GfbV zurück, dass sich der Name Sinti und Roma als Selbstbezeichnung durchsetzte. Und der Zentralrat deutscher Sinti und Roma entstand und von der Bundesrepublik Deutschland finanziell gefördert wurde. Ich danke in diesem Zusammenhang, den Unterstützern Simon Wiesenthal, Simone Veil, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Heinz Galinski, seinerzeit Präsident des Zentralrats der Juden, Indira Gandhi, deren Präsenz anlässlich unserer Kundgebung im ehemaligen KZ Bergen Belsen(1979) bzw. beim ersten Weltkongress der Roma und Sinti in Göttingen wesentlichen Anteil an diesen Erfolgen hatte.

Diese Preise sind Anerkennung, nicht zuletzt auch der vielen, vielen ehrenamtlichen Unterstützer unserer Menschenrechtsarbeit und unserer Mitarbeiter.

Ihnen allen schulden wir Dank und Anerkennung.



Tilman Zülch
Gründer und Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker

NAHOST

Syrien/Türkei

Das Jahr 2014 hat dem blutigen Mehrfrontenkrieg in Syrien eine neue Wendung gegeben. Der erste Verhandlungsversuch zwischen Regierung und gemäßigter Opposition ist gescheitert und die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) konnte im Irak und in Syrien große militärische Erfolge verzeichnen. Die inländischen Hauptakteure des Konflikts sind das Regime in Damaskus mit seinen schiitischen Verbündeten von der Hisbollah aus dem Libanon, die Rebellen der gemäßigten islamistischen Opposition, die IS-Miliz und die kurdischen „Volksschutzeinheiten“ (YPG) im Norden des Landes. Die Kämpfe zwischen dem Assad-Regime und der islamistischen Opposition werden zunehmend zu einem Krieg zwischen Sunniten und Schiiten. Kleinere Religionsgemeinschaften wie christliche Assyrer/Chaldäer/Aramäer, Yeziden, Armenier, arabische Christen, Drusen, Ismailiten und andere werden zerrieben. Zudem ist der syrische Bürgerkrieg auch zu einem Stellvertreterkrieg geworden: Während die Regierungen des Irans und Russlands die Diktatur von Baschar al Assad stützen, finanzieren und bewaffnen die wahhabitische Monarchie Saudi-Arabiens sowie die Türkei die islamistische Opposition. Allen Syrern – doch insbesondere den Minderheiten - droht Gefahr durch die totalitäre islamistische Ideologie von Jihadisten und Salafisten aus der ganzen Welt.

2014 wurden die mehrheitlich von Kurden bewohnten **Enklaven Kobani, Afrin und Cazira** an der syrisch-türkischen Grenze im Norden Syriens ständig angegriffen. Es kam zu Kämpfen zwischen den Truppen des Regimes und der kurdischen YPG. Vor allem aber die IS-Miliz und andere Islamisten terrorisierten die Zivilbevölkerung in ganz Syrien. Die Luftwaffe warf ihrerseits „Fassbomben“ ab.

Die GfbV setzte ihren Einsatz für die ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien in diesem Jahr kontinuierlich fort. Unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido organisierte bundesweit viele **Informationsveranstaltungen mit Betroffenen, hielt zahlreiche Vorträge, initiierte Mahnwachen und gab Interviews** in regionalen und bundesweit verbreiteten Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen. Aber auch internationale Medien meldeten sich häufig bei uns – manche fast täglich - und baten um aktuelle Informationen oder seine Einschätzung der Lage der bedrohten religiösen und ethnischen Minderheiten in Syrien.

An unserer Kampagne „Keine Waffen an die Kriegsparteien in Syrien!“, die im Herbst 2013 begann und 2014 weiterlief, beteiligten sich viele unserer Unterstützer. Sie sandten E-Mails oder Briefe auf dem Postweg an Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Aufforderung, auf keinen Fall Waffen an Saudi-Arabien oder die Türkei zu liefern. Denn es ist kein Geheimnis, dass Rüstungsgüter aus Deutschland an diese beiden Länder adressiert in die Hände der radikalen Islamisten gelangen.

Auch unsere bereits Ende 2013 gestartete E-Mail-Kampagne, die **Weltgesundheitsorganisation (WHO) dazu zu bewegen, in allen Gebieten Syriens zu arbeiten**, setzten wir fort. Wir baten unsere Unterstützer darum, an die Generaldirektorin der WHO, Dr. Margaret Chan, zu appellieren, sich für eine effektivere Strategie für eine flächendeckende Polio-Impfung der Kinder in Syrien einzusetzen. Der Plan der WHO, ausschließlich mit der syrischen Regierung in Damaskus zusammenzuarbeiten, könnte Kinderlähmung in anderen Landesteilen Vorschub leisten. Deshalb müssten auch dort - notfalls mit anderen Partnern - Impfungen durchgeführt werden.

Im Februar sind wir für eine mehrere Stunden andauernde **Mahnwache nach Berlin gefahren, um Bundeskanzlerin Angela Merkel aufzufordern, das Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan** zu nutzen, ihm zwei dringende Forderungen nahe zu legen. Erstens sollen die in kurdischen Gebieten liegenden Grenzübergänge nach Cazira, Kobani (Ain al-Arab) und Afrin in Nordsyrien dauerhaft für humanitäre Hilfe geöffnet werden. Zweitens soll Erdogan sich für die Freilassung von Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi einsetzen. Diese beiden syrischen Bischöfe wurden am 22. April 2013 von syrischen Islamisten entführt. Doch während unserer Mahnwache vor

dem Bundeskanzleramt wurde klar, dass wir nicht die einzigen sind, die mit Erdogans Politik unzufrieden sind. Hunderte links-nationalistische in Berlin lebende Türken machten ihrem Protest gegen die in der Türkei herrschende Korruption lautstark Luft. Und nur wenige Blocks weiter, skandierten einige tausend alevitische Demonstranten am Brandenburger Tor „Wir sind Demokraten, Erdogan ist keiner!“ Als Erdogan am Bundeskanzleramt eintraf, erreichten die durch Megaphone verstärkten Appelle, Schreie, Pfiffe und Buh-Rufe ihren Höhepunkt.

Im Oktober 2014 organisierten wir **Mahnwachen zur Unterstützung der syrisch-kurdischen Stadt Kobani** in vielen deutschen Städten. Unter dem Motto „Erdogan: Totengräber von Kobani! Hilfe für Kurden zulassen!“ warfen wir dem türkischen Staat unterlassene Hilfeleistung für die kurdische Enklave Rojava (Syrisch-Kurdistan) vor, die der Bedrohung durch den IS standhielt. Die Mahnwachen fanden vor diplomatischen Vertretungen der Republik Türkei statt. Mit Laufzetteln und Sprechchören machten wir Passanten auf unsere Aktion aufmerksam.

Auf unsere Anregung und mit unserer Unterstützung besuchten Vertreter von internationalen Medien und Kirchen sowie Politiker umkämpfte Gebiete in Nordsyrien, deren Bewohner sich mutig gegen islamistische Terrormilizen wehrten, unter ihnen auch der ehemalige französische Außenminister und Gründer von „Ärzte ohne Grenzen“ und „Ärzte der Welt“, Bernard Kouchner. Einige Wochen zuvor hatte die GfbV ihn mit ihrem Victor-Gollancz-Preis geehrt. Kouchner besuchte die Frontlinie des Kampfes gegen die IS-Miliz. Er mobilisierte die Öffentlichkeit in Frankreich und in Europa für den Kampf gegen die Extremisten, den Schutz der Kurden und anderer Minderheiten.

Im Oktober organisierten wir noch eine **Mahnwache vor dem Rathaus in Paderborn**. Gemeinsam mit den dort lebenden Kurden, Assyren/Aramäern; Ismailiten, Kopten und ihren deutschen Freunden forderten wir Hilfe für die Minderheiten in Syrien. Auch bei dieser Menschenrechtsaktion blieb Kobani das Hauptthema. Die Redner, Repräsentanten der im Paderborner Stadtrat vertretenen Parteien, forderten die deutsche Bundesregierung und die EU-Regierungen dringend dazu auf, den von IS-Islamisten eingekesselten Kurden sofort zu helfen. Sie riefen deutsche Politiker dazu auf, auf die türkische Regierung einzuwirken, damit sie ihre Politik gegenüber dem IS umgehend ändert. Betont wurde auch unsere Forderung nach Schaffung eines Korridors für die Kämpfer der kurdischen Volksschutzeinheiten (YPG) aus den kurdischen Enklaven östlich und westlich von Kobani. Schließlich musste Ankara Hilfe aus Irakisch-Kurdistan durch kurdische Peschmerga-Einheiten zulassen. Sie erhielten Luftunterstützung von der so genannten internationalen „Anti-IS-Koalition“.

Seit der **Entführung von Erzbischof Yohanna Ibrahim von der syrisch-orthodoxen Kirche und Bischof Boulos Yazigi von der griechisch-orthodoxen Kirche** und dem Mord an ihrem Fahrer am 22. April 2013 vermutlich durch Radikalislamisten, forderten wir mit verschiedenen Aktionen ihre Freilassung. Wir schrieben ohne Unterlass Briefe an Politiker in Deutschland, in der Türkei und weltweit. Ende 2014 wandten wir uns an Außenminister Frank-Walter Steinmeier, an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag Dr. Norbert Röttgen, an den Vorsitzenden des Innenausschusses Wolfgang Bosbach sowie des Ausschusses für Menschenrechte Michael Brand und forderten Hilfe bei der Aufklärung des Schicksals der beiden Bischöfe. Um ein Signal zu setzen, dass den Christen im Nahen Osten Hoffnung gibt, wurden die beiden Entführten von der GfbV für den Weimarer Menschenrechtspreis 2014 vorgeschlagen. Die Jury nahm unseren Vorschlag an und ehrte die beiden Bischöfe in Abwesenheit am 10. Dezember 2014, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, mit diesem renommierten Preis. GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch würdigte in seiner Laudation den Einsatz der christlichen Würdenträger und rief Medien, Politik und die breite Öffentlichkeit dazu auf, sich für ihre Freilassung einzusetzen. Stellvertretend nahmen der Archimandrit der griechisch-orthodoxen Kirche aus Aleppo, Moses Alkhasi, der Bischof der syrisch-orthodoxen Kirche Deutschland, Philoxenos Mattias Nayis, und der Metropolit der orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland und Mitteleuropa, Isaac Barakat, den Preis in Weimar entgegen. Für den Archimandriten Moses Alkhasi, der als einer der letzten christlichen Geistlichen im umkämpften Aleppo ausharrt, hatten wir zuvor in Göttingen Gespräche mit Vertretern der Kirchen,

Politikern und Journalisten organisiert. Herr Alkhasi konnte so auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Thomas Oppermann, sprechen.

Irak

Der Völkermord des IS an den Yeziden im Irak stand 2014 im Mittelpunkt der Arbeit unseres Nahostreferats. Bereits am 5. August 2014, unmittelbar nach Beginn der Massenvertreibung der Yeziden, organisierten wir gemeinsam mit yezidischen Verbänden eine Pressekonferenz in Hannover, zu der u.a. Journalisten von ARD, ZDF, NDR und anderer Medien kamen. Wir nannten die Geschehnisse beim Namen: Es ist ein Völkermord. Bei der Pressekonferenz sprachen u. a. ein Vertreter der Ezidischen Akademie e.V., Hatab Omar, sowie Ali Rasho, ein Yezide aus Hauptsiedlungsgebiet seiner Landesleute, dem irakischen Sinjar. Wir forderten einen sofortigen humanitären Korridor für die Rettung der Yeziden, die sich im heißen Sommer auf dem Berg Sinjar ohne Trinkwasser und Lebensmittel geflüchtet hatten und sich in höchster Gefahr befanden. Keine zehn Tage später luden wir am 14. August 2014 die Medien und die Öffentlichkeit in unser Victor-Gollanz-Haus ein. Hier berichtete unser Mitglied, die Yezidin **Nehad Isa**, über das Leid der Yezidinnen in IS-Gefangenschaft.

Mit Hilfe der sozialen Medien hat unser Nahostreferent die breite Öffentlichkeit in deutscher, englischer, arabischer, russischer, persischer, türkischer und kurdischer Sprache Tag und Nacht über Gräueltaten der IS-Extremisten an Yeziden informiert. Wir haben zehntausende Yeziden in Deutschland, aber auch weltweit mobilisieren können, auf die Straße zu gehen und friedlich gegen den Massenmord zu protestieren. Dieser Einsatz wurde ununterbrochen bis Ende 2014 fortgesetzt. Auch mit Diskussionsveranstaltungen und Vorträgen informierten wir über die Lage der Yeziden und initiierten Hilfe. Etwa 20.000 Infolyer über die verzweifelte Situation im Nordirak wurden von uns bereitgestellt und verteilt.

Im September 2014 nutzten wir unseren beratenden Status als Nichtregierungsorganisation mit bei den Vereinten Nationen: Unser yezidischer Freund Dr. Mirza Dinnay konnte vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf sprechen und schnelle Hilfe für die vielen Flüchtlinge erbitten. **Mirza Dinnay** wurde bei einer der Rettungsaktionen im Sinjar-Gebirge Mitte August 2014 schwer verletzt. Anfang Dezember luden wir ihn für eine öffentliche Veranstaltung nach Göttingen ein.

Auf unserer Jahreshauptversammlung 2014 zeigen wir unseren kurzen Film über den Völkermord an Yeziden und Christen im Irak. Darin kam **Vian Dakhil**, Beiratsmitglied der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak und Abgeordnete im irakischen Parlament, zu Wort. Dort konnte sie durch einen emotionalen Appell internationale Aufmerksamkeit für die Yeziden mobilisieren.

Mitte Oktober 2014 haben wir mit einer bundesweiten Kampagne an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier appelliert, **alles für den Schutz der Yeziden, Christen und Kurden im Irak und Syrien zu unternehmen.** Wir riefen dazu auf, den vielen yezidischen Flüchtlingen in der irakischen Provinz Dohuk zu helfen, und forderten Unterstützung für traumatisierte Kinder, etwa die Errichtung von SOS-Kinderdörfern. Um traumatisierten Frauen zu helfen, die Opfer von Vergewaltigung und Versklavung wurden, wandten wir uns an Frauenverbände und die deutsche Landesregierungen. Auch mit vielen Vorträgen in Zusammenarbeit mit Verbänden, Kirchen und Bürgerinitiativen haben wir Hilfe und Unterstützung für Yeziden und Christen im Irak mobilisieren können.

Als am 9. August in Köln zu einer Kundgebung für die **Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans aufgerufen wurde**, beteiligte sich die GfbV daran. Auch unser Bundesvorsitzende Feryad Omar und Vorstandsmitglied Maria Sido gehörten zu den Teilnehmern. Mit einem unserer Transparente erinnerten wir an die bedrückende Lage der Yeziden: „Yeziden im Irak schützen! Völkermord beenden!“ Unsere Mitarbeiter führten zahlreiche Interviews. Darunter: ZDF heute, Domradio Köln, Voice of America, Kurdistan TV und Radio Free Irak.

Um die in Saarland lebenden Yeziden zu unterstützen, organisierten wir am Anfang Juli 2014 die Informationsveranstaltung „Das Schicksal der religiösen und ethnischen Minderheiten im Syrienkrieg“ in Saarbrücken. Seitdem arbeiten wir sehr eng mit ihrem Verein „**Die Rote Sonne- der Ezidischen Karitative e.V.**“ zusammen. Er leistet inzwischen großartige humanitäre Hilfe für Yeziden im Irak, der Türkei und in Syrien.

Die GfbV unterstützte **die 2. Internationale Konferenz der Gesellschaft Ezidischer AkademikerInnen (GEA) am 04. und 05.10.2014 in Bielefeld**. Über 500 interessierte Teilnehmer, renommierte Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, waren mit spannenden Vorträgen dabei. Die Lage der Yeziden im Irak war ein zentrales Thema der Konferenz. Es sprachen unter anderem PD Dr. Sefik Tagay, Vorsitzender der GEA, Tilman Zülch, Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker International, Karin Schrader, Bürgermeisterin der Stadt Bielefeld, Irina Wießner, GfbV-Vorstandsmitglied, und Thorsten Klute, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Zwei Persönlichkeiten, die sich im Einsatz für die Yeziden einen großen Namen gemacht haben, wurden geehrt: GfbV-Beiratsmitglied Prof. Gernot Wießner und der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen Herbert Schnoor.

Iran

Wie auch in den vergangenen Jahren blieb 2014 die schwierige Lage der **Bahai**, Kurden, Christen und anderer Minderheiten im Iran im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Wir organisierten gemeinsam mit der Bahá'í-Gemeinde in Deutschland am 05.04. 2014 eine Menschenrechtsaktion in Berlin und forderten zusammen mit vielen bekannten Persönlichkeiten die Freilassung aller Bahá'í und der anderen politischen Gefangenen im Iran, unter ihnen die sieben sog. Yárán („Freunde“), die bis 2008 mit Wissen der iranischen Regierung das inoffizielle Führungsgremium der Bahá'í-Gemeinde im Land bildeten. Sie sind seit über sechs Jahren unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert. Die schwerwiegenden Anklagen sind frei erfunden, kritisierte die iranische Friedensnobelpreisträgerin und Anwältin Shirin Ebadi. Obwohl sich der Iran und die internationale Gemeinschaft einander vorsichtig annähern, gibt es im Iran noch immer schwere Menschenrechtsverletzungen.

Anfang Juli protestierten wir mit der Kurdischen Gemeinde Deutschland (KGD) vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt anlässlich des siebten Jahrestages der Verhaftung von Mohammad Kabudvand. Er hat eine kurdische Menschenrechtsorganisation gegründet und ist deshalb inhaftiert.

Sonstige Aktivitäten

Wir arbeiten eng mit Repräsentanten der in Deutschland lebenden Minderheiten aus dem Nahen Osten zusammen wie mit dem **Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und Europäischen Sektionen e.V. (ZAVD)**. So berieten wir bei einem Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden, Schriftführer und Beisitzer des ZAVD, Johann Roumee, John Gültekin und Nuri Ayaz, Ende August über gemeinsame Forderungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Syrien.

Zur **Abstimmung unserer Kurdenarbeit** hatten wir im Januar 2014 Vertreter kurdischer Verbände zu einem Arbeitstreffen eingeladen. Es nahmen u. a. Mehmet Tanriverdi, Miktat Tuncay und Zainap Cager von der Kurdischen Gemeinde Deutschland, Abdullah Abdali, Ahmad Hassan von der Demokratischen Partei Kurdistans (Iran) sowie Mehmet Behzatoglu und Tarkan Koc vom Verband der Vereine aus Kurdistan in Deutschland e.V (KOMKAR) teil.

Zur Lage der Minderheiten in Syrien, Irak, Türkei, Iran sowie in den anderen Ländern des Nahen Ostens hat **unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido mehr als 170 TV-, Radio- sowie Zeitungsinterviews gegeben. Ihn erreichten Anfragen von der deutsch ARD bis zum Radiosender Voice of America.**

Dr. Kamal Sido

AFRIKA

Eritrea

Die anhaltend **schlechte Menschenrechtslage** in Eritrea und die daraus resultierende Flucht vieler Eritreer beschäftigten uns auch im Jahr 2014 intensiv. Wir erstellten eine schriftliche Stellungnahme über die **Fluchtgründe** aus dem Land, die wir beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einbrachten. Auch unterstützten wir dem vom UN-Menschenrechtsrat in Genf eingesetzte Untersuchungskommission zu Verbrechen in Eritrea mit verschiedenen Eingaben.

In vielen Interviews informierten wir über Folter und schwerste Menschenrechtsverletzungen an Eritreern auf der Flucht aus Nordostafrika. Nachdrücklich forderten wir mehr Engagement für auf dem Sinai gestrandete eritreische Flüchtlinge, die dort von Menschenhändlern festgehalten und gefoltert wurden, um von ihren Angehörigen Lösegeld zu erpressen. Auf zahlreichen Konferenzen mit Flüchtlingsorganisationen informierten wir über die Fluchthintergründe von Eritreern. Auch suchten wir das Gespräch mit den Regierungen Großbritanniens, Norwegens und Dänemarks, um uns für die Rechte eritreischer Asylbewerber einzusetzen. Denn gerade in diesen Staaten wuchs der politische Druck nach einer kritischen Neubewertung der Lage in Eritrea, um die Anerkennung weiterer Asylbewerber zu verhindern.

Wir bauten Kontakt zu Flüchtlingsorganisationen in Israel auf, die sich dort für die 55.000 diskriminierten afrikanischen Flüchtlinge (meist aus Eritrea und Darfur) einsetzen. Aus dieser Kooperation entstand auch ein Kontakt zu einer deutsch-äthiopischen Rechtsanwältin, die intensiv vor Ort Flüchtlinge aus Darfur und Eritrea betreut, die von Menschenhändlern grausam auf dem Sinai gefoltert wurden. Auch mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Christoph Strässer, sprachen wir über das Thema.

Sudan/Darfur/Nubaberge

Die Gewalt in Sudans westlicher Darfur-Region eskalierte seit Beginn des Jahres 2014. In Presseerklärungen wiesen wir wiederholt auf die steigenden Flüchtlingszahlen hin: Bis zum Ende des Jahres mussten **430.000 Menschen vor Kämpfen fliehen**. Elf Jahre nach Beginn des Völkermordes kämpfen inzwischen unter anderem auch Milizionäre, die von der sudanesischen Armee aufgebaut und bewaffnet wurden, gegeneinander um Macht und Einfluss. Bis heute ist der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes per Haftbefehl gesuchte Staatspräsident Omar al-Bashir auf freiem Fuß. Regelmäßig erinnern wir Regierungen in Afrika und weltweit daran, dass al-Bashir wegen des Völkermordes an 500.000 Nuba, mehr als 400.000 Darfuris und zwei Millionen Südsudanesen endlich nach Den Haag überstellt werden muss.

Als die Friedenstruppe UNAMID, die gemeinsam von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführt wird, im November erklärte, Vorwürfe gegen sudanesischen Soldaten, mehr als 200 Frauen und Mädchen vergewaltigt zu haben, seien nicht zu beweisen, warnten wir davor, dass die Blauhelme sich nicht zum Komplizen einer Armee machen dürften, die systematisch schwerste Menschenrechtsverletzungen vertuscht und Zeugen dieser Verbrechen verfolgt. Die den Vorwürfen nachgehenden Rechercheure der UNAMID waren von sudanesischen Soldaten begleitet worden, die die Aussagen von Zeugen schriftlich festgehalten hatten. Ein Soldat hatte sogar die Erklärungen der eingeschüchterten Bewohner gefilmt. Wir kritisierten diesen Verstoß gegen alle Regeln des Zeugenschutzes und angemessener Recherche und wiesen darauf hin, dass Dorfbewohner berichtet hätten, dass der zuständige Major der Garnison am Abend vor dem Besuch der UNAMID-Rechercheure alle Bewohner in einer Versammlung nachdrücklich gewarnt habe, Informationen über das Geschehen preiszugeben. Hunderte Frauen und Mädchen werden immer noch jedes Jahr Opfer von **Vergewaltigungen**. Die Dunkelziffer liegt noch höher. Den Einsatz von Vergewaltigungen als Kriegswaffe in Darfur prangerten wir auf mehreren internationalen Konferenzen sowie in Gesprächen

mit der Europäischen Kommission, dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und dem Auswärtigen Amt an. Dringend forderten wir ein Ende der Straflosigkeit für sexuelle Gewalt in Darfur.

In Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, dem Afrikabeauftragten im Auswärtigen Amt Georg Schmidt und dem Menschenrechtsbeauftragten Christoph Strässer warnten wir vor dem Terror regierungsnaher Milizen in Darfur und forderten nachdrücklich einen besseren Schutz der dortigen Zivilbevölkerung. Insbesondere wandten wir uns gegen Versuche der sudanesischen Regierung, das Mandat der UNAMID-Friedenstruppe einzuschränken und auslaufen zu lassen. Trotz sudanesischem und russischem Widerstand wurde das UNAMID-Mandat erneut vom Weltsicherheitsrat verlängert.

Mehrfach warnten wir öffentlich, dass der Sudan seinen Krieg auch in der Region Süd-Kordofan (**Nuba-Berge**) verschärfe. Wir forderten westliche Regierung dazu auf, sich gegenüber der sudanesischen Regierung dafür einzusetzen, die **völkerrechtswidrige Blockade der humanitären Versorgung der Zivilbevölkerung** in den Konfliktregionen Süd-Kordofan und Blauer Nil zu beenden. Auch sollten sie gegen die fortgesetzte Bombardierung der Zivilbevölkerung in den Nuba-Bergen Auf einer Sudan-Konferenz in Erfurt im März schilderten wir die Lage der Zivilbevölkerung in den Nuba-Bergen, der Region Blauer Nil und der Abyei-Region. Als Weihnachten bekannt wurde, dass auf Anordnung der sudanesischen Behörden zwei hochrangige Mitarbeiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) unverzüglich den Sudan verlassen mussten, forderten wir eine scharfe Reaktion des Weltsicherheitsrates.

Wir waren die erste Menschenrechtsorganisation, die auf den Fall der von einem sudanesischen Gericht wegen angeblicher **Apostasie** zum Tode verurteilten **Christin Mariam Yahia Ibrahim** öffentlich aufmerksam machte. Es gab auf allen Ebenen ein breites Medienecho, auch weil wir auf die breitere Dimension des Falles für alle **Christen im Sudan** aufmerksam machten: Immer wieder werden Kirchen auf Anordnung der Behörden niedergedrückt. Bereits wenige Stunden nach Meriams Verurteilung appellierten wir an Bundeskanzlerin Merkel, sich für ihre Freilassung einzusetzen. Sowohl Merkel als auch Außenminister Steinmeier taten dies dann auch. Über Facebook und Twitter mobilisierten wir für die Unterstützung eines Aufrufs zu ihrer Freilassung, der von 980.000 Menschen mitgetragen wurde. Als Sudans Außenminister Kerti nach Berlin kam, protestierten wir vor seinem Hotel. Mariam kam schließlich frei und reiste mit ihrer Familie in die USA aus. Schließlich wurde Mariam angesichts der massiven internationalen Proteste nach wenigen Wochen Haft freigelassen und konnte zu ihrer Familie ins Ausland ausreisen. Ihr Fall machte deutlich, wie schwierig die Lage vieler Christen im Sudan heute ist.

Südsudan

In zahlreichen Interviews und Pressemitteilungen machten wir auf den schrecklichen **Bürgerkrieg** im Südsudan zwischen der Armee von Präsident Salva Kiir und den Milizen seines ehemaligen Stellvertreters Riek Machar aufmerksam. Bei einem Besuch im Bundeskanzleramt und einem von uns mit veranstalteten Parlamentarischen Abend in Berlin wurden die Hintergründe der Gewalt erläutert. Im November waren wir in Erfurt bei einer sehr gut besuchten Podiumsdiskussion zur Lage im Südsudan. Mit uns auf dem Podium saßen ein langjähriger deutscher UN-Mitarbeiter im Südsudan sowie ein junger Deutscher, der sich in einem Camp der UN im Südsudan um mehr als 10.000 Flüchtlinge kümmert. Er bat uns ganz konkret um **Hilfe für diese Camps** und wir übermittelten diese Bitte dem Auswärtigen Amt. Auch bei einem Berlin-Besuch der Südsudan-Expertin von Human Rights Watch (HRW) konnten wir diesen Punkt einbringen. HRW hatte uns bei der Vorbereitung ihres Besuches um Rat gebeten. Im Juli forderten wir Daimler-Benz auf, seine Kooperation mit dem chinesischen Unternehmen China North Industries Group Corp. (Norinco) zu beenden, die trotz des anhaltenden Bürgerkrieges Tausende von Waffen an die südsudanesischen Armee lieferte: Wer sich in seinen Unternehmensrichtlinien zum Schutz der Menschenrechte bekenne, dürfe nicht mit einer solchen Firma kooperieren.

Äthiopien

Dank einer langjährigen Kooperation mit einem Oromo-Menschenrechtler in Australien konnten wir umfassend über **willkürliche Verhaftungen und politisch motivierte Morde an Oromo**-Schülern und Studenten in Äthiopien berichten, die gegen eine Verwaltungsreform in der Region Oromia protestiert hatten. Die Deutsche Welle und andere Medien berichteten über unsere detaillierten Informationen. Auf einer Tagung im Oktober in Frankfurt berichteten wir über die Menschenrechtsverletzungen an den Oromo und anderen Minderheiten wie den **Anuak** in der Gambella-Region. Sofort nach der Verhaftung des äthiopischen Oppositionsführers Andargarchew Tsige im Oktober 2014 forderten wir die Europäische Union und die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay auf, das **Schicksal des Verschwundenen** aufzuklären und seine Freilassung durchzusetzen. Leider ist Tsige bis heute an einem unbekanntem Ort in Äthiopien inhaftiert.

Somalia

Flüchtlinge in Kassel machten uns auf anhaltende Konflikte im Zentrum Somalias aufmerksam, wo kleinere somalische Clans systematisch von größeren Clans im Namen des „Föderalismus“ zerrieben werden. Wir wiesen in Pressemitteilungen auf diese weithin unbeachteten Menschenrechtsverletzungen hin, machten eine schriftliche Eingabe beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und gaben mehrere Interviews zum Thema. Die deutsche Politik forderten wir auf, sich bei den Ausbildungseinsätzen in Somalia im Kampf gegen die extremistischen Al-Shabaab-Milizen nicht zu Handlangern von Warlords machen zu lassen. Die somalische Regierung müsse Menschenrechtsverletzungen in der eigenen Armee entschlossen bekämpfen. Auch im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen machten wir auf die schweren Menschenrechtsverletzungen an kleineren Somali-Clans aufmerksam. Als dem Land im Sommer eine erneute Hungerskatastrophe drohte, forderten wir mehr humanitäre Hilfe durch die internationale Gemeinschaft.

Kongo

Als im Oktober in der Stadt Beni im Osten des Kongo 101 Menschen Opfer von **Massakern** der ugandischen islamische Oppositionsbewegung Allied Democratic Forces (ADF) wurden, forderten wir einen verstärkten Schutz der Zivilbevölkerung und wiesen darauf hin, dass auch Pygmäen-Gruppen, die in den Wäldern in der Umgebung der Stadt leben, immer wieder Opfer von Entführungen und der zunehmenden Gewalt von ADF-Kämpfern werden. Im Februar und März trafen wir in Berlin den Chef der UN-Friedenstruppen im Kongo, informierten den Afrika-Beauftragten der Bundesregierung über die Lage im Kongo und nahmen an einem Kongo-Gespräch im Auswärtigen Amt teil.

Zentralafrikanische Republik

Immer wieder haben wir mit Presseerklärungen auf die dramatische Lage der Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik und auf die Bedeutung der Rohstoffe für den Krieg hingewiesen. Wir gaben zahlreiche Interviews zum Thema. Vor allem christliche Medien berichteten umfassend über unsere Einschätzungen, weil wir zwar die **Vertreibung von fast allen Muslimen** anprangerten, aber gleichzeitig deutlich machten, dass es sich nur bedingt um einen Konflikt zwischen Christen und Muslimen handelt. Im Mai zeichnete „Kirche in Not“ ein 45-minütiges Interview für einen Film auf, der im Fernsehen ausgestrahlt wurde. Über das Humanitäre Konto des Fördervereins konnten wir mehr als 7.000 Euro an Spendengeldern für eine Pygmäen-Organisation zur Verfügung stellen, die durch den **Bürgerkrieg** existentiell gefährdet ist. Auch unterstützten wir einen amerikanischen Arzt, der seit mehreren Jahrzehnten unter den **Pygmäen** lebt und in einem Nationalpark für eine Grundversorgung mit Medikamenten bei den indigenen Bewohnern sorgt. Mehr als 2.000 Euro stellten Spender über unseren Förderverein für eine Mission zur Verfügung, die im Sommer eine Bestandsaufnahme der gesundheitlichen Lage der Pygmäen erstellte.

Libyen

Im Falle der Tawergha, einer dunkelhäutigen Minderheit in Libyen, die von arabischen Nationalisten aus einer früher pulsierenden Gemeinde mit rund 40.000 Einwohnern im Jahr 2011 vertrieben worden waren, setzten wir uns für **ihre Rückkehr und den Wiederaufbau** ihrer Gemeinde ein, da viele Häuser zerstört oder mutwillig ausgebrannt wurden. Die verwüstete menschenleere Stadt wurde international zum Symbol des **Rassismus arabischer Nationalisten** gegenüber ihren dunkelhäutigen Landsleuten. Unsere Arbeit hatte Erfolg: Im Januar 2015 wurde bei Friedensverhandlungen in Genf eine Einigung in der Tawergha-Frage erzielt. Der Stadtrat von Tawerghas Nachbarstadt Misrata stimmte bei den von den Vereinten Nationen vermittelten Gesprächen grundsätzlich der Rückkehr der rund 40.000 Tawergha in ihre Heimatstadt zu. Zum Jahreswechsel 2014/2015 erinnerten wir öffentlich daran, dass es in Libyen immer noch insgesamt 400.000 Binnenflüchtlinge gebe, unter ihnen auch mehrere zehntausend Berber und Tuareg. Nach der Ermordung von sieben ägyptischen Kopten forderten wir einen besseren Schutz für Christen in Libyen.

Mauretanien

In Mauretanien erzielte unser Partner Biram Dah Abeid von der Anti-Sklaverei-Organisation IRA bei den Präsidentschaftswahlen Ende Juni einen Achtungserfolg, als er die zweitmeisten Stimmen bekam. Wir starteten eine Briefaktion an zahlreiche Regierungen und den UN-Generalsekretär, um Unterstützung für eine offizielle Anerkennung der IRA als Nichtregierungsorganisation zu bekommen. Seit vier Jahren verweigert Mauretaniens Regierung die Anerkennung, die für die Haratin vieles erleichtern würde. Im Oktober waren wir zu einem Ländergespräch Mauretanien im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Wir waren die einzigen Menschenrechtler und konnten viele Punkte zum Thema **Sklaverei** einbringen. Auch der Parlamentarische Staatssekretär Fuchtel aus dem BMZ nahm an der Runde teil, was für so einen Kreis recht ungewöhnlich ist. Er äußerte sich sehr kritisch zur mauretanischen Regierung und unterstützte unseren Vorschlag, Deutschland müsse mehr kritische Nichtregierungsorganisationen in Mauretanien als Gegengewicht zu der korrupten Regierung unterstützen. Im Auswärtigen Amt erläuterten wir gemeinsam mit Biram Dah Abeid die schwierige Lage der Haratin im Kampf gegen Sklaverei. Das Ministerium zeigte sich beeindruckt von den friedlichen Aktivitäten der Menschenrechtler und signalisierte seine Unterstützung bei den Bemühungen um eine offizielle Anerkennung der IRA als Nichtregierungsorganisation in Mauretanien.

Als Biram Dah Abeid und zehn weitere Menschenrechtler bei einer Protestaktion gegen Sklaverei und Landraub festgenommen wurden, schrieben wir sofort an die westlichen Botschaften in Mauretanien und forderten die mauretanische Regierung zur sofortigen Freilassung der Anti-Sklaverei-Aktivisten auf. Wir kritisierten zur Eröffnung des Prozesses im Dezember die Justizfarce: Weder konnten sich die Rechtsanwälte der Beschuldigten angemessen auf das Verfahren vorbereiten, noch konnte die Teilnahme von neutralen Prozessbeobachtern organisiert werden. Im Januar 2015 wurden Biram Dah Abeid, sein Stellvertreter Brahim Bilal Ramdhane und der Leiter der Organisation Kawtal zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt. An Weihnachten kritisierten wir heftig das gegen einen 29 Jahre alten Mann wegen angeblicher Apostasie verhängte Todesurteil. Der Mann hatte im Januar auf die sozialen Missstände im Land aufmerksam gemacht und war daraufhin verhaftet worden.

Mali

In mehreren Presseerklärungen und Interviews machten wir auf den anhaltenden Krieg in Mali und die mangelnde Friedensbereitschaft der malischen Regierung in den **Tuareg**-Gebieten aufmerksam. Auch an der EU-Ausbildungsmission für Malis Armee übten wir Kritik, die von vielen Medien aufgegriffen wurde. Vor der Entscheidung des Bundestages über eine weitere Beteiligung Deutschlands am UN-Friedenstruppen-Einsatz forderten wir neue Friedeninitiativen für Nord-Mali, da ohne diese keine Aussöhnung zwischen den Tuareg und der malischen Mehrheitsbevölkerung beginnen könne. Mehrfach berichteten wir auf Konferenzen vor Mitarbeitern von

Flüchtlingsorganisationen über die Hintergründe des Krieges in Mali sowie über das Ringen der Tuareg um mehr Selbstbestimmung. Auch baten wir das Auswärtige Amt, die Regierung Frankreichs und die Europäische Kommission, sich bei den Friedensgesprächen für Nord-Mali in Algier stärker einzubringen. Insbesondere sollten sie Druck auf die Regierung Malis ausüben, um eine auch für Tuareg akzeptable Lösung für die Konflikte im Norden des Landes zu erreichen.

Nigeria

In mehr als einem Dutzend Presseerklärungen machten wir auf den Terror der islamistischen **Boko Haram-Miliz** in Nigeria aufmerksam und beschrieben die schwierige Lage der Christen und Muslime im umkämpften Nordosten Nigerias. Regelmäßig dokumentierten wir neue Angriffe der Terrormiliz und warnten aber vor massiver Gewalt nigerianischer Militärs, die im Kampf gegen die islamistische Terrorgruppe keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahmen. Viele Medien griffen unsere Berichte auf und erinnerten an das schwierige Los der unter Flucht und Gewalt leidenden Zivilbevölkerung. Wir forderten nigerianische Politiker und die internationale Gemeinschaft dazu auf, endlich entschlossen gegen die Gründe für den Aufstieg Boko Harams, nämlich Machtmissbrauch und Korruption, vorzugehen. Regelmäßig informierten wir die Öffentlichkeit und Politiker in Pressemitteilungen und Schreiben über die Opfer der Gewalt Boko Harams und warnten vor den Langzeitfolgen des Bürgerkrieges: Die Zerstörung von Kirchen und die Schließung vieler Schulen aus Sicherheitsgründen und Lehrermangel werde verheerende Wirkungen haben. Zu Weihnachten zogen wir Bilanz: **Mehr als 1,5 Millionen Christen und Muslime** seien wegen des Boko-Haram-Terrors und der unberechenbaren Gegengewalt staatlicher Sicherheitskräfte und verbündeter Milizen aus ihren Häusern geflohen.

Als erste Menschenrechtsorganisation in Europa machten wir nur wenige Stunden nach der **Entführung von 219 Internatsschülerinnen aus Chibok** im April 2014 auf das Kidnapping aufmerksam. Daraus entwickelte sich eine weltweite Kampagne, an der in sozialen Netzwerken mehr als eine Million Menschen mitwirkten, die mehr Engagement von Nigerias Politikern für die Freilassung der Verschleppten forderten. Regelmäßig erinnerten wir jeden Monat an das Schicksal der Entführten und verlangten ein glaubwürdiges Engagement der nigerianischen Behörden für ihre Freilassung. In vielen Radiointerviews erläuterten wir ihr Schicksal und riefen dazu auf, die Verschleppten nicht zu vergessen. Auch protestierten wir, als die nigerianischen Behörden versuchten, Angehörige der Entführten mit ihrer Kritik am Verhalten der Behörden mundtot zu machen. Das Los der Chibok-Schülerinnen wurde angesichts der weltweiten Proteste, an denen sich auch Michele Obama und der britische Premierminister beteiligten, zum bestimmenden Thema bei den Präsidentschaftswahlen Nigerias im Jahr 2015. Auch 17 Monate nach ihrer Verschleppung ist das Schicksal der Entführten noch immer ungeklärt.

Daneben machten wir darauf aufmerksam, dass Nigerias Regierung Auseinandersetzungen zwischen Hirten der Fulani-Minderheit und sesshaften Bauern tatenlos zuschauen. Die seit langem bestehenden Konflikte zwischen diesen Gruppen werden durch die Folgen des **Klimawandels** verschärft.

Auch warnten wir vor einer weiteren Tabuisierung des Völkermords in **Biafra**, forderten die Freilassung inhaftierter Biafra-Aktivisten und prangerten die anhaltende **ökologische Zerstörung des Nigerdeltas** durch Erdölförderung an. Wir machten mehrfach in Radiointerviews deutlich, dass auch 20 Jahre nach Beginn des friedlichen Widerstands der **Ogoni** und anderer indigener Völker gegen die Ölförderung, die Lebensgrundlagen der Ureinwohner des Nigerdeltas zerstört werden.

Tansania

In Interviews und Pressemitteilungen forderten wir einen besseren Schutz für die Minderheit der **Albinos** in Ostafrika. Allein in Tansania seien seit dem Jahr 2000 mindestens 73 Albinos getötet und verstümmelt worden. Ein leider weit verbreiteter Aberglauben sagt ihren Gliedmaßen Heilwirkung

und Wohlstand nach. Wir forderten die Regierungen der Region auf, Albinos stärker zu schützen und durch breit angelegte Aufklärungskampagnen den Aberglauben zu bekämpfen.

Kenia

Wir engagierten uns für die Ältesten der Volksgruppe der Giriama, die einen dramatischen Hilferuf an uns gerichtet hatten, weil Dutzende ältere Angehörige der ethnischen Gemeinschaft von ihren Familienangehörigen oder jüngeren Menschen ermordet wurde. In Briefen und Faxen an alle westlichen Botschaften in Kenia sowie an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte forderten wir einen wirksameren Schutz der älteren Bevölkerung und machten auf die dramatischen Probleme älterer Menschen in Ostafrika aufmerksam.

Westsahara

Die Westsahara-Frage mit der seit 1975 andauernden **völkerrechtswidrigen Besatzung des Landes** durch Marokko ist noch immer ungelöst. Wir griffen die schwierige Frage der Verwendung von dort geförderten Bodenschätzen sowie Landwirtschaftsprodukten auf und dokumentierten den Weg von Tomaten aus der Westsahara in deutsche Supermärkte. Wir stießen in Supermärkten führender deutscher Handelsketten (Aldi Süd, Kaufland, REWE, Netto) auf Tomaten, die offensichtlich von dort stammen und deren Export nach UN-Expertise eigentlich völkerrechtswidrig ist. Von REWE werden sie sogar auch noch unter dem Öko-Siegel „Pro Planet“ angeboten. Wir konfrontierten das Siegel, die Handelskonzerne sowie den Beirat des Siegels mit unseren Erkenntnissen über die problematische Produktion der Tomaten. Das Pro-Planet-Label reagierte auf diese Initiative und verpflichtete seinen Lieferanten Azura vertraglich dazu, nur noch Tomaten aus Marokko zu liefern.

Ulrich Delius/Hanno Schedler

ASIEN

China

Die Volksrepublik China mit ihren Minderheiten bildete einen starken Schwerpunkt unserer Asien-Arbeit. 2014 veröffentlichten wir fünf Menschenrechtsreporte und ein Memorandum zur Lage im Reich der Mitte.

Im März erschienen anlässlich des Staatsbesuchs von Xi Jinping in Deutschland unsere beiden Reporte über die **Verfolgung von Menschenrechtlern** (mit Kapiteln zu Tibetern, Uiguren, Mongolen und Han-Chinesen) und über die Verbrechen Maos sowie die Kriegsverbrechen **Japans** in China. Über unsere Kritik an der chinesischen Regierung und ihrem fehlenden Willen zur Aufarbeitung der Verbrechen der Kommunistischen Partei unter Mao wurde sehr breit in Radio, Fernsehen (ZDF, n-tv, ARD) und Zeitungen berichtet. Zum 25. Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens brachten wir ein Memorandum zum „staatlich verordneten Gedächtnisverlust“ heraus und gelangten in die zentrale Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur dpa, die in ca.150 Zeitungen und Online-Portalen veröffentlicht wurden.

In Berlin demonstrierten wir am 25.Jahrestag des Tiananmen-Massakers vor der chinesischen Botschaft. Mit dazu kamen die frühere EP-Parlamentarierin Eva Quistorp, die frühere DDR-Regimekritikerin und ehemalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Marianne Birthler. **Chinesische Demokraten** bedankten sich sehr für unsere Menschenrechtsinitiative.

Zwischendurch wurden wir immer wieder mit unseren neuesten Zahlen zur Gewalt in **Xinjiang/Ostturkestan** im Nordwesten Chinas zitiert und es gab lange Interviews mit dem Schweizer Radio, dem St. Galler Tageblatt, der Tiroler Tageszeitung und vielen anderen Medien. Auch unser anlässlich der China-Reise der Bundeskanzlerin und dem 5. Jahrestag der schweren Unruhen in Urumtschi Anfang Juli erarbeitete Menschenrechtsreport zur dramatisch eskalierenden Gewalt im Nordwesten Chinas wurde sehr gut aufgenommen und vielfach zitiert. Im November veröffentlichten wir gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg den dritten Report zur Menschenrechtsslage in Hamburgs Partnerstadt Shanghai.

Gemeinsam mit dem Weltkongress der Uiguren waren wir Mitveranstalter einer internationalen Konferenz in München über **Verschwundene in China**. Schwerpunkt waren inhaftierte Uiguren, von denen jedes Lebenszeichen fehlt. Während der Konferenz gaben wir der Deutschen Welle und Al-Jazeera Interviews zur Menschenrechtsslage in China.

Die gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland und dem Hamburger Museum für Völkerkunde organisierte **Ausstellung über die prekäre Lage der tibetischen Nomaden** unter chinesischer Herrschaft bildete im Jahr 2014 einen ganz besonderen Schwerpunkt unserer China-Arbeit. Die Ausstellung erwies sich als Publikumsmagnet. Das Museum für Völkerkunde zählte allein im August 5.200 zahlende Besucher. Damit war dies seit langem die am besten besuchte Ausstellung des Völkerkunde-Museums.

Der Direktor des Museums erhielt aufgrund der Tibet-Ausstellung Besuch vom chinesischen Generalkonsulat. Die Diplomatin hielt ihm eine Stunde lang eine Strafpredigt und unterstellte der Tibet Initiative und dem Museum, Hass säen zu wollen, und äußerte weitere ähnlich absurde Vorwürfe. So wurde unser Anliegen, auch das offizielle China erreichen zu wollen, voll erfüllt.

Im Oktober demonstrierten wir mit **Uiguren** anlässlich der 3. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen vor dem Bundeskanzleramt in Berlin gegen die Verfolgung von uigurischen, tibetischen und mongolischen Menschenrechtlern in China. Blickfang für Fotografen und

Kameras war ein überdimensional großes Marionettenspiel. Verkleidet als Chinas Staatspräsident Xi Jinping wurde Angela Merkel als Marionette geführt. Der Protest schaffte es dann auch in die ARD-Tagesschau, die lange Sequenzen unserer Aktion zeigte und auch ein Interview mit uns machte. Fünf bis sechs Fernsehteams filmten den Protest, Al Jazeera, Associated Press Fernsehen und Deutsche Welle TV machten Interviews. Im Vorfeld des chinesischen Besuchs hatten wir an Kanzlerin Merkel appelliert, besonders den Fall des zu lebenslanger Haft verurteilten Uiguren Ilham Tohti sowie mehr Demokratie für Hongkong anzusprechen, was sie zwei Tage später auch öffentlich tat. Tohti ist leider immer noch in Haft.

Einen Tag später demonstrierten wir in Hamburg vor einer großen Wirtschaftskonferenz, bei der auch Chinas Premierminister Li Keqiang mit Außenminister Steinmeier auftrat. Wir standen dort gut postiert mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg, dem Verein der Tibeter und rund 50 Tibetern und Falun Gong- Anhängern. Der NDR filmte den Protest gegen die allzu unkritische China-Politik Deutschlands, wir gaben dem NDR, Hamburg Radio, Radio Free Asia, dem Evang. Pressedienst und der Zeitung Epoch Times Interviews.

Ebenfalls im Oktober fuhr der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius ins zentralasiatische Kirgisien. Dort nahm er an einer Konferenz der uigurischen Selbsthilfeorganisation ITTIPAK teil. Die Organisation wird von den Behörden seit Jahren massiv bedrängt und muss selbst um ihr kulturelles Engagement für die Wahrung der uigurischen Sprache fürchten, weil das Nachbarland China die Schließung der Organisation fordert. Immer wieder werden ihre Veranstaltungen, Konferenzen und Ausstellungen verboten oder brüsk von der Polizei aufgelöst. Wir hielten einen Vortrag über die Uiguren. Die Anwesenheit von Gästen aus dem Ausland verschafft Organisationen wie der ITTIPAK etwas Schutz, damit ihre Konferenzen nicht ohne weiteres verboten werden können.

Im November 2014 organisierten wir im Rahmen der Hamburg China Time gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland, Regionalgruppe Hamburg acht kritische Veranstaltungen zum Thema China. Hamburg ist mit seinem Hafen die Stadt mit den engsten Verbindungen zu China. Im Rahmen der China Time finden hunderte China-bezogene Veranstaltungen statt, die größtenteils eher Werbeveranstaltungen für die wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und China sind. Wir machten unter anderem eine Veranstaltung über **Maos Verbrechen im eigenen Land** und der unzureichenden Aufarbeitung **von Japans Kriegsverbrechen in China**, eine über die Situation der unterdrückten Uiguren unter chinesischer Herrschaft und gemeinsam mit dem langjährigen China-Korrespondenten der ARD und des SPIEGEL, Jürgen Bertram, eine auch vom Publikum kontrovers geführte Diskussion über die Lage von Journalisten in China. Bertram schilderte die schwierigen Bedingungen, unter denen auch ausländische Korrespondenten bis heute aus China berichten sowie die noch prekärere Situation ihrer chinesischen Kollegen, die streng von staatlichen Stellen kontrolliert werden und denen bei zu kritischer Berichterstattung Berufsverbot oder Gefängnis drohen. Einige Teilnehmer aus dem Publikum verwiesen auf die positive wirtschaftliche Entwicklung Chinas und kritisierten die aus ihrer Sicht allzu einseitig-kritische Berichterstattung westlicher Journalisten in Sachen Menschenrechten. Bertram und wir entgegneten darauf, dass es gerade die westlichen Journalisten seien, die offen und kritisch über Missstände in Sachen Menschenrechten und Umweltschutz berichten müssten. Zitat Jürgen Bertram: „Ich lasse mich nicht zum Apologeten einer Diktatur machen“.

Burma

Die Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten in Burma beschäftigte uns im Jahr 2014 weiterhin intensiv. Für ein Handbuch des Burma-Büros verfassten wir Anfang des Jahres die Kapitel zu ethnischen Minderheiten und der in Burma besonders stark verfolgten und ausgegrenzten muslimischen Rohingya. Die erste Auflage des Handbuches ist inzwischen fast vergriffen.

Unsere Praktikantin Ilaria Cimino baute im Jahr 2014 ein Netzwerk von Kontakten zu muslimischen Rohingya in Burma und weltweit auf. So wurden wir sehr schnell über anhaltende Menschenrechtsverletzungen, Verweigerung des Zugangs von Helfern, Hass-Reden von burmesischen Nationalisten in Kenntnis gesetzt. Diese Informationen veröffentlichten wir dann auf unserer englischen Facebook-Seite und über Twitter. EU- und US-Regierungen machten wir auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam. So traf auch der deutsche Menschenrechtsbeauftragte Strässer unsere Kontaktleute in den Lagern. Gemeinsam mit unserem europäischen Netzwerk von Burma-Gruppen machten wir fast wöchentlich in gemeinsamen Appellen und Presseerklärungen auf Missstände in der Nationalitätenpolitik Burmas aufmerksam.

Unser Stand auf der Leipziger Buchmesse, bei dem schwerpunktmäßig über die dramatische Lage der Rohingya informiert wurde, fand breiten Anklang. Die sehr einfallsreich gemachten Info-Materialien stießen auf großes Interesse. Auf der Buchmesse verteilten wir unser 22-seitiges Memorandum zur Lage der in Burma **verfolgten Rohingya** und in den Nachbarstaaten. Das Memorandum ist in deutscher und englischer Sprache erhältlich.

Als Burmas Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi nach Deutschland kam, um mit allen bedeutenden Politikern zu sprechen und mit dem Willy-Brandt-Preis ausgezeichnet zu werden, kritisierten wir sie öffentlich scharf für ihr Schweigen zur Lage der Rohingya. Es gab ein sehr breites Medienecho zu unserer Kritik (Frankfurter Rundschau, Welt, Deutsche Welle, dpa). Im Vorfeld dieses Besuches hatten wir den Bundespräsidenten, den Außenminister und den Bundestagspräsidenten gebeten, Aung San Suu Kyi auf die Lage der Rohingya anzusprechen und sie um mehr Engagement für deren Rechte zu bitten. Die Rohingya werden in Burma systematisch ausgegrenzt. Mehr als 100.000 Rohingya-Flüchtlinge, die seit Juni 2012 vor der Gewalt zwischen Buddhisten und Muslimen geflohen waren, sind noch nicht in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt. Alle Gesprächspartner von Aung San Suu Kyi (Bundeskanzlerin, Außenminister, verschiedene Politiker) entsprachen unserer Bitte, dieses heikle Thema mit ihr zu erörtern. Im UN-Menschenrechtsrat brachten wir zwei Erklärungen zur Lage in Burma ein.

Am 26. Juni veranstalteten wir in Berlin gemeinsam mit allen anderen bedeutenden Menschenrechts- und Hilfsorganisationen (amnesty international, Human Rights Watch, Brot für die Welt, Malteser International, Misereor, Deutsche Welthungerhilfe, terre des hommes) ein Fachgespräch zu Frieden und Menschenrechten für Burmas Minderheiten, das sich vor allem an Bundestagsabgeordnete und andere Entscheidungsträger aus den zuständigen Ministerien richtete. Aus erster Hand wurden sie von einem der Kachin-Minderheit angehörenden Gast sowie einem Koordinator des Friedensprozesses zwischen der Karen-Minderheit und der Regierung Burmas über die Lage informiert. Auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung wirkte an der Konferenz mit. Es schloss sich ein parlamentarisches Frühstück mit den Gästen an.

Im Vorfeld des Besuches von Bundespräsident Gauck in Burma baten wir ihn, sich dort kritisch zur Ausgrenzung der Muslime zu äußern. Ende Juni übergaben wir dem Menschenrechtsbeauftragten der Regierung bei einem Treffen ein Foto-Buch, das wir auf Grundlage unserer Aktion auf der Leipziger Buchmesse erstellt hatten. Viele Besucher unseres Standes hatten sich dort mit einem überdimensional vergrößerten Pass fotografieren lassen und so mit uns symbolisch die Anerkennung der Rohingya als Staatsbürger Burmas gefordert. Strässer zeigte sich nach einem mehrtägigen Aufenthalt im Rakhine-Staat und Besuchen in Flüchtlingslagern und Ghettos schockiert über die Ausgrenzung der Minderheit und über die mangelnde Bereitschaft zu einer politischen Lösung.

In Anbetracht ihres Einflusses in Burma versuchten wir auch über die USA und Thailand, mehr Druck auf aufzubauen. Wir wandten uns dabei mehrfach an einen US-Senator, der alljährlich einen Bericht zum Kampf gegen den weltweiten Menschenhandel für die US-Regierung erstellt. Dieser Bericht wird von vielen Staaten gefürchtet, denn wenn er ein Land herunterstuft, fallen automatisch Handelserleichterungen mit den USA weg. Mehrfach wiesen wir den Senator auf neue Fälle von

Menschenhandel mit Rohingya in Thailand hin, so dass das Land im neuen Report heruntergestuft wurde. Es ist leider eines der wenigen zur Verfügung stehenden Mittel, um Thailand unter Druck zu setzen.

Im November nahmen wir an einem Fachgespräch zu Burmas Demokratie-Entwicklung in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin teil. Im Zentrum der Veranstaltung stand als wichtiger Gast der ehemalige burmesische General Koko Lain, der als einer der Chef-Architekten der Demokratisierung des Landes gilt. Es war sehr aufschlussreich, seine Darstellung der derzeitigen schwierigen Lage zu hören. So können wir unsere Lobby-Arbeit für Rohingya und andere Minderheiten gezielter gestalten. Koko Lain ging sehr ausführlich auf unsere kritische Fragen ein.

Vietnam

Auch 2014 konfrontierten wir deutsche Regierungsstellen, Parteien, politische Stiftungen und EU-Regierungen mit **Menschenrechtsverletzungen an Christen, Buddhisten und ethnischen Minderheiten in Vietnam**. Selbst die SPD, die einen Dialog mit der regierenden Kommunistischen Partei unterhält, bemühte sich um einen konstruktiven Dialog mit uns und versprach, Menschenrechte bei ihren Gesprächen zukünftig stärker anzusprechen. In Pressemitteilungen machten wir darauf aufmerksam, wie die sozialistischen Behörden Vietnams mit umfassender Überwachung, Schikanen, Unterwanderung und Übergriffen versuchen, religiöse Gruppen gleichzuschalten. Vertreter der Cao-Dai-Universalreligion, der Hoa-Hao-Buddhisten, der Buddhist Unified Church und katholischer sowie protestantischer Kirchen berichten regelmäßig von schwerwiegenden **Einschränkungen ihrer Glaubensfreiheit**. So werden religiöse Feierlichkeiten verboten, Versammlungen aufgelöst und Gläubige daran gehindert, zu religiösen Festen zu reisen. Alle Glaubensgemeinschaften werden von den Behörden massiv gedrängt, sich staatsfreundlichen Gruppen anzuschließen.

Indonesien

In Briefen an die Regierungen Indonesiens, der EU und der USA protestierten wir gegen Verwaltungsreformen in der indonesischen Provinz **Westpapua**, die eine weitere Aufspaltung der früheren niederländischen Kolonie zur Folge haben. Auch forderten wir sie auf, sich für die Zulassung des Besuchs von UN-Menschenrechtsbeobachtern einzusetzen. Indonesien hat zumindest in dieser Frage nun Entgegenkommen signalisiert. Zahlreiche Außenministerien versprachen uns daraufhin, sich in ihren Gesprächen mit der Regierung Indonesiens dafür einzusetzen, dass die Beobachter ins Land können.

Pakistan

Wir informierten in Interviews über die Lage der Minderheiten in Pakistan und wandten uns in Schreiben an alle 47 Mitgliedsstaaten des UN-Menschenrechtsrates und baten sie, sich für die sofortige Abschaffung der **Blasphemie-Gesetze** in Pakistan einzusetzen, die **Christen, Ahmadiyyah-Muslimen und Hindu** das Leben zur Hölle machen. Vor ihrem Besuch in Pakistan im November appellierten wir an Bundeskanzlerin Merkel, sich bei ihrer Begegnung mit Pakistans Ministerpräsident Nawaz Sharif für einen besseren Schutz von Christen und anderen religiösen Minderheiten sowie für eine Abschaffung der Blasphemie-Paragrafen in dem südasiatischen Land einzusetzen.

Sri Lanka

Wir protestierten in Pressemitteilungen und Schreiben gegen **Übergriffe auf die muslimische und christliche Minderheit durch buddhistische Extremisten** in Sri Lanka und mahnten anlässlich des Jahrestags zur Beendigung des Tamilen-Konflikts mehr Initiativen zu Frieden und Versöhnung sowie zur Bekämpfung der Straflosigkeit an. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton baten wir, die massive Einschränkung der Rechte von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu verurteilen. Das

Verteidigungsministerium von Sri Lanka hatte im Juli mit mehreren Verordnungen die Arbeit von NGOs systematisch eingeschränkt. So wurde den 1421 offiziell registrierten und anerkannten NGOs vom Ministerium schriftlich verboten, Presseerklärungen oder –konferenzen, Seminare oder öffentliche Kampagnen zu organisieren.

Indien

Nach dem Wahlsieg des Hindu-Nationalisten Narendra Modi bei den Parlamentswahlen in Indien warnten wir in Interviews und Pressemitteilungen vor einer Einschränkung der Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten in Indien. Wir wiesen darauf hin, dass Modi und seine BJP-Partei sind nicht nur für das Massaker an Muslimen im Bundesstaat Gujarat im Jahr 2002 verantwortlich sei, sondern auch für Pogrome gegen Christen im Bundesstaat Orissa im Jahr 2008, für Anti-Konversions-Gesetze sowie für die zunehmende Gewalt gegen Adivasi-Ureinwohner und für die systematische Verletzung der Rechte indigener Völker.

Kambodscha

Unsere GfbV-Kambodscha-Koordinatorin Judith Kunze war in vielfältiger Weise vor Ort für Minderheitenrechte aktiv. In Gesprächen mit internationalen und nationalen NGOs, anderen Organisationen, diplomatischen Vertretern und Journalisten informierte sie über Minderheitenrechte und vernetzte sich mit Partnern in Kambodscha, Thailand und Vietnam. Als Beraterin unterstützte sie die Minderheiten-Organisation Minority Rights Organization (MIRO) in ihrer Organisationsentwicklung, Strategieplanung, beim Fundraising sowie der Advocacy-Arbeit. In Kooperation mit MIRO unterstützte sie verfolgte ethnische Khmer aus Vietnam (Khmer Krom), die beim UN-Flüchtlingswerk (UNHCR) in Thailand Asyl beantragen. Sie beriet Asylsuchende und Flüchtlinge, erstellte eine Dokumentation mit Einzelfällen und recherchierte zur Sicherheitslage von Flüchtlingen in Thailand und Kambodscha. Dabei arbeitete sie eng mit Flüchtlingsorganisationen, Anwälten und Botschaftsmitarbeitern zusammen. Beim UNHCR und dem UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit leistete sie Lobby-Arbeit für Minderheiten.

Sie unterstützte Khmer-Krom-Menschenrechtsverteidiger aus Vietnam, die in einem unfairen und politischen Verfahren im April 2014 in Phnom Penh zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Dabei beriet sie Betroffene und deren Anwälte und Angehörige. Sie beobachtete Prozesse und verfasste Presseerklärungen und Berichte.

Zudem unterstützte Judith Kunze in Zusammenarbeit mit MIRO Khmer-Krom-Gemeinschaften bei Landkonflikten (u.a. in Sangkum Meanchey und Trabeang Ang, beide in der kambodschanischen Provinz Takeo), führte Trainings von Khmer-Krom-Frauen zu Menschen- und Frauenrechten, häuslicher Gewalt sowie Hilfe zur Selbsthilfe (u.a. in Takeo und Sihanoukville) durch und betrieb Lobby-Arbeit für die Ausstellung von Ausweispapieren und Geburtsurkunden. Sie arbeitete eng mit politisch aktiven Khmer-Krom-Mönchen zusammen: Sie beriet Mönche, recherchierte und dokumentierte staatliche Überwachung von Mönchen, beobachtete Gerichtsprozessen gegen Khmer-Krom-Mönche in Phnom Penh und nahm an Demonstrationen für die Anerkennung der Khmer-Minderheit in Vietnam vor der vietnamesischen Botschaft in der Hauptstadt Kambodschas im Juli 2014) teil.

Sie unterstützte Vietnamesen in Kambodscha, in dem sie Übergriffe auf Vietnamesen (u.a. bei den Textilarbeiterinnenstreiks im Januar 2014 in Pur Senchey / Phnom Penh) sowie die Situation staatenloser Vietnamesen im Land recherchierte und dokumentierte. Sie führte Workshops zum Recht auf Bildung unregistrierter vietnamesischer Kinder durch und betrieb Netzwerkarbeit zum Thema Staatenlosigkeit. Zu guter Letzt betrieb sie ein zahlreichen Fällen Lobby-Arbeit für Vietnamesen, unter anderem bei einem Fall, beim dem der Tod eines vietnamesischen Fischers in Polizeihaft straflos geblieben war.

Ulrich Delius/Hanno Schedler

EUROPA

Krimtataren

Für die 300.000 Krimtataren wurde mit der russischen Annexion der Krim ein Albtraum Realität: Wieder fanden sie sich im Herrschaftsbereich Russlands, des Nachfolgestaats der Sowjetunion, die sie 1944 kollektiv nach Sibirien deportiert hatte. Viele Jahrzehnte lang hatten sie sich friedlich für eine Rückkehr auf die Krim eingesetzt und die Demokratisierung der Halbinsel sowie später die Maidan-Bewegung unterstützt.

Sie sind diejenige Gruppe, die am meisten unter der russischen Herrschaft leidet und am lautesten ihre Kritik am russischen Vorgehen äußert. Daher werden die Krimtataren schikaniert. Diese **Schikanen haben wir stetig dokumentiert**, seit September 2014 in einem Blog, der fast täglich neue Nachrichten veröffentlicht, und uns sowohl in öffentlichen Aktionen dafür eingesetzt, dass die wichtigsten krimtatarischen Politiker wieder auf die Krim fahren dürfen – Russland hatte ihre Einreise verboten – als auch diese Forderung in Petitionen an deutsche Politiker und in Stellungnahmen an internationale Gremien wie die EU erhoben. Wir protestierten gegen Verschwindenlassen von jungen Krimtataren, gegen unrechtmäßige Verhaftungen und Verurteilungen, gegen die Durchsuchungen von Moscheen und muslimischen Schulen. Unsere Partnerin, Frau Aishe Memetova, selbst Krimtatarin, nahm für die GfbV auf einer gemeinsamen Veranstaltung der UNPO in Genf zum Thema der Situation von Minderheiten in Konfliktgebieten teil.

Zudem haben wir gemeinsam mit unserem ehrenamtlichen Krim-Koordinator, Dr. Mieste Hotopp-Riecke, auf zahlreichen Veranstaltungen und in Presse und Fernsehinterviews die Sichtweise der Krimtataren vertreten. Wir luden Vertreter der Krimtataren nach Berlin ein und brachten sie hier gemeinsam mit anderen Organisationen mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern des Auswärtigen Amtes zusammen, damit sie selbst über ihre Probleme berichten und ihre Forderungen anbringen konnten. Außerdem kooperieren wir mit anderen NGOs bei einem „Krim Info Point“, der es sich zur Aufgabe macht, Menschenrechtsnachrichten von der Krim zu sammeln und zu verbreiten, sowie Opfer von Menschenrechtsverletzungen dort zu unterstützen.

Ukraine

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im März 2014 und dem Ausbruch des Krieges im Osten der Ukraine suchten in Berlin lebende Ukrainerinnen und Ukrainer Kontakt mit unserer Referentin für die GUS-Staaten und Osteuropa, Sarah Reinke, und baten um Zusammenarbeit. Diese Kooperation verlief sehr erfolgreich und äußerte sich im Berichtsjahr in zahlreichen gemeinsamen Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Initiativen bis hin zu Hilfslieferungen. So gründete sich in unserem Berliner GfbV-Büro die **„Euromaidan Wache Berlin – alternative Botschaft“**. Die darin zusammengeschlossenen Ukrainerinnen und Ukrainern wollten sich von der deutschen Hauptstadt aus für Frieden, Menschenrechte und humanitäre Hilfe einsetzen. Außerdem war es eines ihrer wichtigsten Ziele, über die Situation in der Ukraine zu informieren und so ein Gegengewicht zur massiven russischen Propaganda zu schaffen. So konnte in der Heinrich Böll Stiftung, gegenüber der ukrainischen Botschaft, von Februar bis Mai 2014 eine ständige Vertretung der „Euromaidan Wache Berlin“ aufgebaut werden, die dann die vielen Demonstrationen gerade vor der Botschaft, vor dem Auswärtigen Amt, vor der russischen Botschaft organisierte, an denen wir maßgeblich beteiligt waren.

In Zusammenarbeit mit der „Euromaidan Wache Berlin“ sammelten wir Spenden für Opfer der Niederschlagung der Proteste auf dem Maidan und engagierten uns dafür, dass Verletzte auch in Berliner Krankenhäusern behandelt wurden. Demonstrationen, Veranstaltungen in der ukrainischen Botschaft oder gemeinsam mit weiteren Partnern wie der Gruppe „pravo Menschenrechte in der Ukraine“ folgten. Wir hatten dabei unser Mandat für Minderheiten auch in der Ukraine im Auge und dokumentierten besonders die Situation der Juden, der Roma und der Flüchtlinge. Gerade die Roma

im Osten der Ukraine sind massiv von Schikanen und Willkür durch die pro-russischen Machthaber betroffen. Viele flohen nach Russland, wo sie in tiefer Armut leben ohne oftmals dringend notwendige medizinische Hilfe oder auch nur einem Dach über dem Kopf.

Einzelfälle

In Briefe und Petitionen setzten wir uns **für einzelne widerrechtlich inhaftierte bzw. verschwundene Personen** ein. So nahmen wir an der Kampagne für die Freilassung von Oleg Sentsov, einem ukrainischen Regisseur, der sich gegen die Annexion der Krim wandte und in Moskau im Gefängnis festgehalten wird, teil und zeigten einen seiner Filme im Berliner „Haus der Demokratie und Menschenrechte“. Auch für Alexander Kolchenko, einen linken Aktivist, der sich für die Maidan Bewegung auf der Krim eingesetzt hatte und gleichfalls vom Geheimdienst nach Russland verschleppt wurde, engagierten wir uns. Auch führten wir eine Kampagne gegen das Einreiseverbot wichtiger krimtatarischer Politiker auf die Krim wie Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow durch und machten ihr Schicksal auch anlässlich des „Petersburger Dialogs“ in Leipzig 2014 bekannt.

Russische Föderation

Im Februar 2014 fand im südrussischen Sotschi die Winterolympiade statt. Das nahmen wir zum Anlass, um über die Menschenrechtsslage im nahen Nordkaukasus zu berichten. Wir veröffentlichten ein Memorandum sowie zahlreiche Presseerklärungen und wurden neben mehreren Radio- und Zeitungsbeiträgen auch in der Politsendung des MDR „FAKT“ mit unseren menschenrechtlichen Anliegen aufgenommen. Wir waren kompetente Ansprechpartner für Journalisten, die sich besonders auch über das **Schicksal der Tscherkessen** informieren wollten. Mit den Tscherkessen führten wir zum Olympiastart eine Protestaktion in Berlin durch. Wir unterstützten tscherkessische Aktivist, die mit einem Hungerstreik auf die Situation ihrer Landsleute aufmerksam machen wollten.

Der Nordkaukasus und die Menschenrechtsverletzungen dort waren auch in der Folge einer unserer Schwerpunkte, unter anderem weil wir immer wieder von Rechtsanwälten und Flüchtlingsunterstützern zur Thematik der **tschetschenischen Flüchtlinge** angefragt wurden. 2013 waren über 12.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien in Deutschland eingetroffen, die auch im Berichtszeitraum entweder in Deutschland lebten oder von Rückführung nach Polen bzw. in die Russische Föderation bedroht waren. Aus diesem Anlass veröffentlichten wir einen Report zur aktuellen Menschenrechtssituation und verfassten zu zahlreichen Einzelfällen von Flüchtlingen Stellungnahmen. Wir informierten in Kirchengemeinden und bei Flüchtlingsunterstützern durch Vorträge und Texte über die Lage in Tschetschenien. Unter anderem haben wir an einem Workshop des Flüchtlingsrates Berlin-Brandenburg und der GfbV-Regionalgruppe Karlsruhe im Rahmen der Woche gegen Rassismus in Karlsruhe teilgenommen. Wir dokumentierten den zunehmenden Druck auf die russische Opposition und die russischen NGOs sowie alle jene, die sich in Russland gegen den Krieg im Osten der Ukraine stellen. Im Dezember 2014 nahmen wir an einer Konferenz im Bundestag teil. Hier ging es um die Vernetzung zwischen deutschen, russischen und ukrainischen Menschenrechtsverteidigern. Eingeladen war auch Refat Tschubarow, der Vorsitzende des Medschlis der Krimtataren, und wir vertraten die Position der Minderheiten auf der annektierten Krim.

2014 jährten sich die **Deportationen von Völkern in der Sowjetunion unter Stalin zum 70. Mal**. Neben den Wolgadeutschen waren die Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Karatschaier, Kalmücken, Balkaren und viele andere aus ihren angestammten Siedlungsgebieten nach Sibirien und Zentralasien kollektiv deportiert worden. Die Jahrestage nahmen wir zum Anlass für eine Schwerpunktausgabe unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ und für Presseerklärungen und Veranstaltungen.

Wir setzten uns für **Ruslan Kutaev** ein, einen tschetschenischen Historiker und Bürgerrechtler, der in Grosny vor Gericht gestellt wurde. Bei der zuständigen Staatsanwaltschaft, bei russischen Behörden

und westlichen Botschaften protestierten wir und informierten die zuständigen Gremien im Europarat und der UN. Darüber berichteten wir auf unserem Blog und in Presseerklärungen sowie Eingaben an Bundestagsabgeordnete. Kutaev war verurteilt worden, nachdem er eine Konferenz zum 70. Jahrestag der Deportation der Tschetschenen und Inguschen in Grosny organisiert hatte. Ramzan Kadyrow, Präsident der Republik Tschetschenien, hatte das Gedenken an den 23. Februar verboten. Auch Igor Kaljapin, der Vorsitzende des „Komitees gegen Folter“ und Leiter der „gemeinsamen mobilen Gruppe“, die die Menschenrechtssituation in Tschetschenien beobachtet, wurde massiv bedroht, in den Medien verunglimpft und durch Kadyrow persönlich der Finanzierung von Terroranschlägen beschuldigt. Dagegen protestierten wir bei den zuständigen russischen Stellen und informierten auch das Auswärtige Amt, die deutsche Botschaft in Moskau, den UN-Sonderberichtersteller für Menschenrechtsverteidiger und andere Stellen. In Absprache mit russischen Menschenrechtsorganisationen koordinierten wir unsere Unterstützungsmaßnahmen.

Weiter unterstützen wir die Familie eines in Deutschland anerkannten Flüchtlings, die in Tschetschenien über Monate verfolgt und bedroht wurde. Schließlich gelang es in Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen, diese Familie nach Deutschland zu holen, wo ihnen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde.

Sarah Reinke

Bosnien und Herzegowina

Unser Südosteuropareferat und unsere bosnische Sektion mit Büros in Sarajevo und Srebrenica setzen sich ununterbrochen für die überlebenden Opfer von Völkermord, Kriegsverbrechen wie auch Opfer von Diskriminierung ein. - In der Klage der **Srebrenica-Mütter** gegen den niederländischen Staat, die wir durch unsere Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich unterstützten, gab es endlich eine positive Entwicklung: Im Juli 2014 entschied das Kreisgericht in Den Haag, dass die in Srebrenica stationierten niederländischen Blauhelme für den Tod von etwa 300 Srebrenica-Männern verantwortlich sind, die sie aus dem Gebäude des Stützpunktes an die serbischen Angreifer auslieferten.

Im November 2014 unterstützten wir den Srebrenica-Überlebenden Hasan Nuhanovic bei seiner Anhörung vor dem Berufungsgericht im niederländischen Arnhem. Nuhanović sowie die Frau und Kinder des ermordeten Rizo Mustafić wollen den Befehlshaber des niederländischen Kontingents der Blauhelmsoldaten, Oberstleutnant Tom Karremans, seinen Stellvertreter Major Rob Franken und den S-1-Offizier Berend Oosterveen **persönlich zur Verantwortung ziehen**. Wir richteten einen Appell an die niederländische Staatsanwaltschaft, endlich Ermittlungen gegen die drei Offiziere aufzunehmen, die 1995 in Srebrenica stationiert waren. Exilbosnier organisierten im Namen der GfbV eine Mahnwache vor dem Berufungsgericht, um unserer Forderung mehr Gewicht zu geben. Nach Auffassung der GfbV darf die UNO nicht über dem Gesetz stehen und muss wegen ihrer Rolle beim Völkermord in Srebrenica in 1995 vor einem unabhängigen Gericht Rechenschaft ablegen. Es geht um die grundsätzliche Frage der Immunität der UNO, die in zwei völkerrechtlichen Verträgen (in Artikel 105 der UN-Charta und in Artikel II (2) des Übereinkommens über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen (Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations) festgelegt ist. Die Änderung von völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere der Charta, ist schwierig. Trotzdem fordert die GfbV eine politische Initiative, um die Immunität der UN einzuschränken. Denn es darf nie wieder ein „Srebrenica“ geben.

Gemeinsam mit der bosnischen GfbV-Sektion setzten wir uns in Gesprächen mit bosnischen Politikern und in einer Medienkampagne in Bosnien und Herzegowina dafür ein, dass dort endlich das Gesetz über die Anerkennung der Überlebenden serbischer Konzentrationslager als **zivile Opfer** verabschiedet wird. Die Frauen und Männer, die während des Krieges Folteropfer in Konzentrations-

und Vergewaltigungslagern wurden, sollen das Recht auf Entschädigung und medizinische Betreuung, Förderung ihrer Kinder; Vorrang bei Einstellungen und Wohnungsvergabe; psychologische und juristische Beihilfe bekommen. Für zivile Kriegsoffer galten in der Föderation Bosnien und Herzegowina und in der Republika Srpska bis Ende 2014 jedoch unterschiedliche Bestimmungen. Es war ein großer Erfolg, dass der Frauenverband in einer gemeinsamen Kampagne mit der bosnischen GfbV-Sektion und verschiedenen anderen NGOs im Jahr 2006 die Anerkennung der vergewaltigten Frauen als zivile Kriegsoffer in der Föderation Bosnien und Herzegowina durchgesetzt hat. Die Betroffenen erhalten jetzt eine kleine Rente. Die GfbV setzte sich weiterhin dafür ein, dass dieses Gesetz auch in der ethnisch gesäuberten „Republika Srpska“, in der die Vergewaltigten in Freiheit leben, angewendet wird. Bis jetzt wurde dieses Ziel nicht erreicht.

Nach den verheerenden Überschwemmungen auf dem Balkan sandten wir im Mai 2014 eindringliche Appelle an die deutsche Bundesregierung, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Bosnien sofort umfassende **Katastrophenhilfe** anzubieten. An deutsche Hilfswerke schrieb die GfbV mit der Bitte, ein gemeinsames Spendenkonto für die Flutopfer in Bosnien einzurichten. Wir leiteten ständig aktualisierte Berichte der bosnischen GfbV-Sektion über die Flutkatastrophe in Bosnien an die britische Zeitung *International Business Times* weiter, die über die Folgen der Flutkatastrophe kontinuierlich berichtete. (<http://www.ibtimes.co.uk/balkan-floods-epidemic-warning-receding-waters-leave-thousands-carcasses-1449450>) Als Außenminister Steinmeier Ende Mai nach Bosnien fuhr, appellierten wir an ihn, dem Land zu helfen und eine rasche Annäherung an die EU möglich zu machen.

Angesichts der sozialen Unruhen in Bosnien, die durch katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage in Bosnien ausgelöst wurden (Arbeitslosenquote liegt bei über 40 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei über 60 Prozent), appellierten wir am 8. Februar 2014 an die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin, ihren Einfluss in der EU geltend zu machen, damit der bitterarmen Bevölkerung **akute Nothilfe** gewährt wird. Am 27. August 2014 forderte die GfbV Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel dazu auf, nicht nur wirtschaftliche Hilfe zu leisten, sondern dringend auch politische Reformen für Bosnien und Herzegowina durchzusetzen.

Durch das internationale Engagement der GfbV (u.a. mit dringenden Appellen an verschiedene Vertreter der internationalen Gemeinschaft in Sarajevo, Brüssel und London) konnte verhindert werden, dass die serbischen Behörden der ostbosnischen Stadt Višegrad ein Haus niederrissen, in dem während des Bosnien-Krieges 70 Bosniaken (Frauen, Männer und Kinder) bei lebendigen Leib verbrannt wurden. Durch den Einsatz einer Frauenorganisation und unterstützt von unserem Repräsentanten in London, Owen Beith, konnten der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und der Leiter der OSZE-Mission vor Ort zu einem scharfen Protest dagegen bewegt werden. Menschenwürde und Humanität fordern u.a. auch die Erhaltung der Objekte, die zu Gedenkstätten ernannt wurden. Die GfbV setzt sich für eine intensive Informations- und Bildungsarbeit mit dem Blick auf Gegenwart und Zukunft ein. Sie fördert eine Gedenkkultur, die über das persönliche Gedenken hinausgeht. Gemeinsam mit Owen Beith organisierten wir die Reise eines Journalistenteams von der *International Business Times* (Großbritannien) nach Višegrad und arbeiteten an einem Dokumentarfilmprojekt über die Ereignisse in Višegrad mit.

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres 2014 bat die GfbV alle Regierungen der EU- und OSZE-Staaten darum durchzusetzen, dass in ganz Bosnien-Herzegowina ausgewogene **gemeinsame Lehrpläne** erarbeitet und die Schulkinder aller Volksgruppen in allgemeinen Fächern gemeinsam unterrichtet werden.

Roma aus dem Westbalkan

Wir verfassten Appelle an die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern zugunsten eines **Bleiberechts für in Deutschland geborene oder aufgewachsene Kinder der Roma aus dem Kosovo.**

In dieser Angelegenheit wandten wir uns anlässlich des internationalen Roma-Tages am 8. April gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sowie der Roma-Jugendorganisation Amaro Drom an Bundeskanzlerin Merkel und die Bundestagsabgeordneten. Außerdem setzten wir uns mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und der Konferenz der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen für den Schutz von Flüchtlingen und gegen die Dublin-Verordnung ein, die Flüchtlingen das Recht auf Schutz und Asyl in Deutschland verwehrt. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung griff der Bund endlich die mehrjährige Forderung auf, auch geduldeten Personen unter klar definierten gesetzlichen Voraussetzungen eine Aufenthaltsperspektive zu eröffnen. Das Ziel, dass man langjährig in Deutschland lebenden Roma-Familien Bleiberecht gewährt, haben wir jedoch noch nicht erreicht. Auch in Zukunft werden wir uns für eine Kontingentlösung für die rund 7.000 Betroffenen einsetzen.

2014 verfasste unsere Südosteuropareferentin Jasna Causevic Berichte über die Lage der Minderheiten der Roma, Aschkali und Ägypter im Kosovo sowie Updates zur aktuellen Lage der Roma in Serbien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien. Es wurden Berichte über die Situation der Binnenvertriebenen (IDPs) in Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien geschrieben. An die Institutionen des Europarates, der Europäischen Kommission und an die Agentur der Europäischen Union für die Grundrechte übermittelten wir einen Bericht über die Ergebnisse der Roma-Dekade (2005-2015) in den Ländern Südost- und Mittelosteuropas. Unsere Berichte sind oft Grundlage für humanitäre Projekte, die entweder von humanitären Organisationen oder Einzelpersonen umgesetzt werden (z.B. Projekt: „Ziegen für benachteiligte Familien im Kosovo“). So erzielen wir eine doppelte Wirkung: Einerseits informieren wir die Öffentlichkeit über die Lage in den jeweiligen Ländern und belegen die Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen. Andererseits tragen sie dazu bei, dass Menschen vor Ort geholfen wird.

Am 11. Juni 2014 wurde ein schriftliches Statement der GfbV-International zur Lage der IDPs im Kosovo an den UN-Sonderberichterstatler für Binnenvertriebene beim Menschenrechtsrat, Chaloka Beyani, abgegeben. Beyani versprach, die GfbV bei seinem nächsten Besuch im Kosovo 2015, in seine Recherche vor Ort einzubeziehen. Unser GfbV-Repräsentant im Kosovo, Dzafer Buzoli, betreut **Projekte mit Jugendlichen** der Roma, Aschkali und Ägypter und setzt sich für Eingliederung der Roma-Rückkehrer in die Gesellschaft ein.

Die GfbV unterstützte beratend die Einrichtung des **Sondertribunals für Kosovo** in enger Kooperation mit der Ermittlungskommission des Europarates (EU SPECIAL INVESTIGATIVE TASK FORCE/SITF). Es sollen Verbrechen an Serben, Roma und Aschkali untersucht und vor Gericht gebracht werden. Die Entscheidung des Kosovo-Parlaments, ein Sondergericht für die Verbrechen der UCK zu gründen, wird als ein Schritt hin zur Wahrheit bezeichnet.

Die in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und der Konferenz der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen geplante **Kampagne gegen die umstrittene Dublin-Verordnung** überließen wir schließlich den Flüchtlingsorganisationen. Wir beteiligten uns aber an der Erarbeitung der Dokumentation „Dublin-System abschaffen: Flüchtlinge brauchen Schutz und Menschlichkeit!“ Die Dublin-Verordnung hat sich im Umgang mit Schutzsuchenden als so inhuman, ungerecht und menschenrechtswidrig erwiesen, dass sie außer Kraft gesetzt werden muss.

Den Einsatz für Roma in **Serbien, Bosnien, Mazedonien und dem Kosovo** verstärkten wir. Anfang November 2014 wurden Serbien, BiH und Mazedonien zu "sicheren Herkunftsländern" erklärt. Asylanträge von Schutzsuchenden aus diesen Ländern werden pauschal als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Hunderte von Flüchtlingen aus diesen Ländern lebten Jahre bis Jahrzehnte in Deutschland und wurden abgeschoben oder gezwungen zurückzukehren. Wir vermittelten für die Rückkehrer in vielen Fällen Kontakte zu den Anlaufstellen vor Ort, kümmerten uns z.B. um Schulzeugnisse für abgeschobene Kinder, übersetzten Leitfäden für die Rückkehrer aus dem

Serbischen ins Deutsche, vermittelten Kontakte vor Ort für Politiker und Politikerinnen, die diese Länder bereisen, um nur einiges zu nennen.

Serbien

Unser Repräsentant in Serbien, Dejan Marković, unterstützt **Rückkehrer** aus Westeuropa in Serbien. Er hilft bei konkreten Problemen, bei Behördengängen und leistet Hilfe bei der Erlangung von persönlichen Dokumenten, Meldebescheinigungen, dem Zugang zu Sozialleistungen etc. Marković berichtet über die Lage der Roma in Serbien und holt für deutsche Rechtsanwälte, die Asylsuchende vertreten, und Gerichte Informationen bezüglich der Unterkunft, medizinischer Behandlung, der Wohn- und Arbeitsmarktsituation ein.

Über die deutsche Botschaft in Belgrad richteten wir an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der in Serbien erwartet wurde, die dringende Bitte, sich gegen die geplante Zangsumsiedlung von rund 50 Roma-Familien aus der Siedlung Belvil, einem Stadtteil von Belgrad, zu wenden. Darüber hinaus machten wir den Minister auf die unerträgliche Gesamtlage der Roma in diesem südosteuropäischen Land aufmerksam. (Circa 30 Prozent der Wohnungen haben kein fließendes Wasser und 40 Prozent sind nicht an das Abwassersystem angeschlossen. Die gesundheitliche Situation der Roma ist sehr schlecht. Die Lebenserwartung liegt zehn Jahre unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und bei Frauen ist sie sogar noch niedriger. Die Kindersterblichkeit ist hoch, die Impfrate hingegen niedrig.

Flüchtlinge

Wir betreuten viele Einzelfälle, darunter auch Flüchtlinge, denen Abschiebungen auf der Grundlage der Dublin-III-Verordnung drohten. Hier könnten wir nur wenige Beispiele anführen: So erreichten wir, dass ein in den Kosovo abgeschobener Flüchtling wieder nach Deutschland einreisen durfte; dass Flüchtlinge ihren Aufenthalt in Deutschland legalisieren können, wenn sie aus Kriegs- und Verfolgungsregionen kommen; wir ermöglichten einigen palästinensischen Familien, deren Schicksal wir in unserer Dokumentation zu Dublin geschildert hatten, dass sie ihr Asylverfahren in Deutschland weiterbetreiben dürfen; wir halfen den Eltern einer montenegrinischen Familie, dass diese ihren auf der Flucht verlorenen Sohn auffindet. Unsere Referentin für Südosteuropa und Flüchtlinge vertrat unsere Menschenrechtsorganisation bei der Niedersächsischen Fachkonferenz für Flüchtlingsfragen, bei der Konferenz der niedersächsischen Flüchtlingsinitiativen sowie im Plenum Forum Menschenrechte. Auch am SPD-Gesprächskreis Menschenrechte in Berlin nahm sie teil.

Jasna Causevic

Menschenrechtsinitiativen der GfbV–Bosnien und Herzegowina

Nach jahrelangen stillen Demonstrationen und Hungerstreiks in ganz Bosnien und Herzegowina (BiH), mit denen die bedrohten und entrechteten Bürger auf ihre schlimme Lebenssituation hinwiesen, kam es Anfang Februar 2014 im ganzen Land zu Protesten mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen. Es gab viele Verletzte unter Bürgern genauso wie bei der Polizei. Bürger forderten mehr Mitbestimmung und die Regierungen von vier Kantonen traten zurück. Da wir die Forderungen der Menschen für gerechtfertigt hielten, schlossen sich die Mitarbeiterinnen unserer bosnischen GfbV-Sektion gemeinsam mit ihren Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern friedlichen Protesten an.

Unsere **Kampagne für die Verabschiedung des Gesetzes für Folteropfer** in Zusammenarbeit mit dem Verband der Lagerhäftlinge in Bosnien und Herzegowina wurde fortgesetzt. Trotz über 50.000 gesammelten Unterschriften und breiter Unterstützung in der Gesellschaft lehnte das Staatsparlament den Gesetzesvorschlag wieder ab. Denn die Abgeordneten aus der Republika Srpska stimmten dagegen. Vom Staatsparlament fordern wir die institutionelle Anerkennung der Lagerhäftlinge, Invalidenrenten und kostenlose Krankenversicherung. Die meisten ehemaligen Lagerhäftlinge sind arbeitslos, schwer traumatisiert und brauchen ständige medizinische Fürsorge. Wir werden nicht ruhen, bis dieses Gesetz endlich verabschiedet ist. Zudem werden wir die

Überlebenden der Konzentrationslager auch weiterhin bei der Einreichung von Klagen und Schadensersatzforderungen für die erlittenen Leiden und Verletzungen unterstützen.

Die Direktorin der GfbV-BiH, Fadila Memisevic, beteiligte sich zusammen mit dem taz-Journalisten Erich Rathfelder und dem CSU-Politiker Bernd Posselt während der **Balkan-Tage** in München an dem Podiumsgespräch „**100 Jahre nach dem Sarajevo-Attentat**“ und informierte das breite Publikum über die heutige Situation in Bosnien und Herzegowina.

Am 6. April, dem Tag der Stadt Sarajevo, wurde der Gründer der GfbV, **Tilman Zülch, zum Ehrenbürger der bosnischen Hauptstadt ernannt**. Während der feierlichen Zeremonie wurde er als der Menschenrechtler vorgestellt, der sich weltweit am meisten für die bedrohten Bürger des Landes eingesetzt hat. Dabei wurde an Aktionen der GfbV in Deutschland und europaweit erinnert, die den während des Krieges eingekesselten Einwohnern von Sarajevo und zahlreicher anderer Orte des Landes Mut und Hoffnung gegeben haben. Anschließend trafen wir in Brcko mit dem dortigen Verband der Lagerhäftlinge, Gemeinde- und Distrikt-Vertreter zusammen. Wir sprachen mit zahlreichen überlebenden Opfern des Konzentrationslagers Luka Brcko, mit Vergewaltigungsopfern wie auch mit Rückkehrern. Sie berichteten uns, dass in Brcko noch immer eine Vielzahl von Tätern auf freiem Fuß ist. Etliche von ihnen bekleiden wichtige Posten in der Stadtadministration und schüchtern Rückkehrer und überlebende Opfer ein. Bei diesem Anlass wurde Tilman Zülch vom Verband der Lagerhäftlinge Brcko für seine unermüdliche Arbeit und Unterstützung ausgezeichnet. Auch der Präsident des Distriktes und der stellvertretende Bürgermeister überreichten Tilman Zülch eine Auszeichnung für sein großes Engagement.

Nach wochenlangem starkem Regen kam es Mitte Mai 2014 zu den größten in der Geschichte des Landes verzeichneten **Überschwemmungen**, gefolgt von starken **Erdrutschen**. Viele Orte wie Zavidovici, Zenica, Maglaj, Doboj, Bosanski Samac, Orasje, Bijeljina, Banja Luka oder Sanski Most wurden überflutet. Die Menschen verloren ihre Häuser und ihr ganzes Hab und Gut – auch ihr Vieh und schon bestellte Felder und Gärten. Zahlreiche Fabriken, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Geschäfte wurden vollkommen zerstört. Der Schaden wird auf etwa zwei Milliarden Euro geschätzt. 30 Menschen starben, Hunderttausende verloren ihre Häuser und ihre Habseligkeiten, jeder dritte Bürger des Landes war betroffen. Sofort nach Beginn dieser Naturkatastrophe versuchten wir, die internationale Öffentlichkeit zu informieren und zu alarmieren. Zusammen mit der deutschen Sektion der GfbV bereiteten wir Presseerklärungen und Hilfsappelle an deutsche Politiker vor. Täglich fertigten wir Berichte über die Entwicklung der Situation an, hielten ständig Kontakt mit Betroffenen. Besonderes Augenmerk legten wir auf die Lage der Rückkehrer in der Republika Srpska wie auch der Roma. Als der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier Sarajevo besuchte, richteten wir an ihn einen Offenen Brief mit der Bitte um konkrete Hilfe. Nach dem Rückzug des Wassers haben wir sofort einige betroffene Siedlungen und Orte besucht, darunter Zavidovici, Maglaj, Doboj, Odzak, Srebrenica etc. In Zusammenarbeit mit der deutschen Sektion der GfbV baten wir deutsche Konzerne und Unternehmen um Unterstützung für Kleinunternehmen, damit diese ihre Arbeit wiederaufnehmen konnten und die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass die türkisch-bosnische Gesellschaft „Bosfor“ Fadila Memisevic und die GfbV-Bosnien und Herzegowina 2014 mit dem **Preis „Ahdnama“ geehrt** hat. “ Er wird besonders engagierten Persönlichkeiten und Organisationen im In- und Ausland verliehen, die sich für Religionsfreiheit, Gerechtigkeit und das Zusammenleben der verschiedenen Völker in Bosnien und Herzegowina einsetzen. Die Auszeichnung soll an die Übergabe der Bulle des osmanischen Sultans Fatih an bosnische Franziskaner 1463 erinnern, mit der die Religionsausübung und das Hab und Gut der Katholiken in Bosnien und Herzegowina unter Schutz des Sultans gestellt wurden. Die Bulle ist eines der ältesten Dokumente, die Religionsfreiheit auf dem Grund und Boden von Bosnien und Herzegowina erklären und verteidigen.

Am **11. Juli 2014** wurden weitere 175 exhumierte und identifizierte Opfer des **Srebrenica-Genozids** auf dem Friedhof in Potocari beerdigt. Zusammen mit der Koordinatorin der GfbV-BiH für Srebrenica

und Präsidentin des Opfervereins „Srebrenica-Mütter“, Hatidza Mehmedovic, haben wir an verschiedenen Aktivitäten im Rahmen der Kennzeichnung des 19. Jahrestags nach dem Fall von Srebrenica teilgenommen. Wir halfen bei der Organisation und den Vorbereitungen für den **Friedensmarsch**, an dem dieses Jahr etwa 5.000 Männer, Frauen und Kinder teilnahmen. Hatidza Mehmedovic fuhr auf Einladung der britischen Organisation „Remembering Srebrenica“ nach Großbritannien, das als einziges Land der EU den Genozid institutionell kennzeichnete. Hatidza Mehmedovic wurde dort von verschiedenen Amtsinhabern der britischen Regierung, Ministern, Bürgermeistern wie auch von Vertretern des britischen Königshauses empfangen.

Vom European Roma Rights Centre aus Budapest wurden wir als Partner für ihr **Projekt der Erfassung der Verbrechen an Roma im Bosnienkrieg 1992 – 1995** ausgewählt, da wir die einzige Organisation auf dem Balkan sind, die sich intensiver mit dem Ausmaß der Verbrechen an Roma während des Bosnien-Krieges befasst hat. Das Projekt soll 2015 starten.

Gemeinsam mit unseren Vorstandsmitgliedern haben wir den **19. Jahrestag des Dayton-Friedensabkommens** begangen. Es hat zwar die Waffen zum Schweigen, jedoch keinen wahren Frieden und vor allem keine Gerechtigkeit für die Opfer gebracht. In verschiedenen Aufrufen haben wir zusammen die USA und die EU dazu aufgerufen, endlich eine Änderung des Annex IV des Abkommens, die Verfassung von Bosnien und Herzegowina, einzuleiten. Denn die Verfassung belohnt die Täter und bestraft die Opfer nach dem Krieg, ist stark diskriminierend und macht den Staat zu einem nicht funktionierenden statischen Gebilde.

Fadila Memisevic/Belma Zulcic/Hatidza Mehmedovic

INDIGENE VÖLKER

Kolumbien

Projekt: In Kolumbien leidet die indianische Bevölkerung massiv unter dem Kohletagebau, der sehr viel Land verbraucht und Gewässer verschmutzt. Ganze Gemeinschaften werden in unwirtliche Gebiete umgesiedelt, in denen sie sich nicht mehr selbst ernähren können. Kolumbien ist wichtigster Kohlelieferant für die Bundesrepublik, die ihre heimische Kohleförderung mehr und mehr einstellt und gleichzeitig die Stromerzeugung mit Kohlekraftwerken ausweitet. Denn der Import von Kohle ist ungeachtet der Förderbedingungen wesentlich billiger als die heimische Förderung. Deutsche Kohlekraftwerke werden zunehmend von Braun- auf Steinkohle umgestellt.

Im Juli 2014 dokumentierten wir die Situation in dem ausführlichen Report „Kohleabbau in La Guajira, Kolumbien, die Verantwortung deutscher Energiekonzerne“ und in einem Mailing. Die GfbV fordert darin u.a. unabhängige Studien zu den menschenrechtlichen und umwelttechnischen Auswirkungen des Kohleabbaus in Kolumbien, mehr Transparenz innerhalb der Kohlelieferketten, ein Zertifizierungsverfahren für Kohle, welches die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz gewährleistet, und die Ratifizierung der ILO-Konvention 169, um den betroffenen indigenen Völkern eine Chance zur Wahrung ihrer Interessen zu geben. In Zusammenarbeit mit dem GUS-Referat der GfbV stellten wir in dem Mailing auch die bedrückende Situation der Schoren in Sibirien dar, die von einer vergleichbaren Problematik betroffen sind.

Den Report überreichten wir bei einem Lobby-Gespräch an den Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne Oliver Kriescher in Berlin, der stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion ist und zudem Fachmann für Kohle als Energieträger.

Ziel: Dokumentation der Fakten; Unterstützung der betroffenen indigenen Völker durch Sensibilisieren der Öffentlichkeit; Einflussnahme auf Entscheider in Politik und Energieindustrie; Vernetzung mit der Anti-Kohle-Lobby;

Ergebnis: Einladung zu einer Podiumsdiskussion mit Sebastian Rötters von PowerShift, der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl von den Grünen und Jochen Oesterlink – Kohleeinkäufer des Energieunternehmens EnBW durch die Grünen Karlsruhe und die dortige Regionalgruppe; die Veranstalter wurden durch den Report auf uns aufmerksam. Das Ziel, das Thema in der Politik und in der Energiewirtschaft zu platzieren, wurde also erreicht. Die Veranstaltung selbst fand 2015 statt.

Ecuador

Projekt: Nach wie vor leiden die indianischen Völker des ecuadorianischen Amazonasgebietes unter der Wirtschaftspolitik der Regierung Correa, die auf Ausbeutung der Ölquellen setzt, um den Staatshaushalt auszugleichen. Unter anderem muss der Kreditgeber China bedient werden, der von dem Rohstoffreichtum Ecuadors profitieren will. Repräsentanten der Indigenen und von Umweltschützern, die das einzigartige Naturparadies des Yasuni-Biosphärenreservat der UNESCO vor der Erdölförderung schützen wollten, baten um Hilfe, denn sie setzten auf den Einfluss deutscher Politiker zugunsten indigener Menschenrechte und Umweltschutz. Gemeinsam mit der GfbV-Österreich luden wir daher Alicia Cahuiya, Waorani-Indianerin aus dem Yasuní-Gebiet, und den Menschenrechtler und Umweltschützer Eduardo Pichilingue zu einer Lobbyreise im Mai 2014 ein. Begleitet wurden sie von Christina Korak von der Umweltbewegung Yasunidos und dem Ethnologen Philip Gondecki. Thema war darüber hinaus das Dekret 16 der Regierung, das alle nationalen und internationalen NGOs mit Schließung bedroht, wenn sie ihre Arbeit nicht eng vom Staat kontrollieren lassen. Eduardo Pichilingue beklagte, dass bis auf die Rosa Luxemburg Stiftung sich bereits alle internationalen Geldgeber aus der Förderung von Projekten für die Landrechte der Indigenen zurückgezogen hätten.

Die GfbV-Referentin für indigene Völker Yvonne Bangert organisierte und begleitete mehrere hochrangige Gespräche mit Bundestagsabgeordneten der Ausschüsse für Umwelt und Menschenrechte sowie mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung in Berlin. Außerdem fanden in Göttingen eine Vortragsveranstaltung und ein Netzwerktreffen mit anderen im Umwelt- und Regenwaldschutz tätigen NGOs statt. Die Regionalgruppen Berlin und Hamburg führten Veranstaltungen durch. Wir begleiteten die Reise mit mehreren Pressemeldungen und widmeten dem Thema einen Workshop bei der Jahresversammlung 2014.

Ergebnis: Das Ziel, Öffentlichkeit zu erzeugen für den Überlebenskampf der indianischen Völker im Amazonasgebiet Ecuadors wurde erreicht. Die von uns besuchten Parlamentarier beschlossen, im Vorfeld einer bereits geplanten Reise zum Klimagipfel in Lima/Peru auch Ecuador und dort das Yasunigebiet zu besuchen und sich somit ein eigenes Bild als Grundlage für weitere Aktivitäten zu machen.

Auch bei der Regierung Ecuadors erregte unsere kritische Aufklärung über die drohende Zerstörung des Yasuni-Biosphärenreservates Aufmerksamkeit. Die Veranstaltungen in Berlin und Hamburg wurden aufmerksam von Vertretern der Botschaft und in Hamburg dem Konsulat und dem Botschafter persönlich begleitet. Kritik gegenüber reagierte man empfindlich. Die Parlamentarierdelegation, deren Reise für Dezember geplant war, durfte nicht einreisen. Ecuador kündigte die Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf. (Erst im September 2015 wurde sie wieder aufgenommen).

Mapuche/Chile

Ziel: Vertreter bedrohter Völker wenn möglich für sich selbst sprechen zu lassen und eine größtmögliche Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu erreichen, gehört zu den Grundprinzipien der GfbV.

Projekt: Deshalb unterstützte das Referat für indigene Völker die Mapuche-Koordinationsgruppe in Köln sehr gern und intensiv bei der Durchführung einer Vortragsreise mehrerer Mapuche-Sprecher vor allem in Nordrhein-Westfalen, aber auch in anderen Bundesländern und einer Fachtagung, der Academia Mapuche, im Oktober 2014. Wir halfen organisatorisch, beim Fundraising und Verhandlungen gegenüber Stiftungen und bei einer Veranstaltung im Victor-Gollancz-Haus. Außerdem nahmen wir ebenfalls im Oktober mit einer großen Gruppe an einer Mahnwache anlässlich des Besuches der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet in Köln teil, den wir ebenfalls mit Pressemeldungen begleiteten.

Ergebnis: Die Mapuche konnten erfolgreich ihre Anliegen in der deutschen Öffentlichkeit vertreten und während der Academia Mapuche auch Kontakte zu anderen indigenen Repräsentanten aufbauen. Sie zeigten sich erfreut über die Unterstützung der GfbV, vor allem natürlich die ausgezeichnete Arbeit der Mapuche-Koordinationsgruppe der GfbV. Die Mahnwache fand guten Widerhall in den online-Medien, v.a. in Chile selbst.

Brasilien

Projekt: Während 2014 eskalierte die Gewalt gegenüber der indianischen Bevölkerung Brasiliens erneut. Besonders gefährdet sind die indigenen Gemeinschaften im Grenzgebiet zu Peru, insbesondere die in freiwilliger Abgeschiedenheit lebenden Gruppen. Ihrem Schutz und der besseren Absicherung des Grenzgebietes vor Drogenschmuggel und illegalem Holzeinschlag haben sich Benki Piyäko und seine Ashaninka-Gemeinschaft aus Acre in Brasilien verpflichtet, den die GfbV bereits seit Jahren unterstützt.

Im September 2014 erhielten wir die furchtbare Nachricht aus dem peruanisch-brasilianischen Grenzgebiet, dass der charismatische Führer der Ashaninka-Gemeinde Saweto in Peru und enge Verbündete von Benki Piyäko mit drei weiteren Mitgliedern seiner Gemeinschaft mitten im

Regenwald ermordet wurde. Die Witwen und Kinder der vier Mordopfer mussten in die nahegelegene Ortschaft Pucallpa flüchten. Illegale Holzfäller kreisten die in Saweto zurückgebliebenen Ashaninka ein und bedrohten sie massiv. Der Konflikt zwischen Chota und den illegalen Holzfällern war entstanden, weil Chota um die Anerkennung seines Landtitels kämpfte, um sein Gebiet vor solchem Raubbau schützen zu können.

Ziel: Wir haben bei der Regierung Perus und dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte Aufklärung dieser Bluttat gefordert. Die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten und das Büro der EU in Brasilien haben wir gebeten, die Situation im peruanisch-brasilianischen Grenzgebiet zu beobachten und für die Unversehrtheit von Benki Piyäko und seiner Familie Sorge zu tragen. Als Kooperationspartner von Chota und mittlerweile über die Grenzen Brasiliens hinaus prominenter Verfechter indianischer Menschenrechte ist er jetzt mehr denn je an Leib und Leben gefährdet.

Ergebnis: Wir haben mit mehreren Pressemeldungen, einem Videointerview und einem Rundfunkinterview auf die Eskalation der Gewalt gegenüber der indianischen Bevölkerung Brasiliens trotz Fußball-WM und Olympia aufmerksam machen können.

Während einer Podiumsdiskussion „Zwischen Hoffnung und Bedrohung – Repräsentanten der Ashaninka und Puyanawa berichten über ihren gefährlichen Einsatz für den Amazonas-Regenwald in Brasilien“ konnten Benki Piyäko Ashaninka und Puwé Luis Puyanawa im Dezember 2014 erneut die Chance nutzen, der deutschen Öffentlichkeit über ihre Lebenssituation zu berichten und um ihre Unterstützung zu bitten. Während dieser Reise konnten beide ebenfalls Termine mit dem Referatsleiter Peru, Herrn Kriener, und dem Referatsleiter Brasilien, Herrn Rehli, im Auswärtigen Amt sowie mit Herrn Garaycochea, Referatsleiter Südamerika beim BMZ, in Berlin wahrnehmen. Eine „Mündliche Stellungnahme an den UN-Menschenrechtsrat“ zur Ermordung von Edwin Chota wurde verfasst und vorgetragen.

Außerdem wurde die aktuelle Situation zu diesem und weiteren Brennpunkten im indianischen Brasilien mit der Ausgabe „Armes reiches Brasilien: Es brodeln im Land der Zuckerhuts“ der GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ dokumentiert. (Nummer 283 - Ausgabe 04/2014)

Kanada/Stolen Sisters

Die kanadische Bundespolizei RCMP hat in einem Bericht 2014 festgestellt, dass fast 1.200 Frauen der indianischen First Nations, der Inuit und Métis zwischen 1980 und 2012 vermisst gemeldet und mehr als 1.000 von ihnen ermordet wurden. Die Frauen wurden zumeist Opfer sexueller Gewalt. Deshalb haben wir anlässlich des letzten Mailings 2014 im Dezember eine Kampagne begonnen mit einem Appell an den kanadischen Premier Harper, eine nationale Untersuchungskommission einzusetzen, die den Ursachen dieses fürchterlichen Phänomens, seiner mangelhaften Berücksichtigung in der kanadischen Öffentlichkeit und bei der Polizei nachgehen und für eine Reform im Polizeiapparat sorgen soll. Denn auch Polizisten sind Täter. Bislang weigert sich Harper, einer solchen Kommission zuzustimmen. Bereits zum 21. November, dem Tag gegen die Gewalt gegen Frauen, wandten wir uns mit einer Pressemitteilung und einem Schreiben auch direkt an den kanadischen Premier. Damit setzten wir unsere Initiative fort, die wir im Februar 2013 mit einer schriftlichen Stellungnahme an den UN-Menschenrechtsrat begonnen hatten.

11,3 Prozent aller offiziell gemeldeten Vermissten und 16 Prozent der weiblichen Mordopfer in Kanada sind indigene Frauen. Dabei machen sie nur 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Während im Durchschnitt 83 Prozent der Vermisstenfälle in Kanada aufgeklärt werden, sind es bei den Fällen mit indigenen Opfern nur 53 Prozent.

Peltier

Aus Anlass des 70. Geburtstages des unschuldig inhaftierten indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier veröffentlichten wir am 11. September ein Video-Interview auf der Homepage. Der Münchner Lokalsender Radio Lora führte am 16. September 2014 ein halbstündiges Interview zur Person Peltier und zum Hintergrund des juristischen Falles.

Als Präsident Obama mit seiner Frau Michelle im Juni 2014 das Reservat Standing Rock in North Dakota besuchte, baten wir ihn, diese historische Reise zum Anlass zu nehmen, um den Bürgerrechtler, der insbesondere für die indianische Jugend zu einer wichtigen Symbolfigur geworden ist, endlich zu begnadigen.

Ende 2014 forderten wir Obama ein weiteres Mal auf, dem schwerkranken Bürgerrechtler im Rahmen des traditionellen Christmas Pardon die Freiheit zu schenken und einen Lebensabend bei seiner Familie zu ermöglichen.

Yvonne Bangert

Samen insbesondere in Schweden

Immer wieder machte die GfbV auf die Situation der Samen in Schweden aufmerksam. Der schwedischen Bergbaubehörde lagen 945 Anträge auf Grubenöffnungen im Gebiet zwischen Idre Fjäll in Dalarna und der schwedisch-finnischen Grenze, einem Siedlungs- und Weidegebiet der Samen, vor. Im Sommer 2013 hatten die Proteste gegen eine Grube der britischen Beowulf Mining Corporation zwischen Jokkmokk und Kyikkjokk international Schlagzeilen gemacht.

Ein weiteres Bergbau-Projekt befindet sich an der Straße von Kiruna nach Nikkaluokta. Von dort bis zum Kalfjället-Gebirge plant das australische Bergbau-Unternehmen Hannens Reward Ltd. eine große Mine. Diese Firma will an mindestens sieben weiteren Standorten in der Gegend Bodenschätze erschließen. Das Erzvorkommen stößt im Süden an das Weltkultur- u. Naturerbe Lapponia. In Gallokk wurden traditionelle Weidegebiete der Samen für den Eisenbergbau der Jokkmokks Iron Mining AB zerstört. Das Unternehmen plant nun ein neues Bergbau-Projekt im 20 Kilometer von Jokkmokk entfernten Nautivaare, das Winterweiden eines Rentierzüchterdorfes zerstören würde. Über diese Projekte informierte die GfbV die Öffentlichkeit. Wir nahmen Kulturhauptstadtjahr im nordschwedischen Umeå für Briefe und eine Presseerklärung zur Lage der Samen zum Anlass.

Russland

Die Situation **der indigenen Bevölkerung in Russland** beobachteten wir mit Sorge. Angehörige von Chanten, Mansen, Nenzen, Udegen, Itelmenen und viele weitere werden immer stärker ihrer Rechte beraubt. Ihre politischen Repräsentanten und indigene Aktivisten werden zunehmend verfolgt. 2013 wurde der vormals aktive und kritische Dachverband „RAIPON“ durch massiven Druck und Manipulation bei der Wahl eines neuen Präsidenten auf die Linie der Putin-Partei „Einiges Russland“ gebracht. Darüber berichteten wir den zuständigen Gremien in der UN, zum Beispiel dem Sonderberichterstatter über indigene Belange und informierten die Presse. Im Steinkohlefördergebiet Kuzbass wurde ein letztes schorisches Dorf zerstört, nachdem die letzten fünf von vormals fünfzig Schoren-Familien sich geweigert hatten, das Dorf zu verlassen. Da in Deutschland der Import von Steinkohle angestiegen ist, haben wir in einem Mailing über das Schicksal der Schoren informiert und auch das Gespräch mit Bundestagsabgeordneten dazu gesucht. In einem Treffen sagte uns der zuständige Abgeordnete der Grünen Bundestagsfraktion Unterstützung zu.

Sarah Reinke

GFBV-ARBEIT BEI DEN VEREINTEN NATIONEN

Auch 2014 nutzten wir unseren beratenden Status bei den Vereinten Nationen (UN), um zahlreiche mündliche und schriftliche Stellungnahmen zu zahlreichen Menschenrechtsthemen abzugeben. Wir verfassten Eingaben über die Situation der indigenen Gemeinschaften in Peru, auf den Andamanen und Nicobaren, der religiösen und ethnischen Minderheiten in Burma, im Kosovo, in Libyen, Sri Lanka, Sudan, Vietnam, Westsahara, der Zentralafrikanischen Republik, Russland, im Bürgerkrieg in Syrien, über Hexenverfolgung in Afrika oder die Menschenrechtssituation auf der Krim und schilderten wie jedes Jahr im Rahmen einer mündlichen Stellungnahme die schwierige Menschenrechtssituation der Tibeter und Uiguren in China. Der chinesische Botschafter unterbrach die Uiguren bei ihrem Vortrag im offiziellen Forum der UN gleich drei Mal. Unsere 22 Stellungnahmen 2014 finden Sie zum Nachlesen auf unserer Homepage unter „Über uns – UN- und Europaratsarbeit“. So wird dauerhaft dokumentiert, wie Staaten mit ihren Minderheiten umgehen, welche Menschenrechtsverletzungen begangen werden und welche Forderungen wir an den Menschenrechtsrat stellen.

Im März organisierten wir den Besuch einer Delegation von jungen Menschenrechtlerinnen aus dem Nordkaukasus bei der UN-Frauenkonferenz in New York. Für die Menschenrechtlerinnen, die in ihrer Heimat oft Repressionen ausgesetzt sind, war dies eine hervorragende Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und der Erarbeitung gemeinsamer Strategien. Sie lernten mehr über die Funktionsweise des komplizierten Gebildes Vereinte Nationen, trafen Staatenvertreter und AktivistInnen aus anderen Ländern, konnten wichtige Kontakte knüpfen, Netzwerke bilden. Gestärkt und für ihre schwierige und unentbehrliche Arbeit in ihrer Region zusätzlich motiviert machten sie sich nach der Konferenz auf den Rückweg. Auch anderthalb Jahre später sind sie immer noch in regem Kontakt.

Im November waren wir in Genf beim alljährlich tagenden Minderheiten-Forum der Vereinten Nationen. Gemeinsam mit der Organisation UNPO (United Nations and Peoples Organisation) organisierten wir eine zweistündige Veranstaltung über die Verfolgung von Minderheiten. Das Podium war hervorragend besetzt mit führenden Repräsentanten von Minderheiten aus dem fernen Asien, dem Nahen Osten und von der Krim. So sprachen dort die Uigurin Rebyia Kadeer, Enghebatu Togocho, seinerseits Leiter einer Menschenrechtsorganisation chinesischer Mongolen in New York und Dawa Tsultrim vom Tibet-Büro. Sarah Reinke, die Leiterin unseres Berliner Büros, hatte vermittelt, dass wir Aishe Memetowa als Sprecherin für die Krimtataren aus Berlin nach Genf bringen konnten. Sie schilderte die Lage der Krimtataren nach der Annexion durch Russland. Für die irakischen Turkmenen und schiitischen Kurden sprach sehr überzeugend die in Großbritannien lebende Menschenrechtlerin Zena Al-Esia. Diese Veranstaltung bekräftigte nochmals unseren Ruf als kritische und unabhängige Organisation in Genf.

Diktatorisch regierte Staaten fühlen sich oft von uns bloßgestellt, weil wir die Unterdrückung und Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten oder indigener Gemeinschaften öffentlich machen. Die Repräsentanten von Staaten wie China oder Russland versuchen über das UN-Komitee, das sich mit Nichtregierungsorganisationen befasst, unsere Organisation aus den Vereinten Nationen herauszudrängen. Wir werten dies als positiven Beleg dafür, dass wir als unbequeme Mahner den „Finger in die Wunden legen“, und unsere Arbeit nicht nur wahrgenommen, sondern langfristig auch Wirkung zeigen wird.

Ulrich Delius / Hanno Schedler

AKTIONEN

Im Jahr 2014 wurden von unserem Aktionsreferenten Daniel Matt insgesamt 15 Straßenaktionen, fünf Informationsveranstaltungen, vier kleinere Konferenzen, unser Auftritt bei der Leipziger Buchmesse, das bundesweite Regionalgruppentreffen, eine bundesweite Weihnachtsaktion, die GfbV-Jahreshauptversammlung sowie die Verleihung des Victor-Gollancz-Preises organisiert. Er koordinierte auch, dass dafür auf Plakaten und Handzetteln geworben, Unterstützer und Freunde der GfbV in der jeweiligen Stadt dazu eingeladen und unsere Initiativen bei Polizei oder Ordnungsamt angemeldet und genehmigt wurden.

Meist saßen er oder unser Versandmitarbeiter Meto Ibrahimovic am Steuer des neunsitzigen Kleinbusses, den wir vom „Grünen Auto“ in Göttingen mieten, wenn wir zu einer Aktion in einer anderen Stadt aufbrechen. Damit unsere Aktionen von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, lassen wir nicht nur professionelle Transparente gestalten. Unterstützt von unseren Praktikantinnen und Praktikanten tragen wir jedes Mal Ideen zusammen, wie wir unser Anliegen auch für Bildjournalisten attraktiv in Szene setzen können. So werden Schilder beklebt und bemalt, Masken kreiert, riesige Buchstaben gebaut oder andere Utensilien günstig erworben, die unser Anliegen wirksam unterstreichen.

Unser Aktionsreferat muss jedoch nicht nur kreative Aktionen auf die Beine stellen. Darüber hinaus muss auch Feiern oder Versammlungen ein würdiger Rahmen gegeben werden. Da muss die Bewirtung von manchmal sehr vielen Gästen wie am Schnürchen klappen, es müssen Musiker engagiert, Bühnen gemietet oder Flyer verteilt werden. Da ist schon viel aufmerksames Organisationstalent nötig!

Hier zeigen wir eine Auswahl unserer Straßenaktionen und unseren Messestand in Leipzig in Bildern:



4. Februar 2014/Berlin: Mahnwache anlässlich des Besuches von Recep Tayyip Erdoğan im Bundeskanzleramt. Wir forderten Erdoğan auf, die Grenzen nach Syrien für humanitäre Hilfe zu öffnen.



7. Februar 2014/Berlin: Mahnwache zusammen mit Angehörigen der Minderheit der Tscherkessen vor der russischen Botschaft. Anlass war die Eröffnung der Olympischen Spiele in Sotschi. Sie wurden unter anderem an Orten ausgetragen, an denen vor 150 Jahren ein Völkermord an den Tscherkessen verübt wurde.



28. März 2014/Berlin: Mahnwache vor dem Schloss Bellevue für tibetische, uigurische, mongolische und han-chinesische Menschenrechtler. Anlass war der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping.



13. – 16. März 2014/Leipzig: Stand auf der Leipziger Buchmesse. Schwerpunktthema war die verzweifelte Lage der massiv verfolgten muslimischen Rohingya in Burma.



4. Juni 2014/Berlin: Mahnwache während einer deutsch-sudanesischen Wirtschaftskonferenz für die Freilassung der im Sudan inhaftierten Christin Mariam



4. Juni 2014/Berlin: Mahnwache vor der chinesischen Botschaft zum 25. Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens



1. Juli 2014/Frankfurt a.M.: Demonstration vor dem iranischen Konsulat für die Freilassung von kurdischen politischen Gefangenen im Iran.



9. August 2014/Köln: Demonstration gegen den Völkermord an den Yeziden im Irak



10. August 2014/Berlin: Demonstration für Menschenrechte für Tibeter und Uiguren während deutsch-chinesischer Regierungskonsultationen im Bundeskanzleramt



20. September 2014/Göttingen: Verleihung des Victor-Gollancz-Preises für Menschenrechte an den Gründer von Ärzten ohne Grenzen und ehemaligen französischen Außenminister, Bernard Kouchner.



1. November 2014/Göttingen: Teilnahme am bundesweiten Solidaritätstag für Kobani. Wir ließen 100 von Göttinger Bürgern beschriftete Ballons steigen.



16. Dezember 2014:
Weihnachtsaktion „Für die religiöse Vielfalt im Nahen Osten“ mit mehreren Aktionen im gesamten Bundesgebiet.

Besonderer Dank gilt Manon Laberrenne, Thomas Gerdau, Stefanie Handke und Stephanie Bussler, die als Praktikantinnen und Praktikanten das Aktionsreferat tatkräftig unterstützten.

Daniel Matt

REGIONALGRUPPEN



Bundesweites Regionalgruppentreffen im Februar 2014 im Göttinger GfbV-Bundesbüro

Ehrenamtliches Engagement ist eine unerlässliche Säule unserer Menschenrechtsarbeit. Wir danken an dieser Stelle allen sehr herzlich, die 2014 ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Kreativität verfolgten, bedrohten und diskriminierten ethnischen und religiösen Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften gewidmet haben!

Ein großer Teil der Ehrenamtlichen, die bei der Gesellschaft für bedrohte Völker mitarbeiten, ist in einer unserer Regionalgruppen organisiert. Diese Regionalgruppen haben eine Fülle von politischen Aktionen wie Mahnwachen, Infostände, Vorträge und Ausstellungen durchgeführt. Viele Regionalgruppen sind auch immer wieder Anlaufstelle für Flüchtlinge verschiedener Minderheiten. Im Folgenden wird eine Auswahl der regionalen GfbV-Aktivitäten präsentiert:

Die **Regionalgruppe München-Oberbayern** lud zum Filmabend ein. Gezeigt wurde „Count Down am Rio Xingu“, eine kritische Dokumentation über das Belo-Monte-Staudammprojekt in Brasilien. Außerdem organisierte die Gruppe einen Kulturabend zum Volk der Uiguren.

Die **Regionalgruppe Göttingen** veranstaltete ein Sommerfest vor dem Victor-Gollancz-Haus und bot Interessierten so die Gelegenheit, die GfbV in einem fröhlichen Rahmen kennenzulernen. Darüber hinaus organisierte die Gruppe zahlreiche Informationsabende u.a. über die Menschenrechtslage in Mexiko und den Völkermord an den Yeziden im Irak. Auch auf die Ermordung von 43 Studenten in Mexiko wurde mit einer Aktion im Göttinger Mensa-Foyer aufmerksam gemacht.

Die **Regionalgruppe München** gestaltete im Jahr 2014 insgesamt sechs Beiträge bei Radio Lora über zahlreiche Minderheiten und indigene Völker wie Tscherkessen, Schoren oder Ewenen. Darüber hinaus stellte sie mit Infoständen bei den Sommer- und Winter-Tollwood-Festivals sowie auf dem Basar der Kulturen unsere Menschenrechtsarbeit vor. Dank der Gruppe hatten Münchner Bürger die Gelegenheit, sich bei Vorträgen über Minderheiten wie z.B. über die Udmurten zu informieren. Mit

der Teilnahme an zahlreichen Mahnwachen demonstrierten unsere Ehrenamtlichen in der bayerischen Landeshauptstadt für Menschenrechte in Russland.

Wenn das GfbV-Bundesbüro oder unser Berliner Büro eine Mahnwache in der Bundeshauptstadt organisierte, konnten wir uns stets der Unterstützung der **Berliner Regionalgruppe** sicher sein. Aber die Gruppe war auch darüber hinaus sehr aktiv: So organisierte sie Infostände beim Fair-Trade Frühstück, beim Tag der offenen Tür im BMZ sowie einen Stand gegen das Morden in Afghanistan. Auch beim überregional bekannten „Karneval der Kulturen“ informierte die Gruppe vier Tage lang über die GfbV-Arbeit. Im Juni wurden ein Dutzend Verteilaktionen vor eine Ai-Weiwei Ausstellung durchgeführt. Zudem nahmen Mitglieder der Gruppe an zahlreichen Demos und Veranstaltungen u.a. der „Tibet Initiative Deutschland“ und „Rettet den Regenwald“ teil.

Die **Regionalgruppe Düsseldorf** betreute 2014 zahlreiche Infostände und Büchertische. Auch war sie wichtiger Ansprechpartner für Aktive in der Region.

Die **Karlsruher Regionalgruppe** zeigte u.a. den Film „Aus dem Leben eines Schrottsammlers“, der die Lage der Roma in Südosteuropa thematisiert, und organisierte einen Vortrag über Flüchtlinge aus Russland mit der GfbV-Referentin Sarah Reinke. Genau wie im vergangenen Jahr beteiligte sich die Gruppe auch wieder an den Karlsruher Wochen gegen Rassismus. Die Ehrenamtlichen sorgten ebenfalls dafür, dass die Karlsruher Bürger über mehrere Wochen eine Ausstellung über die Mapuche in Chile bewundern konnten. Darüber hinaus war die Gruppe in der Betreuung von Flüchtlingen sehr aktiv.

Unsere **Hamburger Regionalgruppe** lud zusammen mit andern Organisationen im ersten Halbjahr 2014 zu einer Informationsveranstaltung über die Bahá'í im Iran ein und organisierte einen Infotisch auf dem Eppendorfer Straßenfest. Die erste Jahreshälfte war aber besonders von der Vorbereitung des Besuchs einer Waorani-Indianerin und eines Menschenrechtlers aus Ecuador geprägt, die das einzigartige Naturparadies des Yasuni-Biosphärenreservat vor zerstörerischer Erdölförderung schützen wollen. In Hamburg wurde deren Ausstellung „Amazonien – was wird uns bleiben?“ gezeigt. Zum Vortrag dieser beiden Gäste kam auch der ecuadorianische Botschafter. In der zweiten Jahreshälfte widmeten sich unsere Ehrenamtlichen ihrem „Begleitprogramm“ für die offizielle Veranstaltungsreihe „China Time“ in der Hansestadt. Sie organisierten parallel zu Vorträgen, Lesungen oder Ausstellungen kritische Infostände. Mit einem Infotisch auf dem Advents-Basar der Martin-Luther-King-Gemeinde und einem Vortrag des Ashaninka Benki Piyäko, der von der GfbV-Brasilien-Experten Eliane Fernandez begleitet wurde, rundete ihre intensiven Menschenrechtsaktivitäten ab.

Die Mitglieder der **Regionalgruppe Aachen** konnten bei ihrem Infostand auf dem Eine-Welt-Fest viele interessante Gespräche führen und GfbV-Materialien verteilen. Die Regionalgruppe dient auch als lokaler Anlaufpunkt für Interessierte an der GfbV-Menschenrechtsarbeit.

Auch 2014 hat es die **Regionalgruppe Nürnberg** wieder erfolgreiche geschafft, Umwelt- und Menschenrechtsthemen zu verknüpfen. Die Gruppe wirkte aktiv am Runden Tisch Menschenrechte Nürnberg mit und vernetzte die GfbV mit anderen lokalen NGO-Ablegern wie dem BUND. Darüber hinaus wurden zahlreiche Vorträge und Infotische organisiert.

Die **Regionalgruppe Münster** führte zahlreiche Veranstaltungen und Infostände durch und nutze ihre gute Vernetzung mit anderen Vereinen, Kirchen und Institutionen, um auf bedrohte Minderheiten aufmerksam zu machen. Unter anderem wurden Veranstaltungen und Mahnwachen zur Lage der Christen in Ägypten, für humanitäre Hilfe für Kobani und zu den Mapuche aus Chile organisiert. Darüber hinaus war die Gruppe in der Flüchtlingsarbeit aktiv.

Die **Regionalgruppe Köln** hat während des Jahres 2014 intensiv zur Situation der Mapuche, der größten indigenen Gruppe in Chile, gearbeitet. Im Mai 2014 beteiligten sich Mitglieder der Gruppe an einem solidarischen Hungerstreik, der auf die Situation von Mapuche aufmerksam machen sollte, die in Chile inhaftiert sind und aus Protest dagegen in den Hungerstreik getreten sind. Im Oktober organisierte die Regionalgruppe Köln eine Delegationsreise von zwei Mapuche nach Deutschland. Die Delegation hielt in elf deutschen Städten Vorträge, besuchte Mitglieder des Deutschen Bundestages in Berlin und das Europäische Parlament in Brüssel. Den Höhepunkt der Delegationsreise bildete eine dreitägige Konferenz in Köln, die von der Regionalgruppe veranstaltet wurde. Themen waren u.a. die indigene Weltsicht sowie Formen des Widerstandes gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Als Vortragende für diese Konferenz konnten Indigene aus Chile, Bolivien, Ecuador und Peru sowie renommierte Wissenschaftler und die Botschafterin von Bolivien in Deutschland gewonnen werden. Abschluss der Delegationsreise bildete eine Demonstration anlässlich des Besuchs der chilenischen Präsidentin in Köln, die in Chile ein breites Medienecho hervorrief und auch dazu führte, dass die auf der Konferenz erarbeiteten Forderungen in Bezug auf die Situation der Mapuche in der chilenischen Presse veröffentlicht wurden.

Die **Regionalgruppe Bielefeld** veranstaltete eine mehrtägige Mahnwache, um auf die dramatische Situation der Yeziden im Nordirak aufmerksam zu machen.

Über all diese und noch viele andere Aktionen und Veranstaltungen hinaus beteiligten sich verschiedene Regionalgruppen an einer Kulturveranstaltung über das Volk der Uiguren sowie unserer bundesweiten Weihnachtsaktion „Für die religiöse Vielfalt im Nahen Osten“.

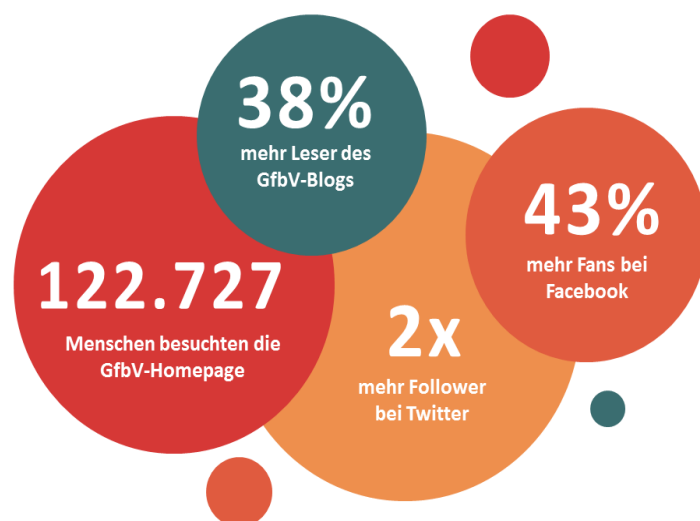
Daniel Matt

Homepage und Neue Medien

Smartphones sind aus dem Leben der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. 2014 besaßen rund 41 Millionen Menschen in Deutschland ein internetfähiges Handy. Auch Tablets, Laptops und Computer sind zu Alltagsgegenständen geworden. So ist es für die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wichtig, im Internet präsent zu sein und auf ihre Themen aufmerksam zu machen. Zudem kann durch Online-Kommunikation auf der Webseite, in verschiedenen Neuen Medien und im Newsletter die Arbeit unterstützt und zum Mitmachen an Petitionen oder Mahnwachen aufgerufen werden.

Um ihre Onlinearbeit zu verstärken, stellte die Gesellschaft für bedrohte Völker Michaela Böttcher als neue Mitarbeiterin im Pressereferat ein. Sie ist für die Aktualisierung der Homepage zuständig und arbeitet täglich Inhalte und Botschaften für die sozialen Netzwerke auf. Zudem ist sie Ansprechpartnerin für Interessierte, Mitglieder, Förderer und ehemalige Praktikanten in den Neuen Medien. Auch gestaltet sie unseren Newsletter und beantwortet Anfragen zu den Themen Homepage, Petitionen und Neue Medien.

2014 baute die Gesellschaft für bedrohte Völker ihre Präsenz in verschiedenen Online-Medien weiter aus, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Ab September wurde der Kurznachrichtendienst **Twitter** in unsere tägliche Online-Kommunikation mit aufgenommen. Außerdem führten wir ein neues Format bei Twitter ein: Bei Veranstaltungen wie Diskussionsrunden und Infoabenden werden wichtige Inhalte zusammengefasst und unter dem Hashtag #gfbvtalk getwittert. So können Interessierte auch virtuell von den Angeboten unserer Menschenrechtsorganisation profitieren. Bis zum Ende des Jahres verdoppelte sich dadurch die Zahl unserer Follower bei Twitter.

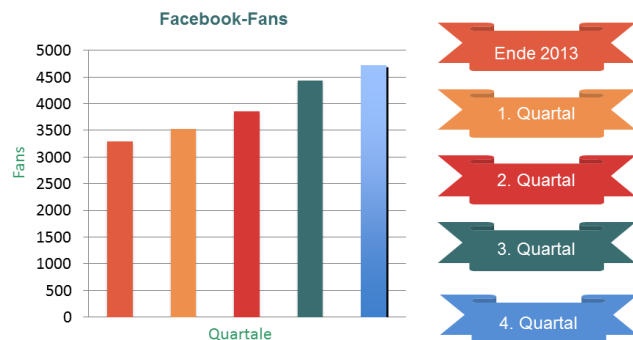


Wir rundeten unser Online-Angebot durch die Verknüpfung von verschiedenen Diensten ab. So haben Interessierte jederzeit Zugang zu Informationen über unsere Arbeit, über die Menschenrechtslage von Minderheiten oder zu ganz speziellen Themen. Dazu gehören Interviews, die wir mit den Referenten über aktuelle Themen führen und die wir anschließend zum Nachhören beim Anbieter **Soundcloud** hochladen. Interessierte können sich diese Interviews kostenlos online anhören oder herunterladen und dann offline auf ihrem MP3-Player oder Smartphone abspielen. Alternativ werden Interviews gefilmt, bearbeitet und dann als Video bei **YouTube** hochgeladen. Auch Fotos und kleinere Filmsequenzen, die wir bei Mahnwachen aufnehmen, werden zu kleinen Filmen verarbeitet und dann bei YouTube und Facebook reingestellt. So bekommen Interessierte einen Einblick in die Menschenrechtsaktionen und Arbeit der GfbV. Ausführliche Kommentare zu aktuellen Themen und Hintergrundberichte stehen interessierten Lesern kostenlos auf unserem **Blog** zur Verfügung. Die Vielfalt der Artikel wie zum Beispiel Analysen zur Straflosigkeit in Darfur, Kurznachrichten über die Lage der Krimtataren oder übersetzte Briefe des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier spiegeln dabei das breite Spektrum unserer Arbeit wieder. Um dem Leser eine einfachere Navigation auf dem Blog zu ermöglichen und Themen somit schneller gefunden

werden können, wurde das Design im Oktober überarbeitet. Auch die anderen Seiten in den Neuen Medien bekamen ein einheitliches Layout, um den Wiedererkennungswert für die Gesellschaft für bedrohte Völker zu erhöhen.

Das wichtigste Medium für die Online-Kommunikation ist weiterhin **Facebook**. Täglich posteten wir mindestens zwei Nachrichten, Fotos oder Videos und erreichten so weitere Interessierte. Das zeigt sich an den „Gefällt-mir-Angaben“ für die Facebookseite der Gesellschaft für bedrohte Völker, die sich 2014 um 43 Prozent erhöht haben. Aber auch der von Facebook betriebene Dienst **Instagram** wird seit Ende 2014 von uns genutzt. 37

Prozent der Nutzer dieses Dienstes sind zwischen 18 und 29 Jahre alt. Das aktive Benutzen von Instagram ermöglicht es daher, unsere Themen einem jüngeren Publikum zu präsentieren.



Die Möglichkeiten der digitalen Welt haben wir jedoch nicht nur zur Informationsweitergabe genutzt. Auch Mittel der politischen Partizipation und Intervention kamen zur Anwendung. So starteten wir zum Beispiel bereits Anfang September eine **Online-Petition**, um die Landrechte der Australian Aboriginal Nations einzufordern. Mithilfe unseres **Newsletters**, der die Petition im November bekannt machte, konnten dadurch in kürzester Zeit über 1.500 Unterschriften gesammelt werden. Fast 10.000 Interessierte haben unseren Newsletter abonniert. Er stellt für sie trotz der Neuen Medien eine wichtige Informationsquelle dar. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, wurde sein Format im September 2014 umgestellt. Seitdem konzentriert sich ein Newsletter auf ein Thema. Die Anzahl von Unterschriften für Petitionen, um die wir in unserem Newsletter bitten, hat sich seither verdoppelt bis verdreifacht. Zudem machten wir in den zehn Newslettern, die 2014 verschickt wurden, auf besondere Veranstaltungen und Ereignisse wie beispielsweise die Deutschland-Rundreise einer Mapuche-Delegation aus Chile aufmerksam.

Das Interesse an Information über ethnische und religiöse Minderheiten ist groß: Die beliebteste Seite auf unserer Homepage www.gfbv.de waren die Hintergrundtexte über bedrohte Völker, Länder und Regionen. Auch Reporte und Pressemitteilungen, die beinahe täglich versandt und dann online gestellt wurden, waren von hohem Interesse für die 122.727 Besucher der Webseite. Weitere beliebte Seiten waren 2014 Online-Petitionen, die Fotostrecke zum Kalender „Zarte Bande – Mensch und Tier 2015“ und die Seiten der Regionalgruppen. Damit Nutzer die von uns bereitgestellten Informationen über Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften, aber auch die Petitionen, Pressemitteilungen und Menschenrechtsreporte auf unserer Webseite schneller finden, startete 2014 der **Relaunch der Homepage**. So wurde in Zusammenarbeit mit der Agentur i-gelb im Hintergrund am Design und technischen Formaten gearbeitet und einige Mitarbeiter im Dezember über den Umgang der Homepage geschult, damit diese 2015 online gehen konnte.

Michaela Böttcher

PRESSE UND MEDIENECHO

2014 haben wir insgesamt **269 Pressemitteilungen, Appelle, Kommentare oder Ankündigungen von Menschenrechtsaktionen** verbreitet. Schon bis Mai hatten wir damit ein gutes Medienecho in den Printmedien erzielt: Unsere Archivarin Iris Castro zählte einen prall mit Zeitungsausschnitten gefüllten Ordner pro Monat. Bundesweit wurde über die Vergabe des Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma an GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch berichtet. Sehr großes Presseecho war auch nach unseren Berichten über die desolate Menschenrechtslage in Ostturkestan (Xinjiang) und Tibet in China oder das Wüten der islamistischen Boko Haram in Nigeria zu verzeichnen. Und fast täglich erhielten wir Interview-Anfragen zu den unterschiedlichsten Themen aus unserem Arbeitsbereich von öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern, aber auch Bürgerradios sowie ausländischen Radios, die Interviews in englischer, französischer, arabischer, russischer oder auch bosnischer Sprache mit unseren Referentinnen und Referenten führen.

Bewährt hat sich die **Differenzierung unserer Presseverteiler**. So stoßen unsere Recherchen über die Verletzung der Glaubensfreiheit oder über religiöse Verfolgung vor allem bei ausdrücklich christlichen oder islamisch orientierten Medien auf Interesse. Die kirchliche Wochenzeitung „Glaube und Heimat“ bzw. „Der Sonntag in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt“ hatte uns für 2014 sogar eingeräumt, jeden Monat einen Beitrag für die Kolumne „Blickwechsel“ über religiöse Verfolgung zu schreiben. Dazu erschienen Porträtfoto der Autorin oder des Autors, also unserer Referentinnen und Referenten. Hier seien nur die ersten sechs Themen unserer Beiträge aufgeführt: Unser Afrika-/Asienreferent Ulrich Delius berichtete über die Auseinandersetzungen zwischen der christlichen und muslimischen Volksgruppe in der Zentralafrikanischen Republik, über die Diskriminierung der Christen und Ahmadiyya in Indonesien und die Lage der Kirchen im Südsudan. Dann folgten Beiträgen unseres Nahostreferenten Kamal Sido über die Lage der Christen in Syrien, unserer Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, über das Engagement des Indianermissionsrates in Brasilien für die Rechte der Indigenen und der schwierigen Situation der christlichen, aber auch der islamischen Religionsgemeinschaften auf der Krim nach dem völkerrechtswidrigen Anschluss an Russland von unserer GUS-Referentin Sarah Reinke.

Besonders gefreut haben wir uns über das Interesse verschiedener **Fernsehsender**, die mehrfach sowohl in unser Berliner Büro als auch in unser Göttinger Bundesbüro Teams entsandten, um unsere Referenten zu interviewen. Exemplarisch seien hier einige Medientermine mit Kamerateams, aber auch Rundfunksendern oder Zeitungsredakteuren aufgeführt und besonderes Presseecho hervorgehoben:

Mitte Januar 2014 interviewt ein Fernseheteam des **Politikmagazins FAKT** in unserem Berliner Büro unsere GUS-Referentin Sarah Reinke anlässlich der Olympischen Winterspiele in Sotschi über die Menschenrechtslage der Völker des Kaukasus. Sie wirft dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Thomas Bach, vor, das IOC zum Steigbügelhalter von Wladimir Putin gemacht zu haben. Die Dreharbeiten dauerten fast drei Stunden. Der Beitrag wird am 28. Januar ausgestrahlt.

Das Zweite Deutsche Fernsehen zdf zeigt am **4. Februar** in seiner Nachrichtensendung **heute** in einer langen Einstellung die GfbV-Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Mit der Aktion wollten wir unsere Bitte an Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstreichen, den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan zu drängen, die Grenze nach Syrien für Hilfslieferungen an die notleidende Zivilbevölkerung im Nachbarland zu öffnen.

Am **6. Februar** schickt **N24** ein Kamerateam zu uns ins Victor-Gollancz-Haus nach Göttingen, um einen kritischen Kommentar unseres Afrika-Asien-Referenten Ulrich Delius aufzunehmen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte angekündigt, das Bundeswehrkontingents in Mali aufstocken zu wollen.

Ende März ist Delius in den abendlichen **Nachrichtensendung des zdf heute** zu sehen. In dem Interview kritisiert er die Verfolgung von Menschenrechtlern in China, die unter Staatspräsident Xi Jinping massiv zugenommen hat. Unsere Mahnwachen, mit denen wir den mehrere Tage dauernden Besuch des chinesischen Staatspräsidenten begleiteten, wurden durch ein breites Medienecho belohnt: Rund drei Stunden Interviews mit in- und ausländischen Medien (Reuters TV, dpa, epd, ARD, ZDF, Hessischer Rundfunk, Deutschlandfunk, Inforadio Berlin, NDR, Deutsche Welle (deutscher, englischer, chinesischer Dienst), Radio Free Asia (chinesischer, englischer, uigurischer, tibetischer Dienst), Epoch Times, Asahi Shimbun (Japans bedeutendste Tageszeitung) etc.

„Der politische Islam erstickt die Vielfalt“ - unter dieser Schlagzeile drucken die **Tagespost**, die Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur, **am 22. Mai 2014** auf ihrer Titelseite ein langes Interview mit dem GfbV-Nahostreferenten Kamal Sido. Anlässlich der Veröffentlichung unseres Memorandums über die Lage der Christen im Nahen Osten berichtet er, dass die Hoffnungen auf einen arabischen Frühling in Angst vor einem „Winter“ in der Region umgeschlagen ist.

Die renommierte christliche **Zeitschrift „Publik-Forum“** berichtet im **Juli** auf zwei Seiten über die bedrückende Lage der muslimischen Rohingya in Burma und zitiert dabei häufig unsere Menschenrechtsorganisation. Die Rohingya werden von nationalistischen Buddhisten angegriffen und vertrieben. Die Regierung heizt die religiöse Verfolgung an, denn sie verweigert den Rohingya seit Jahrzehnten die Staatsbürgerschaft. Angeregt wurde der Bericht durch unseren Report „Die Rohingya in Burma – die am meisten verfolgte Minderheit der Welt“.

Als **Anfang August** radikale Islamisten der Terrorgruppe IS die irakische Stadt Mossul erobern, dort die letzten Christen vertreiben und beim weiteren Vorrücken der Extremisten auch zehntausende Yeziden flüchten müssen, ist unser Nahostreferent Kamal Sido bei den Medien ein gefragter Interviewpartner. Einige Tage lang gibt er fast ununterbrochen Rundfunk- und Fernsehinterviews. Er tritt u.a. in der **Tagesschau in der ARD und im Schweizer Fernsehen sowie in den heute Nachrichten des zdf** auf. Jedes Mal wird unsere Menschenrechtsorganisation ausdrücklich genannt.

Die Leiterin unseres Berliner Büros, Sarah Reinke, berichtet als Studiogast des Fernsehsenders **N24** über die Lage indigener Völker. Die BBC meldet sich aufgrund unserer Pressemitteilung **am 9. September** über den Mord an dem Aghanika-Führer Edwin Chota und bittet um unsere Erlaubnis, unser Interview mit Chota veröffentlichen zu dürfen.

Am 29. September 2014 ist die Leiterin unseres Berliner Büros, Sarah Reinke, zu Gast im Studio von **Berlin TV**. In einem langen Interview stellt sie unsere Menschenrechtsorganisation vor und berichtet über die Situation der europäischen Minderheiten der Sorben (Deutschland), Krimtataren (Ukraine/Russland) und Samen (Schweden). Für eine zweite Sendung wird sie zur Lage der Roma in Europa befragt.

Am 10. Oktober waren in der **tagesschau der ARD und in den heute-Nachrichten des zdf** lange Sequenzen unserer Mahnwache mit vielen bunten Schildern und Transparenten zu sehen: Anlässlich der Deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen hatten wir gegen die zunehmende Verfolgung von Menschenrechtlern in China protestiert, die Freilassung des zu lebenslanger Haft verurteilten uigurischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Ilham Tohti und mehr Demokratie für Hongkong gefordert.

Am 22. Oktober führt **ARTE Journal** mit dem GfbV-Afrikareferenten Ulrich Delius ein halbstündiges Interview über die beängstigende Lage der Zivilbevölkerung im Ostkongo. Dort kam es in den vergangenen Wochen immer wieder zu Massakern, die UN-Eingreiftruppe reichte zum Schutz der Menschen nicht aus.

In der Sendung „**Hallo Niedersachsen**“ berichtet das **NDR-Fernsehen Anfang November** ausführlich über unsere Mahnwache für die Einwohner der nordsyrischen kurdischen Stadt Kobani in Hannover. Wir hatten kurzfristig zu Aktionen in sieben Städten aufgerufen. Es beteiligten sich Gruppen in Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hürth bei Köln, Hannover, Mainz und Münster.

Das Hochglanzmagazin „**Der Pressesprecher**“ veröffentlicht in seiner Ausgabe 8/2014 **wenige Wochen vor Weihnachten** ein reich illustriertes dreiseitiges Interview mit der GfbV-Pressereferentin Inse Geismar über Geschichte, Aufgaben und Ziele unsere Menschenrechtsorganisation.

Cécile Ayoub hat unser Presseecho durchgesehen und eine Liste der Zeitungen zusammengestellt, in denen 2014 der Name unserer Menschenrechtsorganisation erwähnt, aus unseren Pressemitteilungen, Reporten oder Memoranden zitiert und über GfbV-Aktionen berichtet wurde oder in denen unsere Expertinnen und Experten zu Wort kamen. Vielleicht ist ja auch Ihre Tageszeitung dabei:

4Seasons	Arnberger Zeitung	Bild
Aachener Nachrichten	Arnstädter Allgemeine	Bild der Frau
Aachener Zeitung	Arterner Allgemeine	Billerbecker Anzeiger
Aalener Nachrichten	Ascherslebener Zeitung	Bitburger-Zeitung
Aar Bote	Augsburger Allgemeine	Bitterfelder Zeitung
Acher Rerich Zeitung	B.Z.	Blickpunkt Ahlen/'Beckum (Sonntag)
Achimer Kreisblatt	BA Bergstraßer Anzeiger	Blickpunkt eine Welt
Achimer Kurier	Backnanger Kreiszeitung	Bocholter-Borkener Volksblatt
AFP Agence France-Presse	Bad Doberaner Zeitung	Bogener Zeitung
Ahlener Tageblatt	Bad Dürkheimer Zeitung	Böhme-Zeitung
Ahlener Zeitung	Bad Langensalzaer Allgemeine	Bonifatiusbote
Ahrensburger Zeitung	Bad Oeynhausener Kurier	Bonner Rundschau
Aichacher Nachrichten	Bad Oeynhauser Anzeiger	Bonner Stadtanzeiger
Aichacher Zeitung	Bad Säckinger Zeitung	Bonner Stadtanzeiger
Aktuelle Woche	Badische Neueste Nachrichten	Königswinter
Alb Bote	Badische Zeitung	Bönnigheimer Zeitung
Alfelder Zeitung	Badisches Tagblatt	Borkener Zeitung
Aller Zeitung	Barnim Echo Bernau	Borkumer Zeitung
Allgäuer Anzeigenblatt	Barnstedter Zeitung	Borna-Geithainer Zeitung
Allgäuer Zeitung	Bayerische Rundschau	Bote vom Unter-Main
Allgemeine Laber-Zeitung	Bayernkurier	Bote von Haßgau
Allgemeine Zeitung	Bayerwald-Echo	Bramscher Nachrichten
Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide	Beckumer Zeitung	Brandenburger Allgemeine
Allgemeiner Anzeiger Halver	Beobachter Seesener Tageszeitung	Brandenburger Kurier
Alsfelder Allgemeine	Berchtesgadener Anzeiger	Braunschweiger Zeitung
Altenaer Kreisblatt	Bergedorfer Nachrichten	Bremer Nachrichten
Altländer Tageblatt	Bergedorfer Zeitung	Bremer Tageszeitung
Altmark Zeitung	Bergische Landeszeitung	Bremervörder Zeitung
Altmühl-Bote	Bergische Morgenpost	Brunsbütteler Zeitung
Altmühlbote-Kelheimer Zeitung	Berliner Kurier	Buchloer Zeitung
Alt-Neuöttinger Anzeiger	Berliner Morgenpost	Bünder Tageblatt
Amberger Zeitung	Berliner Zeitung	Bünder Zeitung
Anzeiger für Burgdorf/Uetze	Bernburger Kurier	BUNDmagazin
Anzeiger für Harlingerland	Bersenbrücker Kreisblatt	Burger Rundschau
Anzeiger für Lehrte / Sehnde	Beueler Nachrichten	Burger Voksstimme
Anzeiger für Lehrte/Sehnde	Bielefelder Tageblatt	Burghauser Anzeiger
Apoldaer Allgemeine	Bielefelder Zeitung	Burgsteinfurter Anzeiger und Tagblatt
	Bietigheimer Zeitung	

Bürstädter Zeitung
BusinessPartner PBS
Butzbacher Zeitung
Buxtehuder Tageblatt
Calenberger Zeitung
Cannstatter Zeitung
Castrop-Rauxeler Zeitung
Cellesche Zeitung
Chamer Zeitung Further
Chronik
Chamer Zeitung Rodinger
Kurier
Chemnitzer Morgenpost
Chemnitzer Zeitung
Chiemgau-Zeitung
Coburger Tageblatt
Cuxhavener Nachrichten
Dachauer Nachrichten
Dachauer SZ
Dachauer SZ
Dahme-Kurier
Darmstädter Echo
Dauner Zeitung
Deggendorfer Zeitung
Deister-Anzeiger
Delitzsch-Ellenburger
Kreiszeitung
Delmenhorster Kreisblatt
Delmenhorster Kurier
Demminer Zeitung
Der Ammerländer /
Ammerländer Nachrichten
Der Ammerländer/
Ammerländer Nachrichten
Der Bayerwald-Bote Ausg.
Regen-Zwiesel
Der Bote für Nürnberger Land
Der Enztäler
Der Gemeinnützige
Der Gemeinnützige
Der Gesellschafter
Der Havelländer
Der Insel-Bote
Der Kurier Karlsruhe
Der Münsterländer
Der Münsterländer
Der neue Tag
Der Nordschleswiger
Der Patriot
der pilger
Der Prignitzer
Der Sonntag / Wochen Ztg. F.
d. ev.-luth. Landeskirche
Sachsen
Der Steigerwald Bote
der Tagesspiegel
Der Teckbote
Der Westallgäuer

Deutsche Presse-Agentur dpa
DEWEZET Deister- und
Weserzeitung
Die Glocke
Die Harke
die Kirche / Die Ev.
Wochenzeitung für Berlin
Die Kitzinger
Die Neckarquelle
Die Norddeutsche
Die Oberbadische
Die Tagespost / Bayern
Die Welt
Die Welt Kompakt
Die Woche
Die Woche im Erzbistum
Hamburg
Die Zeit
Die Zeitung im Grabfeld
Diepholzer Kreisblatt
Dill-Post
Dill-Zeitung
Dingolfer Anzeiger
Dithmarscher Kurier
Dithmarscher Landeszeitung
Döbelner Allgemeine
Döbelner Allgemeine
Döbelner Anzeiger
Donau-Anzeiger
Donaueschinger Zeitung
Donaukurier
Donau-Post
Donauwörther Zeitung
Donau-Zeitung
Donnersberger Rundschau
Dorfener Anzeiger
Dorstener Zeitung
Dortmunder Zeitung
Dosse Kurier
Dresdner Morgenpost
Dresdner Neueste Nachrichten
Dülmener Zeitung
Dürener Nachrichten
Dürener Zeitung
Eberbacher Nachrichten
Eberbacher Zeitung
Eberberger SZ
Ebersberger Zeitung
Echaz-Bote
Eckernförder Nachrichten
Eckernförder Zeitung
Ehinger Tagblatt
Eichsfelder Allgemeine
Eichsfelder Tageblatt
Eichsfelder Tageblatt
Eichstätter Kurier
Eifeler Nachrichten
Eifeler Zeitung

Einbecker Morgenpost
Eisenacher Allgemeine
Eisenacher Presse
Elbe Wochenblatt
Elbe-Elster Rundschau
Elbe-Jeetzel-Zeitung
Elbe-Saale-Rundblick
Elmshorner Nachrichten
Emder Zeitung / Nielsen I
Emsbote Warendorf
Emsdettener Volkszeitung
Ems-Zeitung
Engerscher Anzeiger
Enorm
Erdinger Anzeiger
Erdinger SZ
Erfurter Allgemeine
Erkelenzer Volkszeitung
Erlanger Nachrichten
Erlanger Tagblatt
Eschweger Allgemeine
Eschweiler Nachrichten
Eschweiler Zeitung
Eßlinger Zeitung
Evangelische Zeitung
Evangelische Zeitung für
Hamburg & Schleswig-Holstein
Evangelisches Sonntagsblatt
aus Bayern
Express
Fehmarnsches Tageblatt
Fellbacher Zeitung
Filder-Zeitung
Fläming-Echo
Flensburger Tageblatt
Frankenberger Allgemeine
Frankenberger Zeitung
Frankenpost
Frankenthaler Zeitung
Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Neue Presse
Frankfurter Stadtbote
Fränkische Nachrichten
Fränkischer Tag
Freiberger Zeitung
Freie Presse
Freies Wort
Freilassinger Anzeiger
Freisinger SZ
Freisinger Tagblatt
Freudenstädter Kreiszeitung
Friedberger Allgemeine
Fritzlar-Hornberger Allgemeine
Fuldaer Zeitung
Funk Korrespondenz
Fürstenfeldbrücker SZ
Fürstenfeldbrücker Tagblatt
Fürther Nachrichten

Füssener Blatt
Ganderkesee
Gandersheimer Kreisblatt
Gardelegener Nachrichten
Gardelegener Volksstimme
Garmisch-Partenkirchner
Tagblatt
Gäubote
Geilenkirchener Zeitung
Geislinger Zeitung
Gelnhäuser Neue Zeitung
Gelnhäuser Tageblatt
Gemündener Zeitung
General-Anzeiger
Genthiner Volksstimme
Geraer Zeitung
Geretsrieder Merkur
Germeringer Zeitung
Gerolsteiner Zeitung
Gersthofer Zeitung _ Meitinger
Nachrichten Nord
Gescherer Zeitung
Gießener Allgemeine
Gießener Anzeiger
Gifhorner Rundschau
Glaube + Heimat
Glaube und Heimat
Glaube und Leben
Glückstädter Fortuna
Gmünder Tagespost
Göppinger Kreisnachrichten
Goslarsche Zeitung
Gothaer Allgemeine
Gothaer Tagespost
Göttinger Tageblatt
Grafenauer Anzeiger
Grafschafter Nachrichten
Gransee-Zeitung
Greifswalder Zeitung
Grevenbroicher Zeitung
Grevener Anzeiger
Grevesmühlener Zeitung
Grimmener Zeitung
Gronauer Nachrichten
Groß-Gerauer Echo
Günzburger Zeitung
Gunzenhauser Zeitung
Gütersloher Volkszeitung
Gütersloher Zeitung
Haigerer Kurier
Haigerer Zeitung
Halberstädter Volksstimme /
Halberstädter Tagblatt
Haldenslebener Rundschau
Haller Kreisblatt
Haller Tagblatt
Hallertauer Zeitung
Haller-Zeitung

Hallo Telgte (Sonntag)
Halturner Zeitung
Hamburger Abendblatt
Hamburger Morgenpost
Hamburger Wochenblatt
Hammer Zeitung
Hanauer Anzeiger
Hannoversche Allgemeine
Zeitung
Harburg u. Umland
Harz Kurier Herzberger Zeitung
Harzer Volksstimme /
Brockenkurier Wernigerode
Haßfurter Tagblatt
Havelberger Volksstimme
Heidenheimer Neue Presse
Heidenheimer Zeitung
Heilbronner Stimme
Heiligenhafener Post
Heinsberger Nachrichten
Hellweger Anzeiger
Helmstedter Nachrichten
Hennigsdorfer Generalanzeiger
Herborner Echo
Herborner Tageblatt
Herforder Kreisanzeiger
Herforder Kreisblatt
Hersbrucker Zeitung
Hessische Niedersächsische
Allgemeine
Heuberger Bote
Hildesheimer Allgemeine
Zeitung
Hilpoltsteiner Kurier
Hilpoltsteiner Zeitung
Hinningsdorfer
Generalanzeiger
Hinterländer Anzeiger
Höchster Kreisblatt
Hochwald Zeitung
Hockenheimer Tageszeitung
Hofer Anzeiger
Hoff Zeitung
Hofgeismar Allgemeine
Hohenloher Tagblatt
Hohenloher Zeitung
Hohenzollerische Zeitung
Holsteiner Zeitung
Holsteinischer Courier
Holzkirchner Merkur
Honnefer Volkszeitung
Höxtersche Kreiszeitung
Hünfelder Zeitung
Hunsrück Zeitung
Husumer Nachrichten
HZ Hersfeld Zeitung
Ibbenbürener Volkszeitung

idea e.V. Evangelische
Nachrichtenagentur
ideaSpektrum
Idsteiner Zeitung
Illertal Bote
Illertisser Zeitung
Ipf- und Jagst-Zeitung
Isar-Loisachbote
Isenhagener Kreisblatt
Iserlohner Kreisanzeiger und
Zeitung
Isernhagener Kreisblatt
Jeverisches Wochenblatt
Jeverland Bote
Jeverland-Bote
Jeversches Wochenblatt
Jülischer Nachrichten
Jülischer Zeitung
Junge Freiheit
Junge Welt
Jütebogener Echo
Karlstadter Zeitung
Katholische Sonntagszeitung
Katholisches Sonntagsblatt
Kehler Zeitung
Kieler Nachrichten
Kinzigal-Nachrichten
Kirche + Leben
Kirchenbote Wochenzeitung
für das Bistum Osnabrück
KirchenZeitung Die Woche im
Bistum Hildesheim
KirchenZeitung für das Bistum
Aachen
Kirchenzeitung für das Bistum
Eichstätt
Klappe auf / Stadtmagazin
Baden-Württemberg
Klötzer Nachrichten
Klötzer Volksstimme
Kölner Stadt-Anzeiger
Kölnische Rundschau
Königsbrunner Zeitung
Konradsblatt
Konzer Zeitung
Kornwestheimer Zeitung
Köthener Zeitung
Kötztinger Umschau
Kötztinger Zeitung
Kraichgau Stimme
Kreis-Anzeiger für Wetterau
und Vogelsberg
Kreisnachrichten Calw
Kreiszeitung Böblinger Bote
Kreiszeitung Stuhr-Weyhe
Kreiszeitung Syker Zeitung
Kreisztg LK Diepholz
Krumbacher Bote

KV Blatt Berlin /
Kassenärztliche Vereinigung
Kyritzer Tageblatt
Lahrer Anzeiger
Lahrer Zeitung
Lampertheimer Zeitung
Landauer Neue Presse
Landauer Zeitung
Landeszeitung
Landeszeitung für die
Lüneburger Heide
Landsberger Tagblatt
Landshuter Zeitung
Langenselbolder Zeitung
Lauenburgische Landeszeitung
Lauenburgische Nachrichten
Lausitzer Rundschau
Lauterbacher Anzeiger
Leine-Deister-Zeitung
Leine-Nachrichten
Leine-Zeitung
Leipziger Volkszeitung
Leonberger Kreiszeitung
Lichtenfelser Tagblatt
Lindauer Zeitung
Lindauer Zeitung
Lingener Tagespost
Lippische Landes-Zeitung
Löhner Nachrichten
Löhner Zeitung
Lohrer Echo
Lohrer Zeitung
Lübecker Kreiszeitung
Lübecker Nachrichten
Lübecker-General-Anzeiger
Luckenwalder Rundschau
Lüdenscheider Nachrichten
Lüdinghauser Zeitung
Ludwigsburger Kreiszeitung
Ludwigshafener Rundschau
Magdeburger Volksstimme
Main-Echo
Main-Post
Main-Spitze
Main-Taunus Kurier
Mainzer Anzeiger
Mangfall Bote
Mannheimer Morgen
Marbacher Zeitung
Markgrafer Tagblatt
Märkische Allgemeine
Märkische Oderzeitung
Märkisches Echo Strausberg
Markttheidenfelder Zeitung
Marktredwitzer Tagblatt
Marner Zeitung
Mecklenburger Nachrichten

Mecklenburgische &
Pommersche Kirchenzeitung
Mecklenburg-Streitlitzer
Landeszeitung
Meinerzhagener Zeitung
Meininger Tageblatt
Meller Kreisblatt
Melsunger Allgemeine
Melzinger-Uracher General-
Anzeiger
Memminger Zeitung
Meppener Tagespost
Metzinger-Uracher Volksblatt
Metzinger-Ursacher Volksblatt
Miesbacher Merkur
Mindelheimer Zeitung
Mindener Tageblatt
Mittelbayerische Zeitung
Mitteldeutsche Kirchenzeitung
Mittelhaardter Rundschau
Mittelschwäbische
Nachrichten
Moosburger Zeitung
Mosbacher Nachrichten
Mosel-Zeitung
Mühlacker Tagblatt
Mühdorfer Anzeiger
Mühlhäuser Allgemeine
Muldertalzeitung
Münchberg-Helmbrechtser
Zeitung
Münchner Kirchenzeitung
Münchner Merkur
Mündener Allgemeine
Münsterische Zeitung
Münsterischer Anzeiger
Münsterland Zeitung Ahaus
Münsterländische
Tageszeitung
Münsterländische Volkszeitung
Münstersche Zeitung
Müritz-Zeitung
Murnauer Tagblatt
Murrhardter Zeitung
Nahe-Zeitung
Nassauer Tageblatt
Nassauische Neue Presse
Naumburger Tageblatt
Neckar Chronik
Neckar- und Enzbote
Neubrandenburger Zeitung
Neuburger Rundschau
neue bildpost
Neue Deister-Zeitung
Neue Kirchenzeitung
Neue Oranienburger Zeitung
Neue Osnabrücker Zeitung
Neue Presse

Neue Rhein Zeitung
Neue Ruhr Zeitung
Neue Westfälische
Neues Deutschland
Neues Granseer Tageblatt
Neumarkter Anzeiger
Neumarkter Nachrichten
Neumarkter Tagblatt
Neusässer
Zeitung_Stadtberger Zeitung
West
Neu-Ulmer Zeitung
Niederbayerische Zeitung
Niederelbe-Zeitung
Nienburg Hoyaer Wochenblatt
Nordbadische Nachrichten
Nordbayerische Nachrichten
Nordbayerische Zeitung
Nordbayerischer Kurier
Norddeutsche Rundschau
Norderneyer Badezeitung
Norderstedter Wochenblatt
Norderstedter Zeitung
Nordfriesland Tageblatt/
Schleswig-Holst. Landesztg.
Nordhannoversche Zeitung
Nordhäuser Allgemeine
Nordkurier
Nord-Rundschau
Nordwest Zeitung
Northeimer Neueste
Nachrichten
Nürnberger Nachrichten
Nürnberger Zeitung
Nürtinger Zeitung
Oberbayerisches Volksblatt
Oberbergische Volks-Zeitung
Oberhessische Presse
Oberhessische Zeitung
Obermain-Tagblatt
Odenwälder Echo
Odenwälder Zeitung
Oderland Echo
Oder-Spree Journal
Oeffentlicher Anzeiger
Offenburger Tageblatt
Ohrekreis Volksstimme
Oldenburger Kreiszeitung
Oldenburger Nachrichten
Oldenburgische Volkszeitung
Oranienburger
Generalanzeiger
Oschatzer Allgemeine
Oschersleber Volksstimme
Oschtzter Allgemeine
Osterburger Volksstimme
Osterhofener Zeitung
Osterholzer Kreisbl.

Osterländer Volkszeitung
Ostfriesen Zeitung
Ostfriesische Nachrichten
Ostfriesischer Kurier
Ostholsteiner Anzeiger
Ostholsteiner Nachrichten
Ostholsteiner Zeitung
Ostsee Zeitung
Ostthüringer Zeitung
Paderborner Kreiszeitung
Pasewalker Zeitung
Passauer neue Presse
Pattlinger Anzeiger
Paulinus
Pegnitz-Zeitung
Peiner Allgemeine Zeitung
Peiner Nachrichten
Penzberger Merkur
Pfaffenhofener Kurier
Pfälzer Tageblatt
Pfälzische Volkszeitung
Pfälzischer Merkur
Pfulinger Zeitung
Pinneberger Tageblatt
Pinneberger Zeitung
Pirmasenser Rundschau
Plattlinger Zeitung
Potsdamer Neueste
Nachrichten
Potsdamer Tageszeitung
Prenzlauer Zeitung
Pressesprecher
Preußische Allgemeine Zeitung
Prignitzer-Kurier
Prümer Zeitung
Publik Forum
PUR magazin
Pyrmonter Nachrichten
Quickborner Tageblatt
Radolfzeller Zeitung
Rahdener Zeitung
Rastätter Tageblatt
Regionale Rundschau Stuhr-
Weyhe
REGJO Niedersachsen
Rehauer Tagblatt
Reichenhaller Tagblatt
Rems-Zeitung
Reutlinger General-Anzeiger
Reutlinger Nachrichten
Rheda-Wiedenbrücker Zeitung
Rheiderland Zeitung
Unabhängige Heimatzeitung
Rhein Zeitung
Rhein-Ahr-Zeitung
Rhein-Erft- Rundschau
Rheingauer Bürgerfreund
Rheingau-Kurier

Rhein-Hunsrück-Zeitung
Rheinische Post
Rhein-Lahn-Zeitung
Rhein-Main-Anzeiger
Rhein-Neckar-Zeitung
Rhein-Sieg Rundschau
Rhein-Sieg-Zeitung
Rhein-Zeitung
Rhön- und Saalepost
Rhön- und Streubote
Ribnitz-Damgartener Zeitung
Ried Echo
Rieser Nachrichten
Rostocker Zeitung
Rotenburg-Bebraer Allgemeine
Rotenburger Kreiszeitung
Roth-Hilpolsteiner
Volkszeitung
Rottaler Anzeiger
Rottenburger Anzeiger
Rügen-Bergener Zeitung
Ruhr Nachrichten
Rundschau für den
schwäbischen Wald
Ruppiner Anzeiger
Ruppiner Tageblatt
Rüsselsheimer Echo
Saale Zeitung
Saarbrücker Zeitung
Saarburger Zeitung
Sachsenheimer Zeitung
Sächsische Zeitung
Salzgitter-Zeitung
Salzwedeler Nachrichten
Salzwedeler Volksstimme
Sangerhäuser Zeitung
Sarstedter Anzeiger
Schaumburger Nachrichten
Schaumburger Zeitung
Schaumburg-Lippische Landes-
Zeitung Bückebug
Schenefelder Tageblatt
Schifferstadter Tagblatt
Schlänger Zeitung
Schlei-Bote
Schleswiger Nachrichten
Schleswig-Holsteinische
Landeszeitung
Schlitzer Bote
Schmöllner Nachrichten
Schnüss / Stadtmagazin
Nordrhein-Westfalen
Schönebecker Volksstimm
Schongauer Nachrichten
Schorndorfer Nachrichten
Schrobenhausener Zeitung
Schwabacher Tagblatt
Schwäbische Donau Zeitung

Schwäbische Post
Schwäbische Zeitung
Schwäbisches Tagblatt
Schwabmünchner Allgemeine
Bobinger Anzeiger
Schwälmer Allgemeine
Schwandorfer Tagblatt
Schwarzwälder Bote
Schweinfurter Tagblatt
Schweriner Volkszeitung
Mecklenburgische Zeitung
Schwetzinger Nachrichten
Schwetzinger Zeitung
Sechsamter Neueste
Nachrichten
Sechsamterbote
Segeberger Nachrichten
Segeberger Zeitung
Selber Tagblatt
Siegburger Wochenende
Siegener Zeitung
Sindelfinger Zeitung Böblinger
Zeitung
Singener Zeitung
Sinsheimer Nachrichten
Soester Anzeiger
Solinger Allgemeine
Solms-Braunfelser
Sömmerdaer Allgemeine
Sondershäuser Allgemeine
Sonntag Aktuell
Sonntagsblatt - Ev.
Wochenzeitung f. Bayern
Sonntagsblatt- Würzburger
katholisches Sonntagsblatt
Sonntags-Tipp
SonntagsZeitung
Spendenmagazin
Spenger Nachrichten
Speyerer Rundschau
Stader Tageblatt
Starkenburger Echo
Starnberger Merkur
Starnberger SZ
Steinfurter Kreisblatt
Steinfurter Nachrichten
Stendaler Volksstimme
Sternweder Zeitung
Stolberger Nachrichten
Stolberger Zeitung
Stormaner Tageblatt
Stormaner Nachrichten
Stralsunder Zeitung
Straßfurter Volksstimme
Salzland-Kurier
Straubinger Tagblatt
Stuttgarter Nachrichten

Stuttgarter Nachrichten
Strohgäu extra
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Süderländer Tageblatt
Süderländer Volksfreund
Südhessen Morgen
Südkurier
Südostbayerische Rundschau
Südthüringer Zeitung
Südwest Presse
Sulinger Kreiszeitung
SüWo lokal Am Wochenende
Modautal
Syker Kurier
Sylter Rundschau
Tag des Herrn
Tageblatt
Tageblatt für Enger und
Spenge
Tageblatt für Schloß Holte-
Stukenb.
Tagesanzeiger
Tageszeitung für Rhön und
Saale
Täglicher Anzeiger
Tauber Zeitung
Taunus Zeitung
taz Die Tageszeitung
Tecklenburger Landbote
Tegernseer Zeitung
Templiner Zeitung
Thedinghäuser Zeitung
Thüringer Allgemeine
Thüringische Landeszeitung
tip Tageblatt am Sonntag
Tölzer Kurier
Torgauer Zeitung
Traunreuter Anzeiger
Traunsteiner Tagblatt
traveller
Treptower Tageblatt
Treuchtlinger Kurier
Trierischer Volksfreund
Trossinger Zeitung
Trostberger Tagblatt
Uckermark Anzeiger
Uckermark Kurier
Uetersener Nachrichten
Unsere Kirche
Unterhaardter Rundschau
Untertaunus Kurier
Untertürkheimer Zeitung

Usedom-Peene-
Zeitung/Wolgast
Usinger Anzeiger
Vaihinger Kreiszeitung
Verdener Aller-Zeitung
Verdener Nachrichten
Verler Zeitung
Viechtacher Bayerwald-Bote
Villinger Nachrichten
Vilsbiburger Zeitung
Vilshofener Anzeiger
Vlothoer Tageblatt
Vlothoer Zeitung
Vogtland-Anzeiger
Volksblatt
Volkszeitung Schweinfurt
Vorpommern Kurier
Waiblinger Kreiszeitung
Waldeckische Allgemeine
Waldeckische Landeszeitung
Waldkraiburger Nachrichten
Walsroder Zeitung
Wanzleber Volksstimme
Warburger Kreisblatt
Warburger Zeitung
Warendorfer Tageblatt
Warsteiner Anzeiger
Wasserburger Zeitung
Wedel-Schulauer Tageblatt
Weilburger Tageblatt
Weiler Zeitung
Weilheimer Tagblatt
Weinheimer Nachrichten
Weißenburger Tagblatt
Welt am Sonntag
Welzheimer Zeitung
Werler Anzeiger
Werra-Rundschau
Wertheimer Zeitung
Wertinger Zeitung
Weser Kurier
Wesermarsch-Zeitung
Wesermarsch-Zeitung
Westdeutsche Allgemeine
Westdeutsche Zeitung
Westerwälder Zeitung
Westfalen-Anzeiger für
Burgstein
Westfalen-Blatt
Westfalen-Blatt Espelkamper
Zeitung
Westfalenpost
Westfälische Nachrichten

Westfälische Rundschau
Westfälischer Anzeiger
Westfälisches Volksblatt
Westhavelländer
Westricher Rundschau
Wetterauer Zeitung
Wetzlarer Neue Zeitung
Wiesbadener Kurier
Wiesbadener Tagblatt
Wieslocher Nachrichten
Wildeshäuser Zeitung
Wilhelmshavener Presse
Wilhelmshavener Zeitung
Wilstersche Zeitung
Windsheimer Zeitung
Winnender Zeitung
Winsener Anzeiger
Wismarer Zeitung
Wittlager Kreisblatt
Wittlicher Zeitung
Witzenhäuser Allgemeine
Wochenblatt
Wolfenbütteler Zeitung
Wolfhager Allgemeine
Wolfratshauser SZ
Wolfsburger Allgemeine
Wolfsburger Nachrichten
Wolmirstedter Kurier
Wormser Zeitung
Wörther Anzeiger
Wümme-Zeitung+Lilienthaler
Kurier
ZEIT Zerbster Volksstimme
Zeitung für Eisenberg
Zeitung für Greiz
Zeitung für Jena
Zeitung für Lobenstein
Zeitung für Main-Tauber
Zeitung für Meschede
Zeitung für Pössneck u.
Umgebung
Zeitung für Rhön-Grabfeld
Zeitung für Rudolstadt
Zeitung für Saalfeld
Zeitung für Schleiz
Zeitung für Stadtroda
Zeitung für Witten
Zeitung für Zeulenrode
Zollern-Alb Kurier
Südwestpresse
Zossener Rundschau
Zweibrücker Rundschau
Zwickauer Zeitung

Inse Geismar

GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom

Leider ist es uns noch nicht ganz gelungen, den Rückstand in der Reihe unserer Zeitschrift aufzuholen. Deshalb wurden die ersten drei Hefte, die 2014 erschienen, noch zum Abonnement 2013 gezählt. Wir entschuldigen uns herzlich dafür!

Mindestens die Hälfte der etwa 400.000 Prostituierten in Deutschland sind Angehörige von Minderheiten: Roma aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn, Mädchen aus Bosnien oder aus dem subsaharischen Afrika. Heft Nr. 277 widmet sich diesen Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution – Verbrechen vor unserer Haustür, über die allzu oft der Mantel des Schweigens gelegt wird.

Weltweit rufen Gemeinschaften Radiosender oder andere Medienprojekte ins Leben, um für das Überleben ihrer Sprache und Kultur zu „kämpfen“. Solche Initiativen schaffen jedoch gleichzeitig Gegenöffentlichkeit zu konventionellen Medien, die viele Minderheiten nicht in den Fokus ihrer Berichterstattung nehmen. Wir stellen in Heft 278-279 spannende Medieninitiativen von Minderheiten vor.

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur. Einerseits macht sich die Bundesrepublik für Demokratie stark, liefert aber andererseits Waffen in Länder wie Saudi-Arabien, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden. In Heft Nr. 280 nahmen wir nicht nur die enge Verzahnung von Politik und Rüstungswirtschaft unter die Lupe, sondern lassen auch Opfer dieser todbringenden Geschäfte zu Wort kommen.

2014 jährt sich zum 70. Mal die kollektiven Deportationen ganzer Völker durch Stalin: Von den Koreanern im Fernen Osten über die Völker des Nordkaukasus, die Krimtataren und Russlanddeutschen bis zu den Kalmücken. Über diese Verbrechen wird in Russland bis heute weder offen gesprochen noch geforscht. Im Gegenteil: Man muss sich fragen, ob Stalin dort wieder salonfähig wird.

Das letzte 2014 veröffentlichte Heft beschäftigt sich mit Minderheiten in Brasilien. Während der Fußball-WM präsentierte sich das Land als fortschrittlich und der Zukunft zugewandt. Doch im Schatten dieses Großereignisses kämpften und kämpfen viele indigene Gemeinschaften um die Anerkennung ihrer Rechte. Diese wurden eigentlich 1988 in der brasilianischen Verfassung festgeschrieben, werden jedoch allzu oft missachtet.

3/2013 (Nr. 277) - **Wenn Seelen zerbrechen** - Zwangsprostitution durch Menschenhandel

4-5/2013 (Nr. 278-279) - **Was gibt's Neues?** -Minderheiten machen Medien

1/2014 (Nr. 280) - **Aus Deutschland kommt der Tod** - Rüstungsexporte

2-3/2014 (Nr. 281-282)- **Die Wunden schmerzen noch immer** - Vor 70 Jahren: Stalin deportiert ganze Völker

4/2014 (Nr. 283) - **Es brodelt im Land des Zuckerhuts** - Armes reiches Brasilien

Sandy Naake

DIE GFBV IN BERLIN

Von Oktober 2013 bis Oktober 2014 betreute das Berliner Büro der GfbV die russische Menschenrechtlerin, Frau Liubov Romanova. Sie war Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung und interessiert sich besonders für die Situation der autochthonen Minderheiten in Deutschland. Wir haben ihr mehrere Gespräche zum Beispiel mit Vertretern der Sorben und der Jugend Europäischer Volksgruppen sowie die Teilnahme an Konferenzen und Weiterbildungsangeboten vermittelt. Frau Romanova beschäftigte sich mit der Übertragbarkeit der in Deutschland geltenden Bestimmungen zum Schutz und zu den Rechten der autochthonen Minderheiten auf die Situation in ihrer Heimatrepublik Mari El, wo das finno-ugrische Volk der Mari die bedeutendste Minderheit stellt. Ihre wissenschaftliche Arbeiten haben wir vom Berliner Büro aus kontinuierlich begleitet und betreut.

Eine weitere Arbeit von drei Studierenden der Alice Salomon Hochschule Berlin beschäftigte sich mit den Aktions- und Werbeformen der Gesellschaft für bedrohte Völker. Auch diese Arbeit haben wir mit Interviews, Einladungen zu unseren Aktionen und regem Austausch begleitet, da sich daraus interessante Vorschläge für verbesserte Mitgliederwerbung und Medienpräsenz der GfbV insgesamt entwickelt haben.

Das Berliner Büro kooperierte auch 2014 eng mit der Regionalgruppe Berlin. Wir waren mit einem Infostand auf dem Karneval der Kulturen und am Tag der offenen Tür im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an weiteren Veranstaltungen beteiligt. Außerdem unterstützten wir das Bundesbüro bei Aktionen in Berlin bzw. nehmen in Vertretung der Göttinger Referenten an Aktionen teil, wie etwa an der Demonstration der Oromo aus Äthiopien gegen schwere Übergriffe der äthiopischen Regierung auf ihre Volksgruppe, oder an einer Aktion der Berliner Bahá'í Gemeinde, die auf die Situation der Bahá'í im Iran und hier besonders in den Gefängnissen aufmerksam machte. Wir stellen Räume für kleinere Veranstaltungen wie zum Beispiel ein Pressegespräch mit Asgar Can vom Weltkongress der Uiguren zur Verfügung.

Das Berliner Büro vertritt die GfbV auf Veranstaltungen und in Netzwerken. Auch dieses Jahr beteiligten wir uns am Down Under Filmfestival an einem Gespräch nach dem Film „Utopia“ über die Situation der Gemeinden der aboriginal peoples in den Northern Territories in Australien. Wir organisierten gemeinsam mit einer Praktikantin, die zum Schwerpunkt der Auswirkungen der Steinkohleförderung in Kolumbien auf die indigenen Völker arbeitete, ein Gespräch mit einem Bundestagsabgeordneten und bereiteten den Besuch einer kolumbianischen Rechtsanwältin mit vor.

Sarah Reinke

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN

So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften ein. Wir ergreifen Partei für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift *pogrom*-bedrohte Völker, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehören unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift *bedrohte Völker*-*pogrom*, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. Die deutsche GfbV-Sektion 2013 beschäftigte im Jahresdurchschnitt 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Permanent recherchieren unsere Referenten die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder

sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen – unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verursacht Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Werbung

Die Gesellschaft für bedrohte Völker wirbt sowohl für Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Menschenrechtskampagnen als auch um Spenden, um diese Kampagnen zu finanzieren. Dafür werden verschiedene Materialien entwickelt: Mailings (Spendenbriefe), denen oft Protest- oder Appellpostkarten beigelegt sind, E-Mail-Newsletter und Rundbriefe, Anzeigen, Beilagen, Faltblätter und Plakate. Unsere Homepage wird täglich aktualisiert. Dort veröffentlichen wir u.a. Pressemitteilungen, Hintergrundtexte, Kampagnenaufrufe mit Beteiligungsmöglichkeit, Beiträge aus unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom, Menschenrechtsreporte und –Memoranden, unsere UN-Stellungnahmen und andere Dokumente oder weisen auf Veranstaltungen hin. Wir kommunizieren über Facebook, Twitter, Instagram und unseren Blog mit unseren Unterstützern und Interessierten und informieren tagesaktuell über wichtige Menschenrechtsanliegen. Spenden versuchen wir auch über Bußgeldmarketing sowie Großspenderwerbung zu akquirieren.

Vergütungsstruktur hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2014 wurden an zwei Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 1.440 EUR gezahlt.

Die GfbV hat eine Betriebsvereinbarung, die fünf verschiedene Gehaltsstufen vorsieht - Angestellte im Vertrieb, Verwaltung, Aktionsreferat, Buchhaltung und Referenten, Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils drei Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten und fünften Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verdient ein/r Angestellte/r in der geringsten Stufe 1.530,00 Euro und ein Angestellter Referent oder Buchhalter mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens fünfjähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe bis zu 3.243,60 Euro.

Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Die Summe der drei höchsten Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2014 betrug 139.551,12 Euro bei mind. vollzeitiger Beschäftigung. Von einer Nennung der diesen Jahresvergütung zugeordneten

Funktionen haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind in dem obigen Betrag nicht enthalten.

Unterstützung durch Ehrenamtliche Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Der ehrenamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er leitet die Bundesgeschäftsstelle in Göttingen und das Berliner Büro. Der Vorstand ist für die Ausgestaltung der politischen Arbeit zuständig.

Beirat

Der Beirat besteht aus mind. fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion und ist ehrenamtlich tätig. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

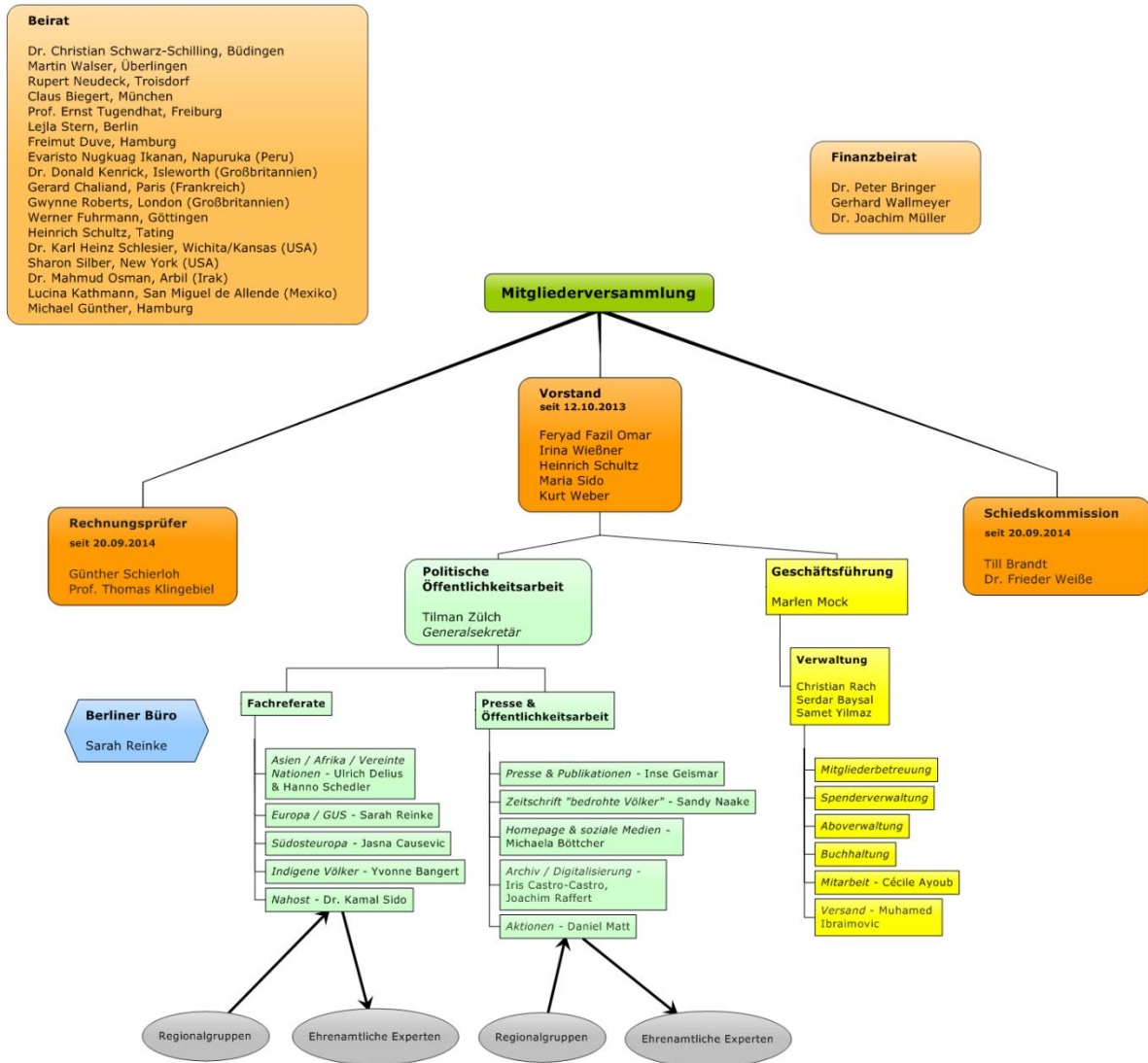
Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2014 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. 15 von ihnen leben im Ausland. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tief gehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 15 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV mit insgesamt rund 110 aktiven Mitgliedern. Die Regionalgruppen sind wesentliche Trägerinnen der Arbeit der GfbV. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

Organigramm der GfbV-Deutschland



Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) aufgestellt. Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien. Die Zahlen des Vorjahres sind so geordnet, dass ein unmittelbarer Vergleich mit den Zahlen 2013 möglich ist.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2014 erfolgte ohne Unterbrechung in der Zeit von August bis September 2015 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen), und es wurde mit Datum vom 18.09.2014 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung durch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) mit Sitz in Berlin.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2014 fand die Prüfung im September 2015 statt.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) vergibt einmal jährlich das Spendensiegel an die Gesellschaft für bedrohte Völker und bescheinigt damit eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden. Das Spendensiegel ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. regelmäßig seit 2007 jährlich zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält zweiwöchentlich Finanzberichte.

Einnahmen

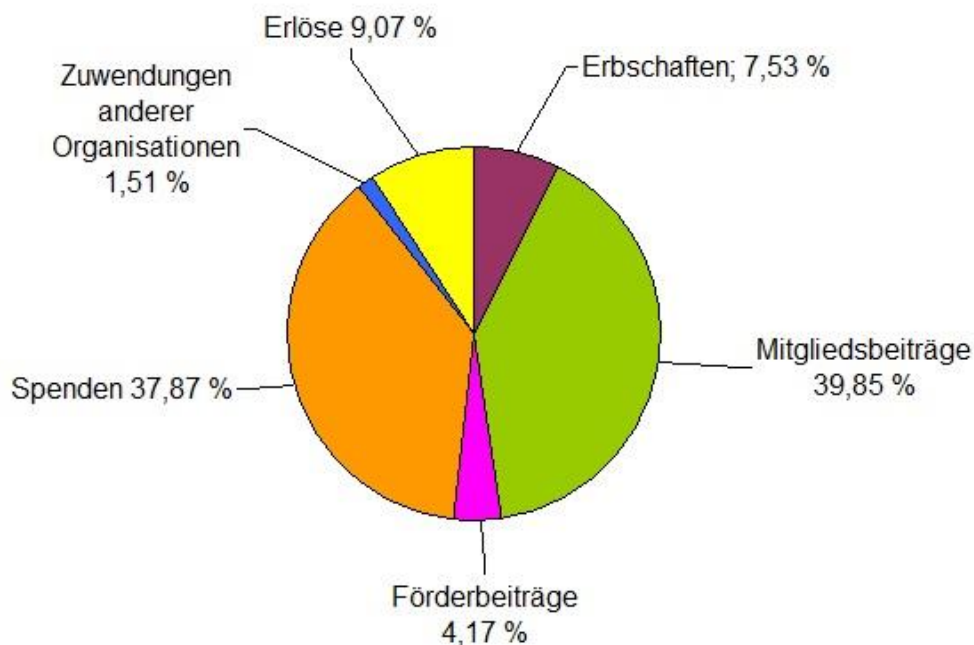
Wer der GfbV spendet, hilft unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten zu unterstützen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig, einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Leider haben uns weder Richter noch Staatsanwälte Bußgelder zugewiesen.

Im Geschäftsjahr 2014 lagen die Gesamteinnahmen 64.485,66 Euro unter denen des Vorjahres. Den größten Anteil der Einnahmen stellen –wie im Vorjahr auch– mit 39,85 Prozent die Mitgliedsbeiträge dar. Der Mitgliederrückgang von 2,13 Prozent im Jahr 2013 konnte etwas gebremst werden und lag im Geschäftsjahr 2014 nur noch bei 1,48 Prozent. Am 31.12.2014 hatte die GfbV-Deutschland 5.441 Mitglieder und 676 Förderer. Unsere Zeitschrift *bedrohte Völker – pogrom* wurde von 3.268 Leserinnen und Lesern abonniert. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

Einnahmen 2013 & 2014

	2014		2013	
	€	%	€	%
Erbschaften	100.000,00	7,53	150.000,00	10,78
Bußgelder	0,00	0,00	0,00	0,00
Mitgliedsbeiträge	528.971,83	39,85	554.683,84	39,85
Förderbeiträge	55.354,74	4,17	55.901,06	4,02
Zuwendungen anderer Organisationen	20.109,84	1,51	2.520,00	0,18
Spenden	502.657,13	37,87	501.319,64	36,01
Erlöse	120.361,27	9,07	127.515,93	9,16
Gesamt	1.327.454,81	100,00	1.391.940,47	100,00

Einnahmen 2014



**Ertrag und Aufwand für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014**

	2014 €	2013 €
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	557.749,52*	388.311,47*
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	0,00
Ertrag aus Zuschüssen	20.109,84	2.520,00
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	584.326,57	610.584,90
Ertrag aus Bußgeldern	0,00	00,00
Ertrag aus Erbschaften	<u>100.000,00</u>	<u>150.000,00</u>
	1.262.185,93	1.151.419,37
Umsatzerlöse	120.361,27	127.515,93
Sonstige betriebliche Erträge	<u>6.880,80</u>	<u>4.655,81</u>
	1.389.428,00	1.283.588,11
Aufwand aus Spendenweiterleitung	0,00	0,00
Materialaufwand		
Aufwand für bezogene Ware	<u>-78.608,23</u>	<u>-67.579,09</u>
	1.310.819,77	1.216.009,02
Personalkosten		
Löhne und Gehälter	-589.364,43	-528.599,67
Soziale Abgaben	-146.445,15	-134.237,40
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-27.715,66	-25.425,02
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-504.023,01</u>	<u>-466.144,79</u>
	43.271,52	61.602,14
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.591,63	1.241,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.518,48</u>	<u>-1.665,30</u>
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	43.344,67	61.178,59
Verbrauch von längerfristig gebundenen Spenden	14.984,00	13.611,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	<u>-58.328,67</u>	<u>-74.789,59</u>
Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

*Der Spendeneingang 2014 über 502.657,13 Euro ist geringer als die satzungsgemäßen Aufwendungen. Der Mehrverbrauch beträgt 55.092,39 Euro.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 905.526,00 Euro erneut höher als im Vorjahr, in dem sie bei 899.344,40 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2014 wurden Anschaffungen in Höhe von 12.731,66 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 27.715,66. Die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) haben sich um 9.273,95 Euro erhöht. Die Rückstellungen liegen mit 118.000 Euro um 24.400 Euro höher als im Vorjahr. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 96.200 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich. Die Verbindlichkeiten sind um 6.470,68 Euro gemindert. Die Betriebsmittelrücklage deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	2014 €	%	2013 €	%
Anlagevermögen	60.785,00	6,71	75.769,00	8,42
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.435,00	0,27	1.205,00	0,13
Sachanlagen	58.350,00	6,44	74.564,00	8,29
Umlaufvermögen	843.041,00	93,10	822.375,40	91,45
Sonstige Vermögensgegenstände	13.519,17	1,49	2.127,52	0,24
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	829.521,83	91,61	820.247,88	91,21
Rechnungsabgrenzungsposten	1.700,00	0,19	1.200,00	0,13
Summe Aktiva	905.526,00	100,00	899.344,40	100,00
Passiva				
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	746.936,14	82,49	758.683,86	84,36
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon Betriebsmittelrücklage € 435.000,00 (Vorjahr € 432.000,00)	686.151,14	75,78	682.914,86	75,93
Längerfristig gebundene Spenden	60.785,00	6,71	75.769,00	8,43
Sonstige Rückstellungen	118.000,00	13,03	93.600,00	10,41
Verbindlichkeiten	40.589,86	4,48	47.060,54	5,23
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	14.400,23	1,60
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29.832,83	3,29	22.146,60	2,46
Sonstige Verbindlichkeiten	10.757,03	1,19	10.513,71	1,17
Summe Passiva	905.526,00	100,00	899.344,40	100,00

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Jahresüberschuss von 43.344,67 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 746.936,14 Euro.

Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von € 829.521,83 ist ausreichend um alle kurzfristigen anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

Marlen Mock

Das GfbV-Team

Vorstand 2014

Feryad Omar (Berlin), Bundesvorsitzender
Ulrich Pfungsten (Wittenberg), gest. 6. August 2014
Heinrich Schultz (Tating)
Maria Sido (Bonn)
Kurt Weber (Göttingen), seit 19.9.2014
Irina Wießner (Göttingen)

Kassenprüfer 2014

Prof. Dr. Thomas Klingebiel (Göttingen)
Günther Schierloh (Göttingen)

Schiedskommission 2014

Till Brandt (Bad Vilbel)
Kurt Weber (Göttingen), bis 19.9.2014
Frieder Weiße (Berlin)

Mitarbeiter

Tilman Zülch – Generalsekretär - politik@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-24

Inse Geismar - Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen - presse@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-25

Michaela Böttcher – Online-Redaktion und Soziale Medien - m.boettcher@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-10

Ulrich Delius - Referent für Afrika, Asien - asien@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-27

Hanno Schedler - Mitarbeiter Afrika / Asien, Annahme von Praktikumsanfragen- h.schedler@gfbv.de
- Tel.: 0551-49906-15

Sarah Reinke - Referentin für GUS, Leiterin des Berliner Büros der GfbV – berlin@gfbv.de-
Tel.: 030-42804891

Jasna Causevic - Referentin für Südosteuropa / Flüchtlinge - j.causevic@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-16

Yvonne Bangert - Referentin für indigene Völker- indigene@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-14

Kamal Sido - Referent für Nahost- nahost@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-18

Daniel Matt - Aktionen, Betreuung Ehrenamtlicher, Öffentlichkeitsarbeit - d.matt@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-17

Sandy Naake - Redaktion bedrohte Völker- pogrom - redaktion@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-28

Marlen Mock – Geschäftsführung - m.mock@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-11

Christian Rach - Ansprechpartner für Abonnenten und Bestellannahme - c.rach@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-26

Serdar Baysal - Ansprechpartner für Mitglieder, Förderer und Spender - s.baysal@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-29

Samet Yilmaz – Auszubildener in der Verwaltung – s.yilmaz@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-42

Iris Castro – Archiv - i.castro@gfbv.de- Tel.: 0551-49906-13

Joachim Raffert - Digitalisierung von Publikationen – araffert@gfbv.de

Muhamed Ibrahimovic – Versand - m.ibraimovic@gfbv.de Tel.: 0551-49906-12

Cecile Ayoub – Mitarbeit - c.ayoub@gfbv.de

Praktikanten

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2014 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttingern Bundesbüro oder in unserem Berliner Büro unterstützt haben. Ohne ihren wertvollen und engagierten Einsatz und ihre Ideen wäre unsere Menschenrechtsarbeit weniger kreativ und intensiv.

Elena Bertram, Marie-Louise Bohrisch, Blerina Brucaj, Stephanie Bussler, Demet Celik, Eva Creydt, Oliver Ditthardt, Sabine Engel, Sabrina Erdmann, Thomas Gerdau, Manuel Glattbach, Stefanie Handke, Sonja Hartmann, Dilan Hatun, Vera Huy, Joanna-Karolina Kirchhoff, Frederik Kirmeier, Tonja Klausmann, Tabea König, Laura Kraut, Meraya Kumari de Silva, Monika Kunz, Manon Laberene, Kristin Lehmkuhl, Carmen Ludat, Tetyana Lykhodid, Léah Maurer, Jiear Mohedin, Annika Mohr, Anisoara Moldovan, Vanessa Müller, Miriam Papenkort, Christina Peschke, Mareike Peters, Anke Polkowski, Julia Poschkamp, Hanna Prautzsch, Leah Pröls, Lisa Quelle, Dorothee Riese, Sabrina Rommerskirchen, Annika Schachtschneider, Tanja Slesareva, Céline Sonnenberg, Leonie Staas, Laura Li Stahr, Elena Thie, Maurice Thaidigsmann, Susanne Thoma, Konstantin Udert, Verena Vad, Veronika Vogel, Janna Wichern, Malin Woch, Karl-Winfried Wolff, Rebecca Zenke

Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Bei einigen Organisationen ist die GfbV sogar Mitglied: Forum Menschenrechte (Berlin), Sudan Forum e.V. (Hildesheim), International Tibet Network (London), Klima Allianz (Berlin) und Koordination ILO 169 (Deutschland).

Förderverein

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte, die die Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten verbessern sollen. Außerdem ist er Eigentümer des Victor-Gollancz-Hauses für Menschenrechte in der Geiststraße 7 in Göttingen, welches er an die Gesellschaft für bedrohte Völker vermietet hat.

Der Förderverein wurde am 14. Juni 2006 gegründet und am 5. Juli 2006 in das Vereinsregister eingetragen. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Dadurch entstehen keinerlei Personalkosten. Spenden werden vom Verein eigenständig gesammelt und zu 100 Prozent an die humanitären Projekte weitergeleitet.

Nicht selten werden diese Projekte im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der GfbV an den Förderverein vermittelt, zum Beispiel wenn Minderheitenangehörige direkt an unsere Menschenrechtsorganisation herangetreten sind mit der Bitte, über unsere politische Menschenrechtsarbeit hinaus eine humanitäre Initiative für ihre Gemeinschaft zu unterstützen. Dabei geht es um Projekte, die ihre Sprache und Kultur sowie ihren Zusammenhalt fördern, Armut bekämpfen, traditionelles Wissen weitergeben oder die eigene Identität stärken.

Die Projekte können ins Leben gerufen worden sein, um unmittelbare Not zu lindern – wie beispielsweise das Projekt „Yeziden im Irak“. Hier werden den bedürftigsten Angehörigen dieser von Terrormilizen gejagten Religionsgemeinschaft Spendengelder direkt übergeben, um das Überleben oder die medizinische Betreuung einzelner zu sichern. Projekte können aber auch den Grundstock für die Sicherung des Lebensunterhalts verelendeter Familien legen wie die Initiative von Roma-Organisationen im Kosovo, die der Förderverein mitfinanziert. Treffen Spendengelder mit dem Betreff „Eine Ziege für ein neues Leben“ können Tiere gekauft und je eine Ziege an eine sehr arme Familie gegeben, deren Kinder dann mit der Ziegenmilch besser ernährt werden können. Bei einem anderen Projekt kann man die Patenschaft für einen Baum erwerben. Dieser Baum wird dann von einer indianischen Gemeinschaft in die Reihe blühender Gehölze pflanzt, die die Grenze ihres Gebietes markieren und so Landrechte symbolisch verteidigen.

ADRESSEN der GfbV-SEKTIONEN

GfbV-Deutschland

Victor-Gollancz-Haus
Postfach 2024
37010 Göttingen
Tel. +49-(0)551-49906-0
Fax. +49-(0)551-58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

GfbV-Deutschland – Büro Berlin

Palais am Festungsgraben, Büro
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin
Tel. +49-(0)30 42804891
Fax +49- (0)30 42804916
E-Mail: berlin@gfbv.de

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,
BiH-71000 Sarajevo
Tel.: ++387 33 213 707
Fax: ++387 33 213 709
E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Untere Viaduktgasse 53/7a
A-1030 Wien
Tel: + 43 (0) 1-503 13361
E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

GfbV-Südtirol/Italien

Via Narconi 5 – CP/PF 233
I-39100 Bozen/Bolzano
Tel./Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi
Tel. 00964 750 445 1836
yousifdzayi@hotmail.com